Stenographisches Protokoll.

11. Sitzung der V. Session der V. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

Donnerstag, den 11. Februar 1954

Inhalt.

1. Eröffnung durch Präsident Saßmann (Seite 373).
2. Abwesenheitsanzeigen (Seite 373).
3. Verhandlung:

Antrag des gemeinsamen Finanzausschusses und Wirtschaftsausschusses über den Antrag der Abg. Wenger, Dr. Steingötter, Nimetz, Gerhartl, Hrebacka, Zettel und Genossen, betreffend die unverzügliche Erstellung eines Winterarbeitsprogrammes 1953/54 und dessen Vorlage an den Landtag. Berichterstatter Abg. Hilgarth (Seite 373 und Seite 416); Redner: Abg. Staffa (Seite 374), Abgeordneter Zettel (Seite 380), Abg. Tesar (Seite 383), Abg. Dubovsky (Seite 384), Abgeordneter Hainisch (Seite 390), Abg. Hrebacka (Seite 392), Abg. Zach (Seite 395), Landesrat Stika (Seite 400), Abg. Fehringer (Seite 406), Abg. Wondrak (Seite 410), Abgeordneter Schöberl (Seite 415); Abstimmung (Seite 416).

Antrag des Verfassungsausschusses über das Auslieferungsbegehren des Bezirksgerichtes Tulln, Abteilung 2, Zahl U 1266/53, vom 18. Jänner 1954, betreffend Landtagsabgeordneten Edmund Hainisch wegen Übertretung der §§ 431 und 312 Strafgesetz. Berichterstatter Abg. Kuchner (Seite 416); Abstimmung (Seite 417).

PRÄSIDENT SASSMANN *(um 15 Uhr 5 Minuten)*: Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegen, es ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt: Herr Landeshauptmann Steinböck, Herr Landesrat Genner und Herr Abg. Wenger wegen Krankheit.

Ich habe auf die Plätze der Herren Abgeordneten das Stenographische Protokoll der 13. Sitzung der IV. Session der V. Wahlperiode des Landtages vom 7. Juli 1953 auflegen lassen.

Wir gelangen zur Beratung der Tagesordnung. Ich ersuche Herrn Abg. Hilgarth, die Verhandlung zur Zahl 467 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. HILGARTH: Hohes Haus! Ich habe namens des gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Wenger, Dr. Steingötter, Nimetz, Gerhartl, Hrebacka, Zettel und Genossen, betreffend die unverzügliche Erstellung eines Winterarbeitsprogrammes 1953/54 und dessen Vorlage an den Landtag, zu berichten.

Hohes Haus! Im gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftsausschuß ist seit einiger Zeit ein Antrag der Abgeordneten Wenger, Dr. Steingötter, Nimetz, Gerhartl, Hrebacka, Zettel und Genossen, betreffend die unverzügliche Erstellung eines Winterarbeitsprogrammes, gelegen. Es wurde am 4. Februar 1954 in einer gemeinsamen Sitzung dieser beiden Ausschüsse eine Debatte über diesen Gegenstand abgeführt. Dabei hat der von der Sozialistischen Partei gestellte Berichterstatter im Verlaufe der Sitzung davon gesprochen, daß der seinerzeit eingebrachte Antrag zum Teil überholt, zum Teil gegenstandslos ist und stellte einige Abänderungsanträge zu dem durch den Präsidenten des Landtages den Ausschüssen zugewiesenen Antrag. Daraufhin hat die ÖVP als Mehrheit innerhalb dieses gemeinsamen Ausschusses die Meinung vertreten, daß eine Abänderung des vorliegenden Antrages nicht möglich ist, und hat daher einen Antrag gestellt, der folgenden Wortlaut hat *(liest)*:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Antrag der Abgeordneten Wenger, Dr. Steingötter, Nimetz, Gerhartl, Hrebacka, Zettel und Genossen, betreffend die unverzügliche Erstellung eines Winterarbeitsprogrammes 1953/54 und dessen Vorlage an den Landtag ist durch die Beantwortung der an den Herrn Landeshauptmann in der Landtagssitzung vom 3. Februar 1954 gestellten Anfrage, betreffend das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich und Maßnahmen zur Bekämpfung derselben, gegenstandslos geworden."

Im Verlaufe der Sitzung hat daraufhin der von der Sozialistischen Partei bestellte Berichterstatter sein Mandat zurückgelegt, und ich wurde von der Mehrheit dieses doppelten Ausschusses zum Berichterstatter für die heutige Landtagssitzung bestimmt. Gleichzeitig hat die Sozialistische Partei einen Minderheitsbericht bekanntgegeben, der allen Abgeordneten auch zugegangen ist.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, über den vorliegenden Antrag, den ich soeben verlesen habe, die Debatte zu eröffnen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter S t a f f a.

Abg. STAFFA: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Es ist eigentümlich, daß sich der Herr Berichterstatter in seiner Begründung über die Behandlung dieses Antrages im Ausschuß bzw. im doppelten Ausschuß darauf beruft, daß die Mehrheit den Standpunkt vertreten habe, durch den Zusatz- oder Ergänzungsantrag der Sozialistischen Fraktion, eingebracht durch ihren Berichterstatter, sei eigentlich ein neuerlicher Antrag entstanden, und er könne im Ausschuß nicht behandelt werden. Ich möchte dem Hohen Haus doch den § 24 der Geschäftsordnung in Erinnerung rufen, in dem es heißt *(liest)*: „Jeder Ausschuß hat das Recht, selbständige Anträge auf Erlassung von Gesetzen oder Fassung von Beschlüssen zu stellen, die mit einem ihm vom Landtage zugewiesenen Gegenstande in Verbindung stehen."

Also nach der Geschäftsordnung hätte der Ausschuß nicht nur das Recht, Ergänzungsanträge in Behandlung zu ziehen, sondern auch selbständige Anträge einzubringen und dem Hause vorzulegen. Wenn der Herr Berichterstatter eingangs seiner Ausführungen erklärt hat, in diesen beiden Ausschüssen ist seit einiger Zeit ein Antrag der Sozialistischen Fraktion, betreffend Vorsorge für ein Winterarbeitsprogramm, gelegen, so ist der Ausduck „einige Zeit" gut gewählt, denn ich möchte hierzu feststellen: Am 15. Oktober 1953 hat die Sozialistische Fraktion diesen Antrag im Hause eingebracht, und am gleichen Tage wurde dieser Antrag vom Präsidenten dieses Hauses dem gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftsausschuß zur Behandlung zugewiesen. Vom 15. Oktober 1953 bis zum Februar 1954 haben es leider die beiden Obmänner der beiden Ausschüsse nicht für notwendig erachtet, die Ausschüsse zusammenzuberufen, um diesen Antrag in Behandlung zu ziehen. Erst als zu Anfang des Monats Februar die Sozialistische Fraktion energisch gefordert hat, daß diese Ausschüsse zusammentreten, wurden sie für den 4. Februar einberufen. Die Einberufung erfolgte erst 14 Tage, nachdem die Sozialistische Fraktion das Verlangen gestellt hatte. Einige Tage später hat der ÖVP-Klub die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des Landtages verlangt, die jedoch sofort einberufen wurde, und zwar für den 3. Februar. In dieser Landtagssitzung am 3. Februar wurde eine bestellte Anfrage der ÖVP an den Herrn Landeshauptmann gerichtet, die der Herr Landeshauptmann sofort beantwortet hat. In dieser Antwort hat er im wesentlichen zum Ausdruck gebracht, daß erstens die Arbeitslosigkeit in Niederösterreich gar nicht so arg sei, und daß zweitens die Landesregierung ohnehin in ihrem Bereich alles vorgesehen habe, was notwendig sei, um die Arbeitslosigkeit in Niederösterreich zu bekämpfen und um Arbeitsplätze zu schaffen. Am 4. Februar erklärte die ÖVP dann auch in ihrem Antrage im gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftsausschuß, daß durch die Beantwortung der Anfrage durch den Herrn Landeshauptmann der von unserer Fraktion eingebrachte Antrag zur Arbeitsbeschaffung gegenstandslos geworden ist.

Dazu möchte ich nun doch einiges sagen. Wir haben zu Beginn der Sitzung durch unseren Vertreter einen Ergänzungsantrag eingebracht. Die Mehrheit des Hauses hat die Meinung vertreten, daß dies nun ein neuer Antrag sei und daher nicht in Verhandlung gezogen werden könnte. Sie hat unseren Antrag abgelehnt und den Ergänzungsantrag ganz einfach nicht in Verhandlung gezogen. Wir haben daher einen Minderheitsbericht angemeldet, und Sie gestatten nun, daß ich doch einiges dazu sage, zunächst einmal zu den Argumenten des Herrn Landeshauptmannes in der seinerzeitigen Beantwortung der von der ÖVP gestellten Anfrage.

Wenn der Herr Landeshauptmann in seiner Beantwortung behauptet hat, daß es nicht 60.000, sondern nur 52.000 Arbeitslose in Niederösterreich gibt, daß ferner bei den 60.000 die Randgemeinden mitgerechnet sind, die eigentlich abgerechnet werden müssen, dann muß ich fragen: Ist das eine Art und Weise, wie ein derart ernstes Problem, wie es die derzeitige Arbeitslosigkeit in Niederösterreich, also der derzeitige Stand der Arbeitslosenziffer darstellt, seitens des verantwortlichen Mannes in diesem Lande behandelt wird, der da glaubt, durch stundenlanges Operieren mit Ziffern die Tatsache, daß wir in Niederösterreich mehr als 50.000 Arbeitslose zählen, aus der Welt schaffen zu können? Es kommt doch, Hohes Haus, gar nicht darauf an, ob Niederösterreich vorige Woche 60.000 oder nur 55.000 Arbeitslose gezählt hat. Sind Ihnen denn 55.000 Arbeitslose noch nicht genug? Haben wir es wirklich notwendig, um einige tausend Arbeitslose mehr oder weniger zu streiten und zu diskutieren? Wir hätten vielmehr nach unserer Meinung alle mitsammen die Aufgabe und die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß der Arbeitslosenstand in einem erheblichen Maße herabgemindert

wird, daß alle guten Kräfte in diesem Land zusammenwirken, um die Arbeitslosen, soweit sie arbeitswillig sind, so rasch als nur möglich wieder in Arbeit, Verdienst und Brot zu bringen. Denken Sie doch daran, daß hinter diesen 55.000 oder 60.000 Arbeitslosen mindestens die gleich hohe Anzahl von Angehörigen steht, so daß wir zusammen mit ihren Angehörigen eine Zahl von 100.000 bis 150.000 Menschen in unserem Bundesland zählen, die gezwungen sind, von der kärglichen Arbeitslosenunterstützung zu leben.

Der Herr Landeshauptmann hat auch in einem überaus geschickten Spiel mit Ziffern und Zahlen zu beweisen versucht, daß die Landesregierung so vieles vorgekehrt habe, und daß eigentlich alles getan wurde, was überhaupt möglich war, um die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Er hat hier eine Ziffer von 233 Millionen Schilling genannt, die für arbeitsbeschaffende Aufgaben zur Verfügung gestellt werden. Er hat hier erklärt, daß an 1000 Baustellen 7000 Beschäftigte gezählt werden. Eine einfache Division, Hohes Haus, ergibt auf jede Baustelle ganze sieben Beschäftigte. Wollen Sie ernstlich behaupten, wollen Sie ernstlich der Öffentlichkeit einreden, daß das eine Arbeitsbeschaffung ist, daß man mit Arbeiten, wo an einer Baustelle sieben Arbeiter beschäftigt sind, die Arbeitslosigkeit in Niederösterreich wirklich ernstlich bekämpfen kann? Glauben Sie nicht, daß es notwendig wäre, daß an den einzelnen Baustellen viel mehr Beschäftigte eingestellt werden müßten? Glauben Sie nicht, daß es notwendig wäre, zu diesen 1000 Baustellen noch zusätzliche Baustellen mit noch mehr Beschäftigten zu schaffen, damit endlich in diesem Lande jeder mit ruhigem Gewissen sagen kann und auch die Arbeitslosen das Gefühl haben, daß hier das Menschenmögliche geleistet wurde! Mit sieben Arbeitern an einer Baustelle werden Sie dieses Gefühl den Arbeitslosen nicht vermitteln können.

Aber wenn ich nun von den 233 Millionen Schilling spreche, die der Herr Landeshauptmann in seiner Beantwortung der Anfrage hier genannt hat, dann erlaube ich mir nur eine ganz kurze Frage. In diesen 233 Millionen Schilling sind die Beträge des Voranschlages 1954, die Beträge des Nachtragsbudgets 1953 und die Beträge des außerordentlichen Programms im Betrage von 60 Millionen Schilling enthalten. Der Herr Landesfinanzreferent hat uns aus Anlaß der Beratung des Voranschlages für 1954 auf eine Anfrage im Finanzausschuß erklärt, das Nachtragsbudget 1953 sei im Jahre 1953 vollständig erfüllt worden. Das heißt, die damals in diesem Nachtragsbudget bewilligten Beträge und Kredite sind bereits verausgabt und in Anspruch genommen. Das heißt weiter, daß diese Beträge für ein arbeitsbeschaffendes Programm im Jahre 1954 nicht ein zweites Mal zur Verfügung stehen können. Das heißt schließlich, daß man hier in diesem Hause tatsächlich mit der Not der Arbeitslosen ein Spiel treibt, indem man uns falsche Ziffern mitteilt. Denn entweder ist die Behauptung des Herrn Finanzreferenten im Finanzausschuß, daß das Nachtragsbudget 1953 vollständig erfüllt ist, nicht richtig gewesen, oder es stimmen die 233 Millionen Schilling des Herrn Landeshauptmannes in seiner Mitteilung von voriger Woche nicht.

Ich glaube also, daß man in dieser Art und Weise eine so ernste Frage, ein so ernstes Problem, an dem nicht nur das Schicksal der 60.000 Arbeitslosen in Niederösterreich und der 300.000 Arbeitslosen in ganz Österreich, sondern auch nach unserer Auffassung das Schicksal der Wirtschaft dieses Staates und dieses Landes, wie überhaupt die Existenzgrundlage dieses Staates und dieses Landes hängt, nicht behandeln kann. Glauben Sie nicht, daß man sich so leichtfertig über diesen Zustand hinwegsetzen kann, ohne damit die Grundlagen dieses Staates zu erschüttern!

Wir sind daher der Meinung, daß man nicht, so wie es die Mehrheit tut, jetzt sagen kann: Durch die Beantwortung der Anfrage durch den Herrn Landeshauptmann haben wir alle unsere Verpflichtungen erfüllt, daher ist der Antrag der Sozialistischen Fraktion auf Beschaffung neuer und zusätzlicher Mittel sowie auf sofortige Zurverfügungstellung aller bereits bewilligten Mittel, um so rasch als möglich den Arbeitsmarkt anzukurbeln, gegenstandslos geworden, weil wir, die Mehrheit dieses Hauses, ja alle unsere Verpflichtungen erfüllt haben. Wir Sozialisten sind vielmehr nach wie vor der Meinung, es müssen alle zur Verfügung stehenden Mittel und alle bereits in den verschiedenen Voranschlägen, Nachtragskrediten und Sonderkrediten bewilligten Mittel so rasch als möglich flüssiggemacht und bereitgestellt werden. Wir haben nichts davon, wenn jetzt die Ausschreibungen für verschiedene Arbeiten im Februar, März und April vorgenommen werden. Wir müssen doch endlich zu dem Standpunkt kommen, wenn wirklich eine günstige Jahreszeit eintritt, daß dann die Projekte reif sein müssen, um beim ersten günstigeren Tag der Witterung die Arbeiten beginnen zu können. Wenn Sie erst Ende Februar oder Anfang März Projekte erstellen und dann erst die Ausschreibungen durchführen wollen, dann werden wir wahrscheinlich in den Mai und Juni hineinkommen, bis wir tatsächlich

eine merkliche Verringerung der Arbeitslosenziffer in diesem Lande verzeichnen können. Es geht dabei nicht allein um die während der Wintermonate arbeitslos gewordenen Arbeiter im Baugewerbe und im Baunebengewerbe, denn es glaubt doch sicherlich niemand in diesem Hause, daß mit der Wiederbeschäftigung der Bauarbeiter das Problem der Arbeitslosigkeit gelöst sein wird. Glauben Sie aber ehrlich und ernstlich daran, daß wir mit Einbruch der schöneren Jahreszeit imstande sein werden, alle 60.000 Arbeitslosen in Niederösterreich in Arbeit zu bringen? Glauben Sie wirklich, daß es uns gelingen wird, die 300.000 Arbeitslosen in ganz Österreich über den Sommer irgendwie in Arbeit und Verdienst zu bringen, noch dazu, wenn Sie das Problem in einer derart unernsten Art und Weise in Behandlung ziehen? Ich bin der Meinung, daß wir sehr viel Glück haben müssen, und daß wir alle unsere Kräfte anstrengen müssen, wenn wir erreichen wollen, daß über die Sommermonate zwei Drittel des jetzigen Arbeitslosenstandes in Arbeit und Verdienst kommen. Es ist gar nicht daran zu denken, daß wir alle 300.000 Arbeitslosen auf Arbeitsplätze unterbringen werden. Dazu müßten viel weitreichendere, viel großzügigere Maßnahmen durchgeführt werden, dazu wäre es notwendig, daß man sich heute sofort hinsetzt und versucht, zu ergründen, welche Maßnahmen getroffen werden könnten, um zusätzliche Arbeiten zu schaffen, damit wir langsam aber sicher ein ständiges Abgleiten der Arbeitslosenziffern erreichen. Wir sind also der Meinung, daß erstens alle schon bewilligten Kredite sofort flüssiggemacht werden sollen, und daß zweitens der Landtag sofort ein zusätzliches Arbeitsprogramm vorgelegt erhält und es beschließt, damit rasch mit seiner Verwirklichung begonnen werden kann.

Ich erlaube mir daher folgenden Antrag zu stellen *(liest)*:

„1. Die Landesregierung wird aufgefordert, mit der Vergebung der im Voranschlag 1954 vorgesehenen Arbeiten unverzüglich zu beginnen und die hierfür erforderlichen Mittel bereitstellen; falls zuwenig flüssige Mittel vorhanden sind, ist von den vom Landtag erteilten Kreditermächtigungen Gebrauch zu machen.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, mit den im Sonderbauprogramm für Flußregulierungen vorgesehenen Arbeiten zu beginnen, und für den Fall, als die für 1954 auf die Interessenten entfallenden Beiträge noch nicht bereitstehen, diese durch Aufnahme von Darlehen vorzufinanzieren.

3. Die Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich ein Sofortprogramm zur Durchführung öffentlicher Arbeiten, die über die im Voranschlag 1954 vorgesehenen öffentlichen Arbeiten hinausreichen, zu erstellen und dem Landtag ehestens zur Beschlußfassung und Bereitstellung der erforderlichen Mittel vorzulegen."

Wir sind aber auch der Meinung, daß für zusätzliche Arbeiten in unserem Lande nicht nur das Land Niederösterreich, sondern darüber hinaus auch der Bund herangezogen werden soll, denn Niederösterreich zählt ja bekanntlich zu den Bundesländern, die am schwersten unter den Kriegseinwirkungen und unter den Folgen des Krieges und der Besetzung leiden. Wir beantragen daher weiter *(liest)*:

„4. Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um von dieser, mit Rücksicht auf das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich und die übrigen wirtschaftlichen Nachteile des Landes, die Bereitstellung von Notstandsmitteln für Niederösterreich zur Durchführung öffentlicher Arbeiten zu erwirken.

5. Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden und dahin zu wirken, daß die im Bundesbudget 1954 zur Durchführung öffentlicher Arbeiten für Niederösterreich vorgesehenen Mittel flüssiggemacht werden."

Ich bitte Sie, diesem Antrage zuzustimmen.

Nun möchte ich mich doch noch mit einigen Argumenten beschäftigen, die die beiden Redner der Mehrheitspartei aus Anlaß der Beantwortung der Anfrage durch den Herrn Landeshauptmann hier vorgebracht haben. Es wurden in erster Linie immer wieder der „General Winter" und der „General Frost" für die übergroße Arbeitslosigkeit in Niederösterreich verantwortlich gemacht. Es wurde behauptet, nur die überaus starke Kälte sei eigentlich die Ursache dafür, daß man eine so große Arbeitslosigkeit in Niederösterreich und im ganzen Bundesgebiet verzeichnet, denn der „General Frost" zwingt zur Einstellung der Arbeiten an den Baustellen. Ja, der Herr Abg. Hirmann — ich muß sagen, ich habe mich gewundert, daß es gerade der Abgeordnete Hirmann war, der sonst als wirklich sachlicher und ernst zu nehmender Redner angesehen wird — hat sich sogar zu der Behauptung verstiegen, daß es im Baugewerbe üblich sei, daß vier Wochen vor Einbruch des Frostes die Arbeiten an den Baustellen eingestellt werden. Ich frage nun den Herrn Abg. Hirmann, wer ihm sagt, wann der Zeitpunkt des vier Wochen später

einsetzenden Frostes beginnt? *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich weiß es nicht. Heuer beispielsweise ist die Frostperiode Mitte Jänner eingetreten, und es wird niemand den Gegenbeweis erbringen können, daß nicht bis Mitte Jänner eine verhältnismäßig milde Witterung geherrscht hat.

Ich habe vor mir einen Ausschnitt aus der „Neuen Wiener Tageszeitung" vom August des vorigen Jahres liegen, und zwar vom 23. August 1953. Da heißt es unter der Überschrift „Bankkredite gegen die Arbeitslosigkeit in Niederösterreich" *(liest):* „Landeshauptmann Steinböck erklärte Freitag, daß die niederösterreichische Landesregierung mit Unterstützung des Bundes größere Bankkredite einsetzen wird, die ausschließlich für Arbeiten in den Notstandsgebieten Niederösterreichs verwendet werden sollen." Bisher haben wir von dem Einsetzen dieser Bankkredite weder in den Notstandsgebieten noch sonst irgendwo in Niederösterreich etwas bemerkt.

Aber es heißt weiter *(liest):* „Die Zahl der Arbeitslosen in Niederösterreich betrug am 1. Juli 1953 22.981, während am 1. Juli 1952 nur 21.016 Arbeitslose gezählt wurden."

Das war im Juli und August des vergangenen Jahres, also noch ziemlich weit weg von den vier Wochen vor Einbruch der Frostperiode. Damals wurde schon festgestellt, daß eine überaus zeitlich einsetzende Winterarbeitslosigkeit zu erwarten ist, denn es heißt ja in diesem Bericht weiter *(liest):* „Eine Delegation niederösterreichischer Arbeitnehmer, die Freitag bei Landeshauptmann Steinböck vorsprach, gab ihrer Besorgnis über das frühzeitige Sinken der Beschäftigtenzahl Ausdruck, das heuer früher erfolgt sei als im vergangenen Jahr."

Trotzdem wurde nichts unternommen, trotzdem wurde unser Antrag vom 15. Oktober 1953 bis zum 4. Februar 1954 im Ausschuß buchstäblich sabotiert und nicht behandelt.

Ich könnte Ihnen noch eine Reihe von Aussendungen der ÖVP in ihrer Presse mitteilen, beispielsweise eine Notiz im „Kleinen Volksblatt" vom 25. September des vergangenen Jahres, wo es heißt *(liest):* „Für den kommenden Winter haben die niederösterreichischen Behörden bereits ein Arbeitsprogramm erstellt, damit die von der Witterung unabhängigen Bauten weitergeführt werden können." Ich habe hier noch eine Notiz unter der Überschrift „Hundert Millionen Schilling setzt Niederösterreich für die Beschaffung von Winterarbeitsplätzen ein." Von allen diesen angekündigten und ziemlich laut angekündigten Versprechungen haben wir leider bisher in Niederösterreich nichts bemerkt, vielmehr alles vermißt.

Es wurden auch andere Argumente außer dem „General Winter" und dem „General Frost" noch ins Treffen geführt. So war es beispielsweise der Abg. Hainisch, der den Mut hatte, aufzustehen und zu erklären: Die Bauarbeiter haben früher keine Arbeitslosenunterstützung bekommen, und erst seitdem die Bauarbeiter Arbeitslosenunterstützung bekommen sei die Arbeitslosenziffer bei ihnen so hoch. *(Abg. Hainisch: Das ist eine glatte Lüge, was Sie da sagen. Das habe ich nicht gesagt! Das ist eine glatte Verdrehung der Tatsachen! Lesen Sie das Stenographische Protokoll! — Präsident Saßmann gibt das Glockenzeichen.)* Wenn das eine Lüge ist, dann lügt das „Kleine Volksblatt", aber nicht ich. Hier habe ich das „Kleine Volksblatt" vom 11. Jänner dieses Jahres. Hier lese ich, schwarz auf weiß geschrieben, und zwar unter der Überschrift: „Hauptversammlung der ÖVP-Ortsgruppe Korneuburg" *(liest):* „Herr Abg. Hainisch führte unter anderem aus, bei den Bauarbeitern gab es früher keine Arbeitslosenunterstützungen." *(Abg. Hainisch: Ist das vielleicht nicht wahr?)* Ich darf feststellen, daß, seit es in Österreich eine Arbeitslosenunterstützung gibt, die Bauarbeiter immer im Bezug der Arbeitslosenunterstützung gestanden sind. *(Abg. Hainisch: Richtig!)* Sie haben nur eine längere Karenzfrist als andere Arbeitslose, aber Sie haben die Arbeitslosenunterstützung. Wenn sie die notwendigen Monate erfüllt haben, erhalten Sie so wie früher die Arbeitslosenunterstützung.

Aber Abg. Hainisch hat in Korneuburg noch anderes gesagt. Er hat erklärt, die Bauarbeiter seien gut bezahlt und müßten sich im Sommer so viel ersparen, daß sie im Winter zuschießen können. Ich weiß nicht, ob der Herr Abg. Hainisch jemals als Bauarbeiter tätig war. Er möge aber einmal in eine Bauarbeiterfamilie gehen, und er wird dort zu seinem Staunen erfahren, wie „viel" man sich von dem Verdienst als Bauarbeiter im Sommer ersparen kann, wenn man bereits im August arbeitslos wird und vom August bis April zusetzen muß. Das glauben Sie, Herr Abg. Hainisch, doch selber nicht, daß man im Baugewerbe in den sechs Monaten im Sommer so viel verdienen kann, und daß die Löhne im Baugewerbe so hoch sind, daß die Bauarbeiter die restlichen Monate privatisieren können. *(Abg. Hainisch: Wir kommen schon noch zusammen! — Heiterkeit.)*

Aber nicht nur, daß man mit derlei Argumenten zu operieren versucht, hat darüber hinaus der Abg. Stangler erklärt, daß man

eigentlich zur Lösung des Arbeitslosenproblems in Niederösterreich nichts anderes mehr tun müßte, als bei dem Projekt Ybbs-Persenbeug dafür zu sorgen, daß Niederösterreich einen 50prozentigen Anteil an diesem Projekt erhält. Damit wäre — nach der Meinung des Herrn Abg. Stangler — das Arbeitslosenproblem in Niederösterreich schon erledigt. Abgesehen davon, daß ja der Abgeordnete Stangler es wissen könnte und wissen müßte und es auch weiß, daß die Verteilung der Anteile beim Kraftwerk Ybbs-Persenbeug auf einer gesetzlichen Grundlage basiert und wir in Niederösterreich das Gesetz gar nicht ändern können, frage ich einmal das Hohe Haus: Was glauben Sie, um wieviel Arbeitslose in Niederösterreich oder in Österreich mehr beschäftigt werden könnten, wenn Niederösterreich statt 40 Prozent der Anteile 50 Prozent der Anteile übernimmt? Ob Niederösterreich mehr oder weniger Anteile an dem Kraftwerk Ybbs-Persenbeug hat, spielt bezüglich der Zahl der Beschäftigten überhaupt keine Rolle. *(Abg. Stangler: Uns ist es aber nicht gleich, ob niederösterreichische oder andere Arbeiter dort beschäftigt werden!)* Ob Niederösterreich 40 Prozent oder 60 Prozent des Werkes gehören, ist gleichgültig. Wegen des größeren Anteils Niederösterreichs wird kein Arbeiter mehr beschäftigt werden. *(Abg. Stangler: Aber bei den Kamptalkraftwerken ist es doch möglich gewesen!)*

Der Herr Abg. Stangler ist noch weiter gegangen. Er hat erklärt, wir Sozialisten seien Hoch- und Landesverräter. *(Abgeordneter Stangler: Wo habe ich das gesagt? — Abg. Endl: Wieder eine Verdrehung! — Abgeordneter Stangler: Das ist eine Lüge!)* Er hat gesagt: Die Sozialisten haben das Land Niederösterreich und seine Interessen verraten! *(Abg. Stangler: Ich habe gesagt: „Arbeiterinteressen!" — Abg. Endl: „Arbeiterinteressen" hat er gesagt! — Abg. Stangler: Lügen Sie nicht, Herr Abg. Staffa! — Landeshauptmannstellvertreter Popp: Vielleicht schauen Sie im Protokoll nach, da wird es drinnenstehen!)* Wenn der Herr Abg. Stangler von „Hoch- und Landesverrat der Sozialisten" gesprochen hat, dann erlauben Sie mir . . . *(Abg. Endl: Das ist eine Verdrehung, Herr Kollege Staffa, bleiben wir bei der Wahrheit!)* Lieber Herr Abgeordneter, ich habe gar nichts zu verdrehen, sondern das Protokoll wird die Richtigkeit feststellen. Ich habe es auch nicht notwendig, in einem Pathos zu sprechen, wie der Herr Abg. Endl in der letzten Sitzung des Landtages hier gesprochen hat. *(Ironische Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Endl: Was heißt „Pathos"? — Landeshauptmannstellvertreter Popp: Und falsche Behauptungen aufgestellt hat! — Abg. Endl: Muß jeder so reden wie der Herr Abg. Staffa, mit solchen Verdrehungen?)* Wenn hier verdreht wurde, dann haben Sie es selbst getan, denn nicht wir haben mit Ziffern operiert, sondern Sie haben falsche Ziffern entweder geliefert oder sich liefern lassen!

Wenn der Herr Abg. Stangler von „sozialistischen Landes- und Hochverrätern" spricht, dann möchte ich doch ganz freundschaftlich an die Ereignisse des Jahres 1950 erinnern und fragen, warum der Herr Abg. Stangler nicht im Oktober 1950 von den „sozialistischen Landes- und Hochverrätern" gesprochen hat. Damals haben gerade die Bauarbeiter, die heute — nach dem Rat des Herrn Abgeordneten Hainisch — von ihrem Verdienst im Sommer im Winter leben sollen, in erster Linie dazu beigetragen, daß dieses Land und dieser Staat seine Selbständigkeit erhalten hat *(Beifall bei den Sozialisten.)*, und nicht Sie *(zur Seite der ÖVP gewendet)* waren es. *(Zwischenrufe bei der Volkspartei. — Landeshauptmannstellvertreter Popp: Lest eure eigene Presse durch!)* Ja, Sie können in den Oktoberblättern des Jahres 1950 nachlesen, wieviel und wie oftmals gerade damals den sozialistischen Arbeitern für ihre Haltung gedankt wurde. *(Abg. Endl: Es kommt noch zur Sprache!)* Es waren nicht Ihre Funktionäre, es waren die sozialistischen Funktionäre, es waren die sozialistischen Arbeiter, die in den Betrieben gestanden sind *(Abgeordneter Stangler: Die anderen haben geschlafen?)* und mit Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit diese Betriebe verteidigt haben. *(Beifall bei den Sozialisten. — Abgeordneter Stangler: Ob das zur Frage der Arbeitslosigkeit gehört, das weiß ich nicht!)*

Aber nicht nur so weit sind die Behauptungen des Abg. Stangler gegangen, sondern der Herr Abg. Stangler, ein besonderer Sachkenner der Wirtschaft angeblich, ist sogar so weit gegangen, zu sagen: Na, wir können in Niederösterreich eigentlich nichts machen, aber der Minister Waldbrunner möge doch einige Aufträge nach Ternitz geben — und damit ist die Arbeitslosigkeit schon behoben! *(Abg. Stangler: Das habe ich auch nicht gesagt!)* Herr Abg. Stangler, erstens einmal möchte ich Ihnen sagen, falls Sie es nicht selbst wissen sollten — aber ich nehme an, Sie wissen es und Sie haben nur so getan, daß Sie es nicht wissen —, daß mit der Auftragserteilung an einen verstaatlichten Betrieb noch lange nicht alles getan ist, sondern daß es auch notwendig ist, das dort erzeugte Produkt auf den Markt zu bringen und absetzen zu können. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.*

— Abg. Endl: Wie bei den anderen auch!) Es ist also nichts damit getan, wenn der Herr Minister Waldbrunner nach Ternitz Aufträge gibt, sondern er muß die dort erzeugten Produkte auch absetzen können *(Abg. Zach: Das gilt für alle!)* Aber wenn Sie Ihr angeblich gutes Rezept dem Herrn Minister Waldbrunner vorgeschlagen haben, warum schlagen Sie es nicht auch der niederösterreichischen Landesregierung und jenen Referenten vor, die im Lande Niederösterreich arbeitsbeschaffend wirken könnten? Warum geben Sie nicht denen, in deren Händen die Arbeitsbeschaffung im Lande liegt, diesen guten Rat, auch in Niederösterreich mehr Aufträge zu vergeben? Glauben Sie nicht, daß auch hier mehr möglich wäre? Es gibt unzählige Straßen, es gibt unzählige Flußläufe, es gibt unzählige Brücken, die instand gesetzt werden könnten. Es gibt Wasserleitungsprojekte, die dringendst notwendig und gesundheitlich unbedingt erforderlich wären. *(Abg. Endl: Das wird alles geschehen!)* Warum geben Sie nicht die Aufträge? Warum sind Sie nicht dafür? Sie werden natürlich sagen, der Minister Waldbrunner braucht nur vom Westen einige Aufträge abziehen und nach Osten geben. Ob das für Österreich gerade eine großartige Lösung ist? *(Erneute Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Stangler: Aber wir sind Niederösterreicher, wir sind für niederösterreichische Arbeitsbeschaffung!)* Nein, geschätzte Herren, wir sind nicht nur Niederösterreicher, wir sind Österreicher! Wir haben kein Interesse daran, dieses Land in verschiedene Bundesländer zu zerreißen. *(Abg. Zach: Die anderen Länder reden auch für sich!)* Und wenn Sie glauben, daß es für die Arbeitslosen ein großartiger Trost ist, daß zwar in Niederösterreich die Arbeitslosen weniger, aber in Oberösterreich mehr sind, dann ist das keine Lösung des Problems. *(Andauernde Zwischenrufe bei der Volkspartei. — Abg. Zach: Wo sind denn die Notstandsgebiete?)*

Sie haben auch davon gesprochen, daß man angeblich von seiten des Ministers Waldbrunner beabsichtigt, verstaatlichte Betriebe von Niederösterreich nach dem Westen zu verlagern. Sie sind den Beweis für diese Behauptung schuldig geblieben! Sie haben keinen einzigen Betrieb nennen können, der verlagert werden soll. Aber wir sind in der Lage, einige Privatbetriebe zu nennen, die schon lange dorthin verlagert sind. Warum haben Sie denn hier Ihren Einfluß nicht geltend gemacht?

Der Herr Abg. Stangler ist noch weiter gegangen und hat erklärt: die Sozialisten haben eigentlich gar kein Verständnis, ja sie interessiert die Not der Arbeitslosen überhaupt nicht, sondern was sie heute im Interesse der Arbeitslosen vorgeben zu tun, das tun sie ja nur im Hinblick auf die Nervosität vor den kommenden Wahlen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Stangler: Den Eindruck habe ich noch immer, Herr Abg. Staffa!)* Sie haben immer schlechte Eindrücke. Eines kann ich Ihnen aber sagen, Herr Abg. Stangler, die Sozialisten sind nervös, aber nicht im Hinblick auf die kommenden Wahlen, sondern im Hinblick auf die dauernd steigende Zahl der Arbeitslosen, und wenn Sie glauben, daß wir Grund haben, nervös zu werden wegen der kommenden Wahlen, dann muß ich Ihnen sagen: Im Jahre 1949 sind nicht wir, sondern Sie um ein Mandat schwächer in den Landtag zurückgekommen; im Jahre 1950 bei den Gemeindewahlen haben nicht die Sozialisten, sondern die Volkspartei an Stimmen verloren; im Jahre 1951 bei den Bundespräsidentenwahlen können Sie wahrlich nicht behaupten, daß Sie einen Sieg gefeiert haben, und im Jahre 1953 bei den Nationalratswahlen glauben Sie vielleicht wieder einen Sieg gefeiert zu haben! Wenn Sie also glauben, daß wir Grund zur Nervosität haben ... *(Abg. Zach: Wer hat denn im Jahre 1949 zwei Nächte lang geweint? — Heiterkeit.)* Herr Abg. Zach, die Mandate haben Sie verloren! *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Und die Stimmen auch!)* Wenn Sie glauben, daß wir im Hinblick auf die kommenden Wahlen nervös sind, kann der Grund nur der sein, daß sich diese Entwicklung im Herbst des laufenden Jahres bei den Landtagswahlen fortsetzen wird und Sie Ihre Mehrheit verlieren werden. Nun, wir überlassen es der Öffentlichkeit, wer mehr Grund zur Nervosität hat, wir oder Sie. *(Abg. Stangler: Über den Roten Falken haben Sie noch nicht gesprochen.)*

Der Herr Abg. Ernecker hat es für notwendig befunden, von echten und unechten Arbeitslosen zu reden. Ich möchte hierzu eines eindeutig feststellen: Für uns Sozialisten ist jeder, der arbeiten will und arbeiten kann und eine Arbeit braucht und keine Arbeit bekommt, ein echter Arbeitsloser. Nun haben wir den eigentümlichen Zustand, daß gerade die Mehrheit dieses Hauses, die eigentlich die erste Verantwortung für diese Zustände übernehmen und natürlich auch in erster Linie die Sorge um die Arbeitslosen auf sich nehmen müßte, einen ganz eigentümlichen Standpunkt einnimmt. Sie sagen immer, wir Sozialisten wollen mit der Frage der Arbeitslosigkeit Demagogie betreiben. Nun, meine Herren, vielleicht fragen Sie einmal den Herrn Abgeordneten Zach, der am Donnerstag, dem

4. Februar, im gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzausschuß erklärt hat, ja, wir von der ÖVP würden ja nicht gegen die sozialistischen Anträge für die Arbeitsbeschaffung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stimmen, aber die Haltung, die die Sozialisten bei der Beratung des Voranschlages 1954 eingenommen haben, ist die Ursache, daß wir gegen die Anträge der Sozialisten stimmen. Wir bringen also den Arbeitslosen zur Kenntnis: Weil die Sozialistische Fraktion hier nicht in allen Fällen bedingungslos den Wünschen der ÖVP Rechnung trägt und hier nicht brav mitstimmt, haben Sie von der ÖVP nichts anderes im Sinn, als die Arbeitslosen dafür zu strafen. Der Herr Abg. Hilgarth ist sogar so weit gegangen, zu erklären, seit die Sozialisten gegen die Haftungsübernahme eines 300-Millionen-Kredites für die NEWAG deswegen gestimmt haben, weil die NEWAG nicht vorher einer Kontrolle unterzogen worden ist, seit diesem Zeitpunkt besteht die Spannung, und seither wird frisch und fröhlich gegen die Anträge der Sozialisten gestimmt. Die Arbeitslosen werden sich diese Taktik merken, und sie werden Ihnen die Rechnung eines Tages präsentieren. Aber ich möchte dem Hause doch allen Ernstes sagen, so kann die Frage der Arbeitslosigkeit nicht gelöst werden, so ist weder den Arbeitslosen noch dem Land noch der Wirtschaft gedient.

Hoher Landtag! Nach dem Krieg, in den Jahren 1945, 1946 und auch noch 1947, war es notwendig, ein Arbeitspflichtgesetz zu beschließen. Es bestand ein Arbeitspflichtgesetz, und jeder Staatsbürger war unter bestimmten Voraussetzungen verpflichtet, eine ihm zugewiesene Arbeit anzunehmen, ansonsten wurde sogar mit dem Entzug der Lebensmittelkarte vorgegangen. Wir glauben nun als Sozialisten den Standpunkt vertreten zu dürfen, daß jetzt, wo die Arbeiter in Not geraten sind, die Gemeinschaft die gleiche Verpflichtung hat, für diese unschuldig in Not geratenen Arbeitslosen zu sorgen. *(Beifall bei den Sozialisten.)* Die Arbeiter haben nach dem Krieg ihre Pflicht wahrlich erfüllt. Wer gesehen hat, mit welcher Selbstlosigkeit und Selbstverständlichkeit die Arbeiter und Angestellten damals an ihre Arbeitsplätze gegangen sind, wer es weiß und mitgemacht hat, daß in den Werkstätten weder Material noch Werkzeug vorhanden war, und daß sich die Arbeiter oft das Werkzeug, soweit es ihnen überhaupt geblieben ist, von zu Hause in den Betrieb mitnehmen mußten, um überhaupt arbeiten zu können, wer es weiß und gesehen hat, wie die Arbeiter aus den Schrotthaufen der zerstörten Betriebe das letzte brauchbare Stück Eisen mit den bloßen Händen herausgegraben haben, damit die Betriebe in Gang gesetzt werden können, wer gesehen hat, wie die Arbeiter — die Eisenbahn ist stillgestanden, der Straßenbahnverkehr war lahmgelegt — damals kilometerlange Fußwege gegangen sind, um ihrer Arbeitsverpflichtung nachzukommen, ohne zu wissen, ob sie, wenn sie abends nach Hause kommen, ihre Wohnung noch in dem Zustand antreffen, wie sie sie verlassen haben, und genau gewußt haben, daß ihnen, wenn sie nach Hause kommen, die Frau nichts oder nur sehr wenig zum Essen vorsetzen kann, wer weiß, daß diese Arbeiter trotz alledem ihre Pflicht erfüllt haben, der muß sagen: Erfüllen wir heute genau so selbstverständlich und selbstlos wie damals die Arbeiterschaft unsere Verpflichtung im Interesse der Arbeitslosen, zum Wohle des Staates und des Landes Niederösterreich. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, muß ich Herrn Abg. Staffa fragen, ist sein Antrag ein Abänderungs- oder ein Zusatzantrag oder ein selbständiger Antrag.

Abg. STAFFA: Zu dem Minderheitsbericht ein Antrag. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Ein Aufforderungsantrag an die Landesregierung.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich habe das Wort „Aufforderung" nicht gelesen. Ich nehme also zur Kenntnis, es ist ein Aufforderungsantrag.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Zettel das Wort.

Abg. ZETTEL: Hohes Haus! Schon im Sommer 1953 ist es klargeworden, daß die Situation in der Wirtschaft und damit auf dem Arbeitsmarkt im Winter 1953/54 sehr ernst werden wird. Aus diesem Grunde heraus wurde von der Sozialistischen Fraktion im Oktober 1953 ein Antrag eingebracht, der mithelfen sollte, der Arbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten. Der Antrag wurde nicht behandelt. Es wurde dann auch vor ganz kurzer Zeit — wie bereits mein Freund Staffa ausgeführt hat — unser Zusatzantrag von der Mehrheit abgelehnt, der neuerdings den Weg zeigt, auf welchem man rasch und wirksam die Arbeitslosigkeit bekämpfen kann. Es ist ja nicht wahr, daß der Frost allein an der Arbeitslosigkeit schuld ist. Wahr ist vielmehr, daß die Zahl der Arbeitslosen um ein ganz beträchtliches niedriger wäre, wenn rechtzeitig ein Winterarbeitsprogramm beraten, beschlossen und durchgeführt worden wäre. Ein Bei-

spiel: Es gibt Vorhaben für Kanalbauten, für welche man die Rohre im Winter herstellen kann, es gibt Vorhaben für Straßenbauten, für welche man auch im Winter die Steine vorrichten kann. Die Behauptung, daß die Arbeiter wegen der Kälte keine Lust zum Arbeiten haben, möchte ich mit einem einzigen Beispiel widerlegen. Wer im Bezug der Arbeitslosenunterstützung steht, kann seiner Familie nicht das geben, was er ihr geben kann, wenn er in Beschäftigung ist. In meinem Bezirk gibt es z. B. viele Wirte und Fleischhauer, aber auch Brauereien, die noch Natureis machen. Die Arbeiter haben bei einer Kälte von 20 und mehr Grad am Teich und im Eiskeller gearbeitet, um das Eis einzubringen. Wenn also oft behauptet wird, daß der Frost Arbeitsunlust herbeiführt, dann kann ich Ihnen verraten, daß gar nicht so viel Eismacher aufgenommen werden konnten, als sich Arbeitslose zu dieser Beschäftigung gemeldet haben. Es ist das ein Beweis, daß nicht der Frost schuld daran ist, daß wir so viele Arbeitslose haben, sondern schuld daran ist, daß keine Gelegenheiten gegeben werden, Arbeiter einzustellen. Man kann auch im Winter verschiedene Arbeiten durchführen. Ich glaube, der Antrag, den Abg. Staffa eingebracht hat, weist einen solchen Weg. Um aber diesen Antrag besonders zu unterstützen und besonders aufzuzeigen, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, möchte ich Ihnen doch den Minderheitsbericht meiner Fraktion zur Kenntnis bringen *(liest):*

„Die Sozialistische Fraktion im gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftsausschuß führt hiermit ihren am 4. Februar 1954 angemeldeten Minderheitsbericht wie folgt aus:

Die Sozialistische Landtagsfraktion stellte im Herbst des vorigen Jahres mit Rücksicht auf den merkbaren Anstieg der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich den Antrag, die Landesregierung möge für die Zeit der steigenden Arbeitslosigkeit im kommenden Winter rechtzeitig ein Winterarbeitsbeschaffungsprogramm 1953/54 erstellen. Dieser Antrag wurde am 15. Oktober 1953 vom Präsidenten des Landtages dem gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftsausschuß zur Behandlung zugewiesen.

Obwohl nach dem Stande der Witterung kein Anlaß für die Einstellung oder Einschränkung der Bautätigkeit gegeben war, nahm in der Folge die Zahl der Arbeitslosen ständig zu. An zahlreichen öffentlichen Baustellen kam die Arbeit zum Stillstand. Unter diesen Umständen mußte es jedermann, vor allem aber den verantwortlichen Stellen des Landes klar sein, daß bei Eintritt winterlicher Bedingungen die Arbeitslosigkeit sprunghaft ansteigen werde, erhöhte sich doch schon während des Monates Dezember, also noch zur Zeit günstiger Witterungsbedingungen, gegenüber dem Vormonat die Zahl der Arbeitslosen um 13.829.

Trotz der alarmierenden Anzeichen haben es die Obmänner des gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftsausschusses nicht für notwendig gefunden, den Ausschuß einzuberufen und den sozialistischen Antrag zu behandeln. Da dieses Versäumnis angesichts einer Arbeitslosenzahl von nahezu 50.000 unerträglich wurde, forderte die Sozialistische Landtagsfraktion die unverzügliche Einberufung des Ausschusses zur endlichen Beratung des seit Oktober unerledigten Antrages. Der Ausschuß wurde für den 4. Februar einberufen. Kurz vorher beantragte die Landtagsfraktion der Österreichischen Volkspartei eine außerordentliche Sitzung des Landtages, die einen Tag vor dem Zusammentritt des gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftsausschusses anberaumt wurde. In dieser Sitzung des Landtages versuchte man, um der Behandlung des sozialistischen Antrages den Boden zu entziehen, mit Hilfe einer bestellten Anfrage und deren sofortiger Beantwortung durch den Herrn Landeshauptmann den Anschein zu erwecken, als seien hinlängliche Maßnahmen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit getroffen. Tags darauf erklärte auch tatsächlich die ÖVP-Fraktion des gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftsausschusses, darauf Bezug nehmend, der Antrag der Abgeordneten Wenger, Dr. Steingötter, Nimetz, Gerhartl, Hrebacka, Zettel und Genossen, betreffend die unverzügliche Erstellung eines Winterarbeitsprogrammes 1953/54 und dessen Vorlage an den Landtag, sei durch die Beantwortung der an den Herrn Landeshauptmann in der Landtagssitzung vom 3. Februar 1954 gestellten Anfrage, betreffend das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich und Maßnahmen zur Bekämpfung derselben, gegenstandslos geworden.

Dieser Behauptung wird seitens der sozialistischen Vertreter im Finanz- und Wirtschaftsausschuß entschieden entgegengetreten und eindeutig festgestellt, daß die Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes in keiner Weise geeignet sind, den gegenwärtigen Stand von nahezu 60.000 Arbeitslosen unmittelbar zu verringern.

Was über die Höhe der Arbeitslosigkeit gesagt wurde, ist ein Spiel mit Zahlen. Entscheidend ist, daß es in Niederösterreich nahezu 60.000 Arbeitslose gibt.

Auch die Behauptung, die niederösterreichische Landesregierung habe zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere während der Monate Jänner, Februar

und März, ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm entwickelt, ist weder ernst zu nehmen noch hat sie in der Entwicklung der Arbeitsmarktlage eine Bestätigung gefunden.

Wenn in diesem angeblich umfassenden Arbeitsbeschaffungsprogramm die Fortführung laufender, bereits im letzten Quartal des Vorjahres begonnener Arbeiten und Bauten aus dem Nachtragskredit angeführt wird, so ist eine solche Darstellung unernst und irreführend und wird davon keine einzige zusätzliche Arbeitskraft eingestellt werden können.

Anläßlich der Budgetdebatte 1954 hat der Finanzreferent des Landes erklärt, das Nachtragsbudget sei restlos erfüllt worden. Das heißt, die aus ihm stammenden Kredite sind verbraucht. Sie werden daher auch kaum geeignet sein, irgendein Arbeitsbeschaffungsprogramm des Jahres 1954 zu finanzieren. Was die Fortführung laufender, bereits im Vorjahr begonnener Arbeiten betrifft, so kann ihre besondere Anführung nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihre Finanzierung ebenso wie jene aller anderen Bauvorhaben aus den Mitteln des Voranschlages 1954 erfolgen muß. Außerdem beziehen sich die Budgetmittel auf das ganze Jahr, sind also für die einzelnen Monate nur zu einem aliquoten Teil verfügbar und zunächst sogar noch um 15 Prozent gekürzt.

Daraus ergibt sich als Schlußfolgerung: Wenn die Aufzählung der verschiedenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen lediglich eine Liste dessen ist, was im Rahmen des normalen Budgets 1954 an Projekten vorgesehen wurde, und wenn diese Vorhaben als „umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm" bezeichnet werden, so müßte man annehmen, es stünden im Voranschlag 1954 größere Mittel zur Verfügung, als dies im Vorjahr der Fall gewesen ist. Tatsächlich jedoch sind die Ansätze der wesentlichsten Ausgaben im Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen gleichgeblieben, und es besteht nur in einer Beziehung ein wesentlicher Unterschied zum Voranschlag 1953: Während im Vorjahr die Mittel des Budgets durch ein Nachtragsbudget und ein Frühjahrsarbeitsprogramm ergänzt worden waren, ist das für das Jahr 1954 nicht der Fall.

Diese Feststellung ist bedeutsam, geht aus ihr doch überzeugend hervor, daß ohne Erstellung eines zusätzlichen Programmes der Arbeitslosigkeit nicht wirksam abgeholfen werden kann. Als Beweis diene das Vorjahr, dessen Arbeitslosenstand, obwohl niedriger als heuer, nur durch die Erstellung eines Frühjahrsarbeitsprogrammes eingeschränkt werden konnte. Selbst wenn in diesem Jahre ein zusätzlicher Betrag von 16 Millionen Schilling im Rahmen des Wasserbauprogrammes verbaut werden sollte, so wird dadurch nur ein Teil jener Mittel bereitstehen, die im Vorjahr in Form des Frühjahrsarbeitsprogrammes und des Nachtragsbudgets dem Lande zugute kamen.

Zusammenfassend ist daher zu bemerken, daß die in der Anfragebeantwortung erwähnten Maßnahmen weder ein zusätzliches, über den Rahmen eines normalen Budgets hinausreichendes Arbeitsprogramm darstellen, noch auch für ein derartiges Sonderprogramm Mittel zur Verfügung stehen. Überdies sind diese Vorhaben auch nicht sofort realisierbar, falls nicht unverzüglich die notwendigen Kredite flüssiggemacht werden. Von entscheidender Bedeutung ist außerdem, daß ein beträchtlicher Teil der Arbeitslosen, nämlich jene aus der Industriearbeiterschaft, überhaupt nicht von solchen Maßnahmen betroffen wird. Es gilt aber auch für sie die Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung aufzuzeigen.

Aus allen diesen Gründen stehen die sozialistischen Abgeordneten auf dem Standpunkt, es sei nach wie vor die dringlichste Aufgabe der Landesregierung, durch Erstellung eines Notstandsprogrammes die Arbeitslosigkeit in unserem Bundeslande wirksam zu bekämpfen. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit hat die Sozialistische Fraktion des Finanz- und Wirtschaftsausschusses ihren Antrag vom Oktober vorigen Jahres modifiziert und an Stelle des Winterarbeitsprogrammes, dessen Erstellung von der Mehrheit im Ausschuß verhindert wurde, die Ausarbeitung eines Sofortprogrammes zur Arbeitsbeschaffung gefordert. Ein diesbezüglicher Beschluß durch den Ausschuß kam jedoch nicht zustande, weil die ÖVP-Mehrheit es ablehnte, darüber zu verhandeln.

Die Sozialistische Fraktion hat daraufhin die Berichterstattung über den Antrag 467, Ltg., zurückgelegt und machte von dem ihr nach der Geschäftsordnung zustehenden Recht der Abfassung eines Minderheitsberichtes und dessen Beifügung Gebrauch. Ihre Anträge zur Arbeitsbeschaffung, die im Ausschuß nicht die notwendige Unterstützung fanden, wird sie bei den Verhandlungen im Plenum des Landtages einbringen."

Hohes Haus! Der Abg. Staffa hat nun im Sinne dieses Minderheitsberichtes einen Antrag gestellt. Ich glaube, die Not der Arbeitslosen zwingt jeden, der nur irgendwie diese Not kennt und mit diesen Menschen in Verbindung steht, nach einem Ausweg zu suchen. Es kommt gar nicht darauf an oder es soll gar nicht darauf ankommen, von wo und von wem der Weg gezeigt wird. Es soll lediglich darauf ankommen — und das soll richtung-

gebend sein —, daß ein Weg gefunden wird, daß dieser Weg gezeigt, aber auch beschritten wird. Ich glaube, was wir *(zur Seite der ÖVP gewendet)* von Ihnen schon so oft gehört haben und was auch Herr Abg. Staffa so drastisch aufgezeigt hat, sind keine Argumente. Es ist für den Arbeitslosen bestimmt verbitternd, wenn er solche Aussprüche hört. Es gibt keine echte und unechte Arbeitslosigkeit, obwohl ich ohne weiteres zugebe, daß es, so wie in allen Kreisen der Bevölkerung, auch in den Kreisen der Arbeitslosen Nutznießer gibt, die versuchen, die Einrichtung der Arbeitslosenversicherung zu mißbrauchen. Wer aber das Arbeitslosenversicherungsgesetz kennt, wird zugeben, daß den Arbeitsämtern Mittel und Wege genug zur Verfügung stehen, um solche Mißbräuche auf das geringste einzudämmen oder überhaupt auszuschalten. Nicht nur, daß der Arbeitslose, wenn er bei einer Unregelmäßigkeit ertappt wird, die Unterstützung zurückzahlen muß, wird er außerdem zu Geldstrafen verurteilt und sogar vom Bezug der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen. Das sind Risken, auf die selten ein Arbeiter eingehen wird. Man soll also nicht auf diese Art und Weise argumentieren und nicht so über die Arbeitslosen reden. Man soll lieber darüber reden und sich darüber den Kopf zerbrechen, wie man diesen Menschen ihre wirtschaftliche Position und das Leben ihrer Familien erleichtern kann.

Ein Weg wird durch den Antrag des Abgeordneten Staffa gezeigt. Im Interesse der Arbeitslosen, im Interesse der Wirtschaft überhaupt und im Interesse der gedeihlichen Arbeit auf politischem Boden appelliere ich an das Haus, den Antrag des Abg. Staffa zum Beschluß zu erheben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Tesar.

Abg. TESAR: Hoher Landtag! Anknüpfend an die sehr versöhnlichen Worte des Herrn Abg. Zettel, die im Gegensatz zu den schroffen Ausführungen des Abg. Staffa wohltuend wirkten, erkläre ich, daß auch in unserer Fraktion das Streben nur darnach geht, die vorhandene Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und abzubauen, aber mit wirksamen Mitteln. Schon der selige Dr. Hemala hat einmal ganz richtig erklärt: Eine Handvoll praktische Arbeit ist mir lieber, als ganze Kübel voll Theorie. Beim Problem der Arbeitslosigkeit muß ich an den Ausspruch dieses Arbeitervertreters aus dem Grunde denken, weil wir mit den Argumentationen, wie sie Abg. Staffa in seiner schroffen Art vorgebracht hat, keinen einzigen Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß eingliedern können. Ich frage Sie vielmehr, sind die Hunderte von Bürgermeistern dieser oder jener Städte, Märkte und Dörfer, ganz gleich, ob sie sozialistischer oder ÖVP-Färbung sind, nicht lebendige Zeugen dafür, daß sie durch ihre steten Interventionen bei der niederösterreichischen Landesregierung und ihren bewährten Referatsleitern praktische Arbeit für die Eindämmung der Arbeitslosigkeit leisten? Wir haben es daher auch nicht für notwendig befunden, meine sehr verehrten Damen und Herren der Sozialistischen Fraktion, weil eben hier wirklich nützliche Arbeit geleistet wird, uns mit dieser Phrasendrescherei zu befassen, wie wir sie leider immer wieder hören müssen. Wenn die sozialistische Presse in ihren Artikeln den Arbeitslosen sagt, mit Phrasendrescherei sei den Arbeitslosen nicht gedient, dann können Sie *(zur Seite der SPÖ gewendet)* nicht behaupten, daß wir diese Phrasendrescherei betreiben, vielmehr müssen Sie sich an die Brust klopfen und sagen: mea culpa, mea maxima culpa, denn Sie sind ja diejenigen, die leider Gottes nicht den Frieden in die Herzen der Arbeitslosen hineintragen, sondern leider mithelfen, sie zu vergiften. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Das ist eine Tatsache, an der wir nicht vorbeikommen.

Ich erinnere an die Worte des Herrn Abgeordneten Wenger, die er voriges Jahr anläßlich der Beratungen über ein Nachtragsbudget gesprochen hat. Er sagte: „Ich bin mir vollkommen bewußt" — ich glaube, das ist laut Stenographischem Protokoll —, „daß nicht wir allein und nicht Sie allein dieses Problem lösen können." Hier knüpfe ich an und sage, daß wir uns hier mit realen Tatsachen beschäftigen müssen, und eine dieser realen Tatsachen ist, daß wir Sorge tragen müssen, daß nur ordnungsgemäße Betriebe Arbeiten verrichten dürfen, um sie in die Lage zu versetzen, Arbeiter zu beschäftigen. Ich spreche darüber aus Erfahrung als Handwerksmeister, und ich könnte Ihnen Dutzende von Beispielen bringen, wie mancher Handwerksmeister seine Gesellen entlassen mußte, weil die Pfuscherarbeiten so überhandnehmen. Der Gewerkschaftsbund selbst hat vor zwei Jahren feierlich versprochen, mit den Arbeitgebern zusammen die Pfuscherarbeiten zu bekämpfen, weil sich auch die Herren des Gewerkschaftsbundes voll bewußt sind, daß dadurch manche Arbeitslose wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden können. Wir wissen, daß es auch zur Winterszeit verschiedene Aushilfsarbeiten gibt. Abgeordneter Zettel hat einige Beispiele angeführt, ich kann sie ergänzen. So würden z. B. in ganz Niederösterreich hunderte, ja

tausende Arbeitsplätze bei Verladearbeiten für Holztransporte und sonstige Materialtransporte geschaffen werden. Weil aber diese Arbeiten kurzfristige sind, werden für sie bei den Arbeitsämtern keine Arbeitskräfte angefordert, sondern sie werden von Pfuschern geleistet.

An diesen Beispielen sehen wir, wie notwendig es ist, daß wir endlich an die Wurzeln der Arbeitslosigkeit herangehen. Wenn wir das tun, dann werden wir auch zum Ziele kommen. Ich halte es aber für müßig, hier allzuviel Worte zu verlieren. Die Antwort des Landeshauptmannes, die so sehr kritisiert wurde, war präzise, sie war aufgebaut auf realen Ziffern, die Sie nicht bestreiten können. Ich kann wohl sagen, daß der Herr Landeshauptmann mit seinem Stab von Mitarbeitern um das Wohl seiner Landeskinder in Niederösterreich sehr, sehr besorgt ist. Wir wissen aber auch, daß unser Finanzreferent von frühmorgens bis spätabends immer wieder trachtet, die Mittel aufzubringen, um den Ansprüchen, die an ihn gestellt werden, gerecht zu werden. Immer wieder ist er darauf aus, von der Bundesregierung — Gott sei Dank, muß ich sagen — mit Vehemenz zu verlangen, daß in den Säckel Niederösterreichs etwas hineinkommt. Das können Sie alles nicht bestreiten. Er hat wahrhaftig immer rechtzeitig Vorsorge getroffen. Wenn ich diese beiden Mandatare erwähnt habe, muß ich auch Herrn Landesrat Waltner und Herrn Landeshauptmannstellvertreter Kargl erwähnen, die nicht nur bestrebt sind, mit ihren Referatsbeamten das Beste zu leisten, sondern denen es in den letzten Jahren immer wieder gelungen ist, vom Bund Mittel für Niederösterreich zu erhalten. Sie haben das alles aber nicht an die große Glocke gehängt, sondern sie haben in ihrer Bescheidenheit nach dem Grundsatz gehandelt, daß Reden Silber und Schweigen Gold ist. Wenn wir uns das alles vor Augen halten, können wir wohl sagen, daß diese vier Männer, die Sie hier so sehr anfeinden, gemeinsam mit ihren Mitarbeitern ihre Pflicht erfüllt haben.

Wir können also ruhigen Herzens hier in offener Landtagssitzung sagen: Von seiten der ÖVP besteht keine Gefahr, daß die Arbeitslosigkeit nicht abgebaut wird, denn wir werden dafür sorgen, daß die Zahl der Arbeitslosen tatsächlich geringer wird *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Dubovsky.

Abg. DUBOVSKY: Hoher Landtag! Die Lage in Österreich ist ernst, ganz ernst aber in Niederösterreich. 300.000 Arbeitslose in Österreich, 60.000 in Niederösterreich zeigen die Kehrseite jenes „Wirtschaftswunders", dessen Urheberschaft von den beiden Regierungsparteien — jede für sich — in Anspruch genommen wird.

Wir haben heute innerhalb einer Woche die zweite Landtagssitzung, die sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Lage unseres Landes — denn das ist weit mehr als die Frage der Arbeitslosigkeit — beschäftigen soll. Ich glaube, mancher der Abgeordneten hat den Ton, der bei der Debatte über diese Frage angeschlagen worden ist, als beschämend gefunden, unwürdig der Not, die in Niederösterreich und in ganz Österreich herrscht. Auf diese Art — das hat schon die letzte Landtagssitzung gezeigt — wird man die Frage der Arbeitsbeschaffung und die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich nicht lösen können. Um diese Frage zu lösen, muß man, wie ich schon das letztemal gesagt habe, an die Wurzel dieser wirtschaftlichen Not herangehen. Die Arbeitslosigkeit ist doch nicht irgendeine gottgewollte Einrichtung, sondern sie kommt letzten Endes von der Tätigkeit der Menschen, von den Unzulänglichkeiten der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik im allgemeinen. Und hier ist es zweifellos richtig, was das Institut für Wirtschaftsforschung sagt, nämlich, daß es höchste Zeit ist, den Inlandsmarkt zu beleben. Den Inlandsmarkt beleben heißt aber, die Kraft der Konsumenten stärken, der kleinen Leute, wie der Arbeiter, der Bauern und der kleinen Gewerbetreibenden. Von dieser Seite aus müßte also dem Problem in erster Linie zu Leibe gerückt werden, weil damit eine der Auswirkungen der gemeinsamen Wirtschaftspolitik beider Regierungsparteien beseitigt wird, nämlich das Auseinanderklaffen von Preisen und Löhnen, was dazu geführt hat, daß der Inlandskonsum immer mehr und mehr eingeschränkt wurde und sich dadurch heute bereits steigende Absatzschwierigkeiten in der Landwirtschaft zeigen. Dazu ist die Kampagne der sogenannten Produktivitätssteigerung — früher hat man „Antreiberei" gesagt — gekommen. Niemand, der einigermaßen modern denkt, wird sich einer Produktivitätssteigerung, die in der Entwicklung der Technik begründet ist, in den Weg stellen, allerdings unter der Voraussetzung, daß diese Produktivitätssteigerung allen zugute kommt, und nicht, so wie es heute ist, nur einigen wenigen. Ich habe das schon das letztemal an einem Beispiel der Vöslauer Kammgarnfabrik gezeigt, wo man rund eineinhalbtausend Menschen abgebaut hat, die Produktionshöhe

aber heute genau die gleiche ist wie vor dem Abbau, die Preise für Textilien nicht herabgesetzt und die Löhne nicht wesentlich erhöht wurden. Lediglich der Profit der Aktionäre, wie die Bilanz zeigt, hat eine Erhöhung erfahren!

Die Folge einer solchen Produktivitätssteigerung, wie sie in der Vöslauer Kammgarnfabrik betrieben wurde und wie sie auch in den anderen Betrieben zum größten Teil betrieben wird, bekommen wir jetzt in der großen Arbeitslosenzahl zu spüren, weil diese Art der Produktivitätssteigerung nicht eine Steigerung, sondern eine Einengung des Konsums gebracht hat. Die Präsidentenkonferenz der Arbeiterkammern hat festgestellt, daß durch die Zahl der Arbeitslosen ein Konsumrückgang in den letzten Jahren von rund zwei Milliarden Schilling eingetreten ist, von 1952 auf 1953 allein von 685 Millionen Schilling. Der Konsumrückgang führt jedoch zu weiterer Arbeitslosigkeit. Es müßte daher von seiten der Bundesregierung begonnen werden, alle Maßnahmen darauf zu richten, daß sich die sogenannte Produktionssteigerung, die in vollkommen falsche Bahnen gekommen ist, nicht weiter nach dieser Richtung entwickelt, und daß die bisherigen Schäden korrigiert werden.

Die Lage Niederösterreichs ist deswegen besonders arg, weil seit Jahren von seiten der Bundesregierung, in der gleich viele Vertreter beider Parteien sitzen, eine Politik der Benachteiligung Niederösterreichs betrieben wird, indem einfach die Mittel, die die Bundesregierung den Ländern für bestimmte Aufgaben zur Verfügung zu stellen hat, nicht gerecht zwischen den Bundesländern verteilt werden, sondern einseitig zuungunsten Niederösterreichs. Sie alle erkennen, daß es diese Benachteiligung gibt. Sie haben zwar früher immer gesagt, das sei eine Demagogie von uns, Sie haben sich in der letzten Zeit aber schon korrigiert und müssen diese Benachteiligung heute selbst zugeben. Sie alle kennen die Sache mit dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds. Eine Konferenz der Baudirektoren aller Bundesländer hat festgestellt, daß der Anteil der Kriegsschäden Niederösterreichs an den gesamtösterreichischen Kriegsschäden 25 Prozent beträgt. Aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds erhält Niederösterreich aber nur neun Prozent. Das hat zur Folge, daß zwar in einer Reihe von Bundesländern die Kriegsschäden an den Wohnhäusern schon weitestgehend beseitigt sind, ja, daß man dort vielfach, geradezu in Umgehung der Zweckbestimmung der Mittel dieses Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, große Neubauten aufgeführt hat, während es in Niederösterreich noch Hausruinen in Hülle und Fülle gibt. Wenn man die Differenz zwischen 25 und neun Prozent, die Niederösterreich aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds zu erhalten hätte, berechnet, so ergibt sich, daß in den vier Jahren, seit dieser Fonds besteht, Niederösterreich um rund 400 Millionen Schilling weniger erhalten hat, als es auf Grund seiner Kriegsschäden Anspruch hätte. Sie können sich selbst ausrechnen, wie viele tausend Bauarbeiter in unserem Bundesland Beschäftigung gefunden hätten und wieviel Wohnungsuchende heute schon Wohnungen hätten, wenn diese Benachteiligung nicht gewesen wäre. Diese Benachteiligung wird aber weiter fortgesetzt und ergibt pro Jahr rund 100 Millionen Schilling.

Genau so schaut es beim Straßenbau aus. Der Anteil der Bundesstraßen in Niederösterreich am Gesamtstraßennetz steht unter allen Bundesländern weit, weit an letzter Stelle; er beträgt nur 14 Prozent, in Oberösterreich sind es 32 Prozent, in der Steiermark 34 Prozent. Würde man nur den Antrag realisieren, der im Parlament beschlossen wurde, nämlich, daß 1600 Kilometer Landesstraßen in Niederösterreich von der Bundesverwaltung übernommen werden, so würde das bedeuten, daß rund 50 Millionen Schilling, die das Land jetzt für die Erhaltung dieser Straßen aufwendet, den anderen Landesstraßen zur Verfügung stünden, daß sich also das niederösterreichische Straßennetz wesentlich verbessern würde, und daß weiter gleichzeitig rund 1000 Arbeiter durch diese zusätzlichen 50 Millionen Schilling Beschäftigung finden könnten.

Wenn man alle die Summen zusammenzieht, um die Niederösterreich benachteiligt wurde, so kommt man auf eine Ziffer, die an die 900 Millionen Schilling heranreicht oder die für das laufende Jahr rund 170 Millionen Schilling ergibt. Das ganze außerordentliche Budget des Landes beträgt aber nur 102 Millionen Schilling. Es wäre also bei einer wirklichen Beseitigung der Benachteiligung Niederösterreichs die Möglichkeit gegeben, eindreiviertelmal mehr Mittel für Investitionen zur Verfügung zu stellen, als im außerordentlichen Budget für das heurige Jahr enthalten sind. Damit könnte ein wesentlicher Beitrag zur Arbeitsbeschaffung geleistet werden. Dazu kommt noch — das hat niemand bestritten —, daß in Niederösterreich von seiten der Bundesregierung seit 1945 keine wesentlichen Investitionen oder Großbauten durchgeführt wurden.

Ich erinnere heute wieder an das Kraftwerk Ybbs-Persenbeug, von dem man jahrelang erzählt hat, daß die Russen daran schuld

sind, daß dieses Kraftwerk nicht gebaut wird. Als man dann unter dem Druck der Tatsachen doch mit den Russen verhandelt hat, war es sehr rasch möglich, zu einem Übereinkommen zu kommen. Seither ist schon fast ein Jahr vergangen und es ist nichts geschehen. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die Pläne nicht fertig waren, als ob man in den sieben Jahren nicht Zeit gehabt hätte, die Pläne zu machen. Jetzt sagt man, die Pläne sind zwar fertig, aber jetzt müssen wir erst mit den Wasserrechtsverhandlungen anfangen. Als ob man die Wasserrechtsverhandlungen nicht schon längst hätte durchführen können, um die Möglichkeit auszunützen, an dieser Großbaustelle in Niederösterreich 3000 bis 4000 Menschen unmittelbar zu beschäftigen. Ich habe bereits das letztemal darauf hingewiesen, daß es trotz dieser scheinbaren Schwierigkeiten bei den Wasserrechtsverhandlungen durchaus jetzt schon möglich wäre, durch die Aufschüttung der Erddämme im Rückstaubecken und durch die notwendige Umlegung der Straßen einige Hundert Menschen bei Ybbs-Persenbeug zu beschäftigen. Ich glaube also, daß es hier Möglichkeiten zur Arbeitsbeschaffung gibt, nur müßte man ernstlich darangehen, diese Möglichkeiten für Niederösterreich auszuwerten.

Wir dürfen die Augen auch davor nicht verschließen, daß die Lage Niederösterreichs nicht nur durch seine Benachteiligung schwieriger geworden ist, sondern daß auch die Frage der sogenannten Liberalisierung für Niederösterreich schwerwiegende Folgen haben wird. Bereits Präsident Wondrak hat letzthin hier erklärt, daß die Liberalisierung unsere Wirtschaft aus dem Geleise bringen wird. Angesichts der Tatsache, daß in Niederösterreich überwiegend eine Fertigwarenindustrie vorhanden ist, wird die Frage der Liberalisierung für unser Bundesland von entscheidender Bedeutung sein. Von dieser Frage wird es letzten Endes mit abhängen, ob sich die Arbeitslosigkeit noch weiter verstärken und die wirtschaftliche Lage Niederösterreichs noch weiter verschlechtern wird, oder ob es nicht notwendig sein wird, die Liberalisierung nur so durchzuführen, daß sie unsere Wirtschaft nicht schädigt und unsere Arbeiter nicht arbeitslos macht. Dazu ist es notwendig, daß der Österreichische Gewerkschaftsbund und die Arbeiterkammern ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht erhalten, und daß erst nach ihrer Anhörung und nach ihrer Untersuchung jedes einzelnen Falles, ob die erzeugten Waren auch liberalisiert werden können, die Liberalisierung durchgeführt wird.

Wir bedauern es, daß der Antrag der SPÖ-Fraktion auf Erstellung eines Winterarbeitsprogrammes vom Ausschuß wieder als gegenstandslos zurückgewiesen wurde. Wir glauben, daß die Anträge, die heute von der SPÖ-Fraktion gestellt wurden, wert sind, unterstützt zu werden. Sie beinhalten zwar nicht eine generelle Lösung der Ursachen der Arbeitslosigkeit, aber sie sind geeignet, einige Anfangsmaßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzuleiten.

Nicht verstehen können wir die Stellungnahme, die Sonntag von Staatssekretär Graf zur Frage der Arbeitslosigkeit eingenommen wurde. Diese Stellungnahme muß auf das energischeste zurückgewiesen werden. Sie ist bar der Kenntnis aller realen Tatsachen. Man muß endlich mit dem Gerede von echter und unechter Arbeitslosigkeit aufhören. Fragen Sie draußen die Menschen, jeder wird Ihnen sagen, daß er arbeiten will. Wenn es auch da oder dort einen gibt, der vielleicht die Situation ausnützt, so gibt das doch niemandem ein Recht, so wie es Graf gemacht hat — und das verbirgt sich ja dahinter — die Arbeitslosenversicherung auf Umwegen durchlöchern zu wollen. Das ist unmöglich, und das wird auch auf den schärfsten Widerstand aller Betroffenen stoßen, gleichgültig, wo sie politisch stehen mögen. Denn was verbirgt sich hinter dieser ganzen Einstellung? Was heißt das, die Arbeitslosen benützen die Zeit ihrer Arbeitslosigkeit als zusätzlichen Urlaub? Oder was verbirgt sich dahinter, wenn man sagt, weil der Mann verdient, brauche die Frau keine Arbeitslosenunterstützung? Hier verbirgt sich nichts anderes, als daß man die Arbeitslosenunterstützung, die eine Versicherungsfrage ist, einfach einengen will. Man braucht Leute draußen, die aus finanziellen Gründen bereit sind, billiger zu arbeiten als jene, die in einem Betrieb arbeiten. Man will wieder die industrielle Reservearmee erstehen lassen, und von diesem Gesichtspunkt aus muß man die Haltung der ÖVP in dieser Frage sehen. Nicht alle ÖVP-Mandatare — ich möchte hier nicht generalisieren —, aber doch die entscheidenden Kräfte in der ÖVP sind bemüht, hier wieder auf Grund der Not eine industrielle Reservearmee zu schaffen, dazu bestimmt, die Löhne von außen her, von außerhalb der Fabriktore zu drücken. *(Abgeordneter Tesar: Das ist ein Irrglaube, ein Wahn!)* Das sagen Sie dem Graf! Will man wirklich in Einzelfällen jenen die Arbeitslosenversicherung einstellen, die sie persönlich ausnützen? Meine Damen und Herren, da gibt es ein generell wirkendes Mittel: so viele Arbeitsplätze zu schaffen, damit jeder, der zum Arbeitsamt kommt, sofort vermittelt werden kann. Da wird es sich sehr bald herausstellen, wer sozusagen nur als sozialer

Nutznießer die Arbeitslosenunterstützung für sich in Anspruch nehmen will.

In den letzten Wochen hat es auch einige Stellungnahmen in der ÖVP-Presse gegeben, die so ausgeklungen sind: „Der Gewerkschaftsbund hat es ja leicht, der verlangt einfach, Arbeitsplätze müssen her! Ja, aber wo sollen wir sie hernehmen? Übrigens sei dieses Verlangen nach Arbeitsplätzen nicht Aufgabe des Gewerkschaftsbundes." Doch, es ist Aufgabe des Gewerkschaftsbundes, dafür zu sorgen, daß die Arbeitnehmer einen gesicherten Arbeitsplatz haben, und daß wirksame Maßnahmen getroffen werden, um die Arbeitslosen beschäftigen zu können! Aber es wäre gar nicht notwendig, daß sich der Gewerkschaftsbund damit beschäftigt, denn die Herren von der Wirtschaft, die sich oft als die Wirtschaftskapitäne bezeichnen und alles Mögliche für sich beanspruchen, hätten die Arbeitsplätze ja schaffen können. Es wäre dann nicht notwendig, daß sich der Gewerkschaftsbund, und daß wir uns hier mit der Frage der Arbeitslosigkeit beschäftigen.

Es ist bedauerlich, daß wir nicht das letztemal in der Sitzung des Landtages bei der Behandlung der Arbeitslosenfrage zu einem positiveren Resultat gekommen sind. Es ist auch bedauerlich, daß die Beratungen im gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftsausschuß über den vorliegenden Antrag ergebnislos verlaufen sind, indem er von der ÖVP zurückgewiesen wurde, so daß die SPÖ-Fraktion sich bemüßigt gefühlt hat, hier einen Minderheitsbericht einzubringen. Wir stehen also praktisch wieder dort, wo wir schon seit Wochen, ja seit Monaten stehen, daß zwar geredet wird, aber nicht sehr viel dabei herauskommt.

Wenn ich auch gesagt habe, daß wir die zur Lösung der Arbeitslosenfrage von seiten der SPÖ-Fraktion gestellten Anträge begrüßen, genau so wie wir den von ihr am 15. Oktober vorigen Jahres gestellten Antrag auf Erstellung eines Winternotprogramms unterstützt haben, dann muß doch auch etwas zur Haltung oder zur Taktik der SPÖ-Fraktion hier gesagt werden. So einfach sind die Dinge nicht, wie sie in der „Arbeiter-Zeitung" dargestellt werden. Die Anträge sind zweifellos gut, und jeder, der es ernst meint, muß diese Anträge unterstützen und wird sie auch unterstützen. Aber wieso kommt es denn, daß die Frage der Schaffung von Arbeitsplätzen in Niederösterreich seit Jahren unerledigt bleibt? Das ist vor allem der inkonsequenten Haltung der SPÖ-Fraktion zuzuschreiben, die durch ihre Inkonsequenz die Politik der ÖVP mit unterstützt. Nehmen wir einige Tatsachen her. Die Arbeiterkammer von Niederösterreich hat im April ein Arbeitsbeschaffungsprogramm beschlossen. Mit diesem Arbeitsbeschaffungsprogramm haben der Präsident der niederösterreichischen Arbeiterkammer und der Sekretär der Landesexekutive Niederösterreich des Österreichischen Gewerkschaftsbundes bei der Landesregierung und bei der Bundesregierung vorgesprochen und haben dieses Programm, das ausgezeichnete Vorschläge enthält, mit denen man beginnen hätte können, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, überall vertreten. Dann ist am 28. April 1953 eine Landtagssitzung gewesen. Bei dieser Landtagssitzung — es war die Sitzung für die Budgetberatung 1953 — wurde von mir der Antrag gestellt, dieses Programm der niederösterreichischen Arbeiterkammer als Grundlage für ein Sofortprogramm der Landesregierung, das innerhalb von drei Monaten erstellt werden soll, zu nehmen. Die ÖVP hat meinen Antrag abgelehnt. Aber abgelehnt haben ihn auch die Abgeordneten der SPÖ-Fraktion, unter ihnen der Sekretär namens Wenger, der mit diesem Programm bei der Landesregierung und bei der Bundesregierung vorgesprochen hat. Ich glaube, daß das in einen normalen Kopf nicht hineingeht. Man muß sich einfach an den Kopf greifen, wenn man sieht, wie die Dinge wirklich liegen. Aber das Schönere kommt noch. Als ich persönlich *(zur Seite der SPÖ gewendet)* Ihnen den Vorschlag gemacht habe, daß ich bereit wäre, im Interesse der Gewerkschaft und im Interesse der Arbeiterkammer meinen Antrag zurückzuziehen, falls der Abg. Wenger denselben Antrag stellt, damit dieses Programm zu einem Sofortprogramm der Landesregierung wird, hat der Abg. Wenger auch diesen Vorschlag abgelehnt. Also die Frage der Arbeitslosigkeit hat es damals für Sie nicht gegeben, obwohl man schon ihre ganze Entwicklung gesehen hat, nämlich, daß die Zahl der Beschäftigten ständig sinkt und die Zahl der Arbeitslosen ständig steigt. Dann ist am 15. Oktober vorigen Jahres der Antrag von der SPÖ-Fraktion gestellt worden, ein Antrag, dem wir zugestimmt haben, weil wir der Ansicht waren, daß durch ihn, wenn man ihn wirklich durchführt, einige Linderung — aber nicht mehr — für die Arbeitslosen herauskommt. Die „Arbeiter-Zeitung" selbst hat darüber in der gleichen Weise geschrieben. Es ist lange Zeit über diesen Antrag still gewesen, und erst in der zweiten Jännerhälfte 1954, als die SPÖ-Fraktion schriftlich die Einberufung des gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftsausschusses verlangte, erst dann hat man diesen Ausschuß einberufen. Ja, verzeihen Sie, hat man warten müssen, bis

60.000 Menschen arbeitslos waren? Hätte man dieses schriftliche Verlangen nicht schon anfang November vorigen Jahres stellen können, also 14 Tage nach Einbringung des Antrages? Warum haben Sie *(zur Seite der SPÖ gewendet)* so lange gewartet, warum haben Sie gewartet, bis die Arbeitslosigkeit gestiegen ist, bis sie angewachsen ist, bis sie ein Ausmaß angenommen hat, das schon an die Jahre der Krise vor dem zweiten Weltkrieg heranreicht? Ich muß Ihnen genau dasselbe sagen, was ich schon im Ausschuß gesagt habe. Bei mir hat die Tatsache, daß der Berichterstatter von der Sozialistischen Fraktion im Ausschuß den ursprünglichen Antrag mit einem neuen Antrag verquickt, gekoppelt hat, sofort den Gedanken ausgelöst: Bruader, oha, jetzt hab'n s' der ÖVP das Hölzl hingeworfen, damit sie ihnen den Antrag ablehnen können. Das habe ich geahnt, und pünktlich ist es so gekommen. Es sitzen hier so alte Hasen der SPÖ-Fraktion, die sich in dem ganzen Getriebe und Räderwerk des Parlamentarismus auskennen, daß sie wissen sollten, daß abgewinkt wird, wenn man die Geschichte in der Form aufzäumt. Weil man den Volksparteilern das Hölzel hingeworfen hat, haben sie den Antrag abgelehnt. *(Abgeordneter Endl: Und du warst schön stad!)* Du warst ja nicht dort.

So geht die Geschichte nicht. Da gehen draußen die Arbeiter, die in den Betrieben stehen und deren wirtschaftliche Verhältnisse am eigenen Leib zu spüren bekommen, weil in den Betrieben abgebaut wird, und sie daher selbst um ihren Arbeitsplatz zittern, zum Gewerkschaftsbund. Die Vertreter des Gewerkschaftsbundes gehen mit ihnen zu den Bezirkshauptleuten als erste Instanz. Dort verlangen sie mit Berechtigung, daß interveniert werden soll, damit die Landesregierung ihre Versprechungen hält und Arbeitsplätze schafft. Das findet jeder für richtig. Unverständlich ist es nun, daß z. B. in Sankt Pölten der Bürgermeister, ein SPÖler, die Frage der Arbeitslosigkeit nicht für eine dringliche Angelegenheit hält. Als im Gemeinderat von St. Pölten ein Dringlichkeitsantrag von meiner Fraktion gestellt wurde, sich mit einer Resolution an die Landesregierung zu wenden und bei ihr vorzusprechen, damit Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getroffen werden, da war es der Bürgermeister und Abgeordnete, Medizinalrat Dr. Steingötter, der dem Antrag die Dringlichkeit nicht zuerkannt hat. Also bei einem brennt es, beim anderen nicht! Glaubt ihr *(zu den Sozialisten gewendet)*, daß durch eine solche Haltung euer Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und zur Schaffung von Arbeitsplätzen einen Widerhall finden wird? Ihr werdet durch eine solche Haltung, durch ein solches Auftreten doch nicht ernst genommen! *(Abg. Steingötter: Dich nehmen sie ernst!)* Einige Zeit kann man die Leute draußen auch mit Demagogie hinters Licht führen, aber eines Tages... *(Zwischenrufe des Landesrates Stika.)* Stika sei ruhig, morgen sind es 20 Jahre, wo ich gekämpft habe und du davongerannt bist, wo dich die Badner Arbeiter gesucht haben und du warst nicht da! Zuerst aufputschen und dann davonrennen, weil man die Hosen voll hat! Damals haben die Leute die Demagogie durchschaut, und der Tag kommt, wo sie wieder die Demagogie durchschauen werden.

Es wird immer Klage geführt. Die Sozialisten sagen, alles spitzt sich auf den Waldbrunner zu, die ÖVP sagt wieder, alle gehen auf ihre Landesräte los. Nun, einmal der Gigel, einmal der Gogel. Wie liegen aber die Tatsachen wirklich? Tatsache ist, daß die arbeitsbeschaffenden Ressorts der Landesregierung nicht ausschließlich in den Händen der ÖVP liegen. Aber wer will bestreiten, daß bei der Bundesregierung das Schwergewicht der Arbeitsbeschaffung beim Waldbrunner oder — wie immer er heißen mag, das ist ja ganz wurscht — beim Minister für verstaatlichte Betriebe und Verkehr liegt? Wer kann das bestreiten? Ich muß sagen, bisher hat der Waldbrunner Niederösterreich nichts Gutes getan. Ich habe schon Ybbs-Persenbeug erwähnt, die Großbaustelle für Niederösterreich, die nicht nur als Baustelle Arbeit beschaffen könnte, sondern die als Kraftwerk den billigsten Strom in Österreich erzeugen wird — 14 bis 15 Groschen wird die Kilowattstunde kosten, in Kaprun kostet sie uns 55 Groschen —, was zur Folge haben wird, daß sich auf Grund dieses billigen Stromes in Niederösterreich eine Reihe von Industriezweigen entwickeln werden. Ich hätte heute — wenn es nicht so traurig wäre — fast einen Lachkrampf bekommen, als ich den Leitartikel der „Arbeiter-Zeitung" gelesen habe, denn dort heißt es: „Im Vorjahr war unseren Bemühungen ein erster Erfolg beschieden. Die Baustelle Ybbs-Persenbeug wurde uns übergeben." *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Nun, der Landtag kennt die Situation vom vorigen Jahr. Ich brauche sie also nicht zu schildern. Als der Waldbrunner dazugekommen ist, war schon alles längst entschieden, es war schon entschieden bei der damaligen Landtagssitzung, ja, es war schon Jahre vorher entschieden, nur hat man nicht verhandelt. Die Antwort darauf ist er aber bis heute schuldig geblieben. Darin liegt auch ein Teil der Mitschuld an der hohen Zahl der Arbeitslosen in Niederöster-

reich. Darum möchte ich nochmals auf den Leitartikel zurückkommen: „Gebt uns Ybbs-Persenbeug zurück!" Zweifellos eine gute Sache, wenn dort 500 Leute zusätzlich beschäftigt werden, und nicht von den jetzt dort beschäftigten 1300 Arbeitern 800 abgebaut werden und nur 500 dort Beschäftigung finden können. Aber um diese Frage drückt sich der Waldbrunner ausgezeichnet herum. Der Kollege Nimetz hat in der letzten Landtagssitzung gesagt, fangen wir einmal mit 500 an, dann werden wir es schon auf den heutigen Stand hinaufbringen und vielleicht in einiger Zeit noch höher hinauf. Gegen eine solche Art der Arbeitsbeschaffung, die statt 1300 Beschäftigten nur 500 Beschäftigte haben will, müssen auch Sie, wenn Sie es ehrlich meinen, Stellung nehmen.

Der Waldbrunner hat für Ybbs-Persenbeug alles: Maschinen, Rohstoffe, Kredite, die Ingenieure, und die Arbeiter sind auch dort. Nun, dann soll er mit dem Bau anfangen, niemand wird ihn hindern.

Im Jahre 1948 hat man einen großen Propagandaschlager gehabt. Da sollte damals, nach Ihren Reden, im Triestingtal ein Aluminiumwalzwerk errichtet werden. Geredet haben Sie bis zur Wahl 1949. Als aber die Wähler ihre Stimme abgegeben hatten, da war das Aluminiumwalzwerk nicht im Triestingtal, sondern in Ranshofen. Beim Triestingtal war es beim Reden geblieben. Hier ergibt sich die konkrete Frage, ob Berndorf an Ranshofen, den verstaatlichten Betrieb, angegliedert werden soll. Ich habe hier den Auszug aus dem Handelsregister vom 9. Dezember 1953, aus dem eindeutig hervorgeht — jeder kann es dort nachlesen —, daß in Ranshofen ein von der amerikanischen Militärregierung eingesetzter Öffentlicher Verwalter ist. Wie aus dem Handelsregister hervorgeht, stellt Ranshofen einen Filialbetrieb der Vereinigten Alumniumwerke AG., Berlin, dar. Dieses Vorgehen, daß man 800 Arbeiter abbaut und nachher Krupp-Berndorf den Deutschen zuschiebt, wird bei uns auf Widerstand stoßen. Mich würde es interessieren, ob der Minister Waldbrunner, der sehr viel in der Zeitung schreibt und sehr viel darüber redet, was in Berndorf geschieht, überhaupt schon ein Wort mit den Russen darüber geredet hat. Darauf soll er uns einmal Antwort geben. Aber das Ganze, wie diese Geschichte aufgezogen ist, fängt schon ein bißchen zu stinken an, sie riecht nach Propaganda, nach Wahlpropaganda. Es wäre zweckmäßig, wenn die „Arbeiter-Zeitung" morgen oder übermorgen — es ist ja nicht so eilig, auch am Sonntag ist dazu noch Zeit — aus dem Mund des Herrn Ministers Waldbrunner mitteilen würde: „Ja, ich habe mit den Russen geredet." Das würde uns viel mehr interessieren als der „Kas", den er hier erzählt, das wäre viel besser für die Arbeitsbeschaffung. Da soll er einmal klipp und klar Antwort geben. Denn die Frage der Arbeitslosigkeit ist eine ernste Frage, die jeden einzelnen angeht. Es zeigt sich jetzt, da man immer gesagt hat, der Waldbrunner soll Aufträge hergeben, daß er jetzt auf einmal Aufträge hat. Das ist ein Beweis, daß er kann, wenn er will. Das gilt nicht nur für die Erzeugung von Aluminium in Berndorf, das gilt auch für Ternitz. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß es durchaus möglich wäre, durch Errichtung eines Rohrwalzwerkes in Ternitz einigen hundert Menschen Beschäftigung zu bieten. Gewalzte Rohre werden in Österreich nicht erzeugt, sie werden eingeführt. Man kann nicht sagen, daß kein Bedarf vorhanden ist. Allein die SMV bezieht im Monat um 17 Millionen Schilling aus dem Ausland Rohre. Das wäre ein Auftrag, der Ternitz eine bestimmte stabile Produktion geben würde. Wenn die Amerikaner das Walzwerk nicht zur Verfügung stellen wollen, dann soll man die alten Pläne hernehmen, die es in Ternitz gibt und mit denen man schon einmal ein Rohrwalzwerk gebaut hat, das dann im Jahre 1942 irgendwohin geschickt worden ist. Man soll die Pläne modernisieren und selbst ein Rohrwalzwerk herstellen. Das sind entscheidende Taten zur Arbeitsbeschaffung, zur Sicherung von Arbeitsplätzen, zur wirtschaftlichen Entwicklung Niederösterreichs.

Es liegt vor allem an den beiden Koalitionsparteien, daß sie wirklich energisch darangehen, diese Dinge in die Tat umzusetzen, aber nicht allein in der Presse und nicht nur im Landtag oder irgendwo in Versammlungen. Sie haben es ja leicht. So könnte die ÖVP bei ihren Landesräten, bei ihren Ministern dafür sorgen, daß die Möglichkeiten, die vorhanden sind, ausgenützt werden, z. B., daß die Benachteiligungspolitik, die uns im heurigen Jahr 170 Millionen Schilling kostet, beseitigt wird. Und die SPÖ-Fraktion könnte genau das gleiche tun bei ihren Landesregierungsmitgliedern und bei ihren Ministern. Das wäre ein entscheidender Beitrag. Hier könnte ein edler Wettstreit zwischen den beiden Parteien entbrennen, wer mehr für Niederösterreich herausholt. Das wäre ein Weg, wirklich Arbeitsplätze zu schaffen und den Arbeitern in den Betrieben den Arbeitsplatz zu sichern. Diese Sicherung der Arbeitsplätze in den Betrieben muß getroffen werden. Es ist daher zu begrüßen, daß der Gewerkschaftsbund in seinem Zehnpunkteprogramm auch den Abbaustop aufgenommen hat, um ein weiteres

stärkeres Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Das aber, was im Ministerrat herausgekommen ist, diese Empfehlung, das ist weder heiß noch kalt, das ist so etwas Laues: Man sagt halt etwas, aber geschehen braucht eh nichts dabei! Damit ist der Sache aber nicht gedient.

Ich erlaube mir daher zum Schluß zur Sicherung der Arbeitsplätze, zur Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für die Arbeitslosen in Niederösterreich folgende Anträge zu stellen *(liest)*:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Um ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich zu unterbinden, wird die Landesregierung aufgefordert, unverzüglich bei der Bundesregierung Schritte zu unternehmen, um einen allgemeinen Abbau- und Entlassungsstop herbeizuführen.

2. Um die entsprechenden Mittel für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich freizumachen, wird die Landesregierung aufgefordert, bei der Bundesregierung unverzüglich alle möglichen Schritte zu unternehmen, die die Benachteiligung Niederösterreichs bei der Verteilung der Mittel aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds und dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, bei der Übernahme von Landesstraßen in die Bundesverwaltung, bei der Bemessung des Beitrages zum Aktivitätsaufwand für die Lehrer und auf zahlreichen anderen Gebieten beenden.

3. Um eine rasche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich zu ermöglichen, wird die Landesregierung aufgefordert, vom Bund die sofortige Inangriffnahme der Bauarbeiten beim Donaukraftwerk Ybbs-Persenbeug zu verlangen, und im Falle des Unvermögens des Bundes, diese Forderung zu erfüllen, die Errichtung einer Interessengemeinschaft mit der Gemeinde Wien zur Weiterführung des Baues anzustreben."

Ich glaube, daß diese Anträge die von der SPÖ-Fraktion gestellten Anträge wirksam unterstützen können, und daß sie in der Lage sein werden, hier wirklich jene Maßnahmen einzuleiten, die nicht nur im Interesse der Arbeitslosen, sondern auch im Interesse der gesamten Bevölkerung Niederösterreichs notwendig sind.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Hainisch.

Abg. HAINISCH: Hohes Haus! Meine Herren Abgeordneten der Sozialistischen Fraktion! Der Herr Abg. Staffa hat uns eingangs der heutigen Sitzung mitgeteilt, daß er über die Rede, die der als sehr ruhig bekannte und sachlich eingestellte Abg. Hirmann in der letzten Landtagssitzung gehalten hat, enttäuscht ist. Er hat dann auch den übrigen Rednern der Österreichischen Volkspartei in dieser Landtagssitzung ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Ich möchte Ihnen sagen, meine sehr verehrten Herren, auch ich bin heute enttäuscht, aber nicht über die Rede des Herrn Abg. Staffa, von dem ich gar nichts anderes erwartet habe, denn im Gegensatz zum Herrn Abg. Hirmann ist uns allen Herr Abg. Staffa als ein unsachlich eingestellter Abgeordneter bekannt, sondern ich bin enttäuscht über das Ausmaß der Entrüstung, das Sie *(zur Seite der SPÖ gewendet)* heute hier so mühselig zusammengekratzt haben und mit der Sie einen kleinen Sturm im Wasserglas hier zu entfachen sich bemüht haben. Alles das, was wir heute von Ihren Sprechern zu hören bekommen haben, ist am vergangenen Mittwoch in der letzten Landtagssitzung in diversen Varianten von Ihnen gesagt und von den Rednern der Österreichischen Volkspartei Punkt für Punkt behandelt und widerlegt worden. Es ist also nichts anderes als eine Wiederholung der Dinge, die wir in der vergangenen Woche hier gehört haben.

Wenn der Abg. Staffa hier erklärt hat, daß ich in der vergangenen Woche hier im Landtag gesagt hätte, daß die Bauarbeiter früher keine Arbeitslosenunterstützung bekommen haben, so ist das unrichtig, denn Sie alle haben gehört, daß ich gesagt habe, die Bauarbeiter haben bis vor kurzer Zeit nicht dieselbe Arbeitslosenunterstützung bekommen wie die übrigen Arbeiter, und sie bekommen erst seit kurzer Zeit dieselbe Arbeitslosenunterstützung, wie sie die Arbeiter auch in anderen Branchen bekommen. Ich habe gesagt, daß es richtig und gut war, daß die Bauarbeiter als Saisonarbeiter immer höher bezahlt wurden, weil sie eben in den Wintermonaten immer gezwungen waren, mehrere Wochen zu pausieren, und weil sie sich durch die höhere Bezahlung in den Sommermonaten etwas ersparen mußten, um in den Wintermonaten leben zu können. Darüber hinaus kamen sie erst nach längerer Karenzzeit, als sie für die anderen Arbeiter galt, in den Bezug der Arbeitslosenunterstützung. Und das ist richtig, das können Sie doch nicht bestreiten. Man darf nicht, wenn man die Frage der Arbeitslosigkeit wirklich sachlich behandeln will, den anderen Vorwürfe machen, daß die Mittel des Landes nach Ihrer Meinung nicht rechtzeitig genug eingesetzt werden, wenn man das nicht selbst tut. Ich stelle hier nur fest, daß nicht nur die Österreichische Volkspartei in den Wirtschaftsreferaten der

Landesregierung über Geldmittel verfügt, die, wie Ihnen in der letzten Landtagssitzung bekanntgegeben wurde, in der Höhe von 233 Millionen Schilling bereitstehen, und die sofort eingesetzt werden, wenn die Witterung dies zuläßt, sondern daß auch die Referate, die von der SPÖ verwaltet werden, über nicht unbedeutende Geldmittel verfügen. Ich stelle fest, daß der Schulbaufonds, den der Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp verwaltet, über 4 Millionen Schilling verfügt, die das Land in der letzten Budgetdebatte für diesen Fonds bewilligt hat, daß diesem Fonds weitere 6 Millionen Schilling als Ertragsanteile und weitere 2 Millionen Schilling aus der Schulbausteuer zufließen, das sind zusammen 12 Millionen Schilling. Wenn man noch jene Beträge dazurechnet, die aus den aus den Fondsmitteln gewährten Darlehen zurückfließen, dann kommt man auf eine Summe, die höher liegt als 13 Millionen Schilling. Ich frage den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Popp, warum wurden diese Beträge von ihm bisher noch nicht eingesetzt, die ja auch dazu dienen könnten, die Arbeit im Lande anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit entscheidend zu beeinflussen? *(Ruf bei der SPÖ: Weil Landeshauptmannstellvertreter Popp nur jene Beträge einsetzen kann, die vom Finanzreferenten freigegeben werden.)* Was vom Landtag beschlossen wurde, gibt der Finanzreferent auch frei, darüber ist kein Zweifel.

Ich muß dieselbe Frage an den Herrn Landesrat Brachmann richten. Bei ihm verhält es sich genau so mit den 2 Millionen Schilling für den Spitalbaufonds. Und ich muß auch den Herrn Landesrat Stika fragen, der zusammen mit dem Finanzreferenten Müllner den Wohnbaufonds verwaltet und einen großen Teil der Mittel dieses Fonds in seinem Ressort zu vergeben hat, warum er sich noch nicht mit Herrn Landesrat Müllner zusammengesetzt hat und die 4 Millionen Schilling, über die der Wohnbaufonds verfügt, bereits ausgeschüttet hat; von unserer Seite kann das sofort geschehen, die Projekte sind fertig und können augenblicklich zur Ausführung kommen. Man kann also nicht den anderen vorwerfen, daß sie etwas nicht getan haben, was man selbst nicht tut.

Was die Bauarbeiter betrifft, so dürfte doch auch Ihnen nicht unbekannt sein, daß gerade an dem Mittwoch voriger Woche, an dem die Landtagssitzung stattfand, in der über die Bauarbeiter diskutiert wurde, die Bauarbeiter den bestehenden Kollektivvertrag gekündigt haben. Sie wollen jetzt statt der 48stündigen die 44stündige Arbeitswoche bei 48stündiger Bezahlung haben. Glauben Sie, meine sehr verehrten Herren, daß derartige Methoden geeignet sind, die Arbeitslosigkeit im Lande einzudämmen? Eine 48stündige Bezahlung bei 44stündiger Arbeitszeit würde eine Verteuerung für jedes Bauvorhaben um rund mindestens 25 Prozent bedeuten. Um wieviel weniger Bauten als jetzt könnten denn dann durchgeführt werden? Glauben Sie, daß auf diese Art und Weise die Wohnungsnot, die so drückend ist und die Sie auch immer erwähnen, im Lande beseitigt werden kann?

Ich will Ihnen sagen, meine Herren, worum es Ihnen geht. Es geht Ihnen darum, wieder einmal einen Wahlschlager zu finden. Schauen Sie, meine Herren, jahrzehntelang war das Mieterschutzgesetz Ihr Wahlschlager, mit dem Sie Ihre Wahlschlachten geschlagen haben. Heute, meine Herren, ist dieses Mieterschutzgesetz in der Form, wie es jetzt besteht, längst zu einer politischen Bombenruine geworden, wenn ich mich so ausdrücken darf, und zwar deswegen, weil auch Ihre Herren und Ihre Parteianhänger längst eingesehen haben, daß gerade das Mieterschutzgesetz in der jetzigen Form, nämlich Ausschaltung des Privatkapitals zum Wohnungsbau, schuld an der drückenden Wohnungsnot im Lande ist. Das Privatkapital hat seinerzeit einmal den Wohnungsmarkt allein bestritten, und Sie müssen zugeben, daß die öffentliche Hand allein ohne Privatkapital niemals imstande sein wird, dieser drückenden Wohnungsnot Herr zu werden. Als dieser Wahlschlager nicht mehr gezogen hat, mußte dann bei der letzten Wahl ein anderer Wahlschlager her, es war die Lüge vom Rentenraub. Der Finanzminister, dem Sie damals diese Absicht unterschoben, der ist auch heute noch Finanzminister, auch nach der Wahl. Die ÖVP ist nach dieser Wahl die stärkste Partei im Parlament. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Im Nationalrat hat sie ein Mandat mehr. Und der Finanzminister hat keinem Rentner auch nur einen einzigen Schilling weggenommen. Gerade das Gegenteil ist geschehen. Durch die Senkung der Steuern ist nämlich auch das Einkommen der Rentner, so wie jenes der Lohnempfänger, entscheidend gehoben worden. *(Beifall und Bravorufe bei der ÖVP.)* Sie haben bald eingesehen, meine Herren, daß auch mit diesem Wahlschlager nichts zu machen ist. Es mußte also ein neuer Wahlschlager her. Eine Zeitlang hat es so ausgesehen, als ob der neue Wahlschlager lauten würde: Die ÖVP die Korruptionspartei! Aber darüber ist es sehr bald ruhig geworden. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Na, na!)* Ja, es ist um diesen Wahlschlager ruhig geworden. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Vorsicht! Vorsicht!)* Die ÖVP hat mit

einem Speisezettel aufgewartet, und die Gerichte, die darauf gestanden sind, haben Ihnen scheinbar nicht geschmeckt. Infolgedessen ist es sehr schnell ruhig geworden um diese Korruptionsparteigeschichte. Man mußte daher einen neuen Wahlschlager finden. Gott sei Dank, haben Sie sich *(zu den Sozialisten gewendet)* gedacht, also fangen wir mit der Arbeitslosigkeit als Wahlschlager an!

Das Problem der Arbeitslosigkeit ist sehr schwierig und ernst. Sie wissen, daß wir uns hier im Hohen Haus schon stundenlang über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nach den verschiedensten Richtungen den Kopf zerbrochen haben. Sie wissen aber auch, daß praktisch aus dem Grund nichts — zumindest nichts Entscheidendes — unternommen werden konnte, weil die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Verfügung stehenden Mittel eben immer viel zu gering sind. Erinnern Sie sich doch daran, was wir anläßlich der Budgetdebatte über die Jugendarbeitslosigkeit gesprochen haben. Sie alle wissen, daß im heurigen Jahr der erste starke Kriegsgeburtsjahrgang unserer Jugend aus den Schulen entlassen wurde. Ich habe seinerzeit hier im Hohen Haus vorgeschlagen, man möge im Sinne einer zusätzlichen Einstellung von Jugendlichen in Lehrstellen den kleinen Meistern, die sich keine Lehrlinge halten können, weil sie die finanzielle Belastung der Lehrlingshaltung nicht tragen können, eine Subvention geben, eine Subvention, die gar nicht so groß sein muß, daß sie die ganze durch den Lehrling verursachte Belastung ausgleicht, aber eine Subvention in einer Höhe, daß zumindest ein Teil der Kosten, die der Lehrling verursacht, hereingebracht wird. Ich haben Ihnen vorgerechnet, daß mit einem Betrag von drei Millionen Schilling 1000 neue Lehrplätze für junge Menschen geschaffen werden können. Mit diesem Betrag könnten 1000 arbeitslose junge Leute in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden. Geschehen ist es aber nicht! Sagen Sie mir, auf welchem anderen Sektor wäre es möglich, durch die Bereitstellung eines Betrages von drei Millionen Schilling ein ganzes Jahr lang 1000 Arbeiter zu beschäftigen? Durch meinen Vorschlag aber wäre eine Möglichkeit gewesen, auf allerbilligste Art und Weise diese große Zahl von Arbeitsplätzen zu schaffen.

Meine sehr verehrten Herren, mit Phrasen, mit Resolutionen usw. kommen wir nicht weiter! Wenn es Ihnen wirklich darum zu tun ist, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, dann können auch Sie — das habe ich Ihnen schon einmal gesagt — selbst entscheidend mitwirken.

Ein Weg, den ich auch in der letzten Landtagssitzung aufgezeigt habe, bestünde darin, daß Sie dort, wo Sie als Bürgermeister die Machtmittel in der Hand haben, dafür sorgen, daß die einzelnen Gemeinden Arbeitslose einstellen, wie z. B. in der Gemeinde Wiener Neustadt, in der Gemeinde Stockerau usw. Ich habe Ihnen dafür Beispiele in der letzten Sitzung gebracht.

Sie müssen zugeben, daß auch die Stadt Wien ihre Arbeiten wegen der großen Kälte eingestellt hat. Ich habe Ihnen Mitteilung gemacht von der Felszulage, die während der besonders kalten Zeit gezahlt werden muß und die es mit sich bringt, weil die Arbeit in diesen kalten Tagen viel langsamer vonstatten geht als zu normaler Zeit, daß eine vierfache Verteuerung eintritt, so daß es aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich war, während dieser kalten Periode die Leute wirklich arbeiten zu lassen. Sie müssen aber auch zugeben — das habe ich Ihnen auch gesagt —, daß man es aus sozialen Gründen ablehnen muß, Arbeiter bei 20 Grad Kälte hinauszujagen und zu zwingen, zu arbeiten, weil das keine Arbeiterfreundlichkeit, sondern eine Arbeiterschinderei wäre. Diese Zeiten sind Gott sei Dank vorbei.

Die kalte Witterung hat nun nachgelassen. Es wird möglich sein, mit dem ersten Frühlingstag, der ja in Kürze anbrechen wird, auf mehr als 1000 Baustellen im Lande mit der Arbeit zu beginnen. Damit wird der Arbeitslosigkeit ein entscheidender Schlag versetzt werden. Die Zahl der Arbeitslosen wird daher herabsinken. Zweifellos wird die Arbeitslosigkeit nicht vollständig verschwinden, das kann man auch nicht verlangen, aber sie wird auf ein wirklich erträgliches Maß herabsinken. Daß das möglich sein wird, ist die Tat der ÖVP, die 233 Millionen Schilling zu diesem Zweck aufgebracht und bereitgestellt hat. *(Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Hrebacka.

Abg. HREBACKA: Hoher Landtag! Wir konnten am Mittwoch der vergangenen Woche vom Dritten Präsidenten dieses Hauses, Herrn Abg. Endl, hören, daß die ÖVP vorausschauend und planend in unsere Wirtschaft eingreife. Wenn man diese Worte so hört, dann fällt einem unwillkürlich ein, wieso es dann z. B., wenn die ÖVP seit 1945 hier im Lande wirklich maßgebend ist, an der Pielach bei Rennersdorf der Fall sein kann, daß die Papierfabrik Piatnik, die während des Krieges ihre Wehr verlor und dadurch die Wasserkraft einbüßte, bis zum heutigen Tag diese Wehr und damit die Wasserkraft nicht er-

halten konnte, so daß dieser Betrieb bei der ersten Krise in der Papierindustrie vollständig zum Stillstand kam. Im übrigen sieht die Pielach bei Rennersdorf so aus, daß die arbeitslosen Papierarbeiter bei jeder Hochwassergefahr auch noch Gefahr laufen, aus ihren Häusern flüchten zu müssen, weil der Dammschutz gänzlich ruiniert ist.

Sie sagen weiter, daß Sie mit Ihrem vorausschauenden und planenden Eingreifen in die Wirtschaft das ernste Problem der Arbeitslosigkeit unter Umständen schon in den ersten Frühlingstagen wieder in Ordnung bringen werden. Ich muß in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß eine der ÖVP nahestehende Wirtschaftsgruppe in der letzten Zeit einen Antrag an die Regierung gestellt hat, in dem sie verlangt, daß 35.000 sanitäre Waren, wie Waschtische und Klosette, aus Ostdeutschland nach Österreich eingeführt werden. Ich bin Keramikarbeiter und erinnere die Herrschaften daran, daß wir mit zirka 200.000 Stück, die wir im Jahre in der österreichischen Keramikproduktion erzeugen, erst zwei Drittel unseres Bedarfes befriedigen. Wir vernehmen also mit Schrecken, daß sich Wirtschaftsgruppen der ÖVP ernstlich mit dem Gedanken tragen, aus Ostdeutschland 35.000 Stück dieser sanitären Waren nach Österreich einzuführen. Wir Keramikarbeiter sind bereit, bei der Liberalisierung den Druck vom Westen auszuhalten, weil wir uns unserer Fachkenntnis bewußt und auf unsere Arbeitsmethoden stolz sind. Wir erzeugen billiger als der Westen, aber billiger als die Sklavenarbeiter in Ostdeutschland sind wir nicht, weil wir in Österreich unter gewerkschaftlichem Schutz stehen, was den ostdeutschen Arbeitern fehlt.

Wir konnten auch hören, wie die Österreichische Volkspartei über die Arbeitslosen denkt. Der Herr Abg. Ernecker kann es drehen wie er will, wir haben ihn gut verstanden, als er gesagt hat, daß mehr Frauen als Männer in seinem Arbeitsbereich arbeitslos sind. Er hat daran die Frage geknüpft, ob nicht doch die eine oder andere dieser Frauen nur die Arbeitslosenkarte und keine Arbeit haben will. Ich muß den Herrn Abgeordneten Ernecker daran erinnern, daß wir im Winter von 1946 auf 1947 in unserem Betrieb die Werkstätten nicht heizen konnten, obwohl wir einen Vorrat von 400 Tonnen Kohle vor den Fenstern draußen liegen gehabt haben. Damals hat man monatelang weder Kohle noch Rohware bekommen. Wir sind daher von unserem Vorrat von 400 Tonnen nicht heruntergegangen, und die Frauen haben im Winter bei Frost in der kalten Werkstätte gearbeitet. Die Frauen standen auf Betonböden und vor ihren Augen, vor den Fenstern, sind diese 400 Tonnen Kohlen gelegen. Sie müssen uns beweisen, ob Sie auch in Ihren Wirtschaftskreisen es machen können, daß Sie, trotzdem die Kohlen draußen liegen, planend und vorausschauend sagen: Wir frieren zwar, aber wir werden bei der Kälte weiterarbeiten, damit wir die Arbeiten nicht unterbrechen müssen und bis zum nächsten Anschluß unseren Kohlenvorrat haben. Was ich gesagt habe, kann von der Bezirkshauptmannschaft St. Pölten nachgewiesen werden. Als man uns damals die Kohlenvorräte beschlagnahmen wollte, ist uns dieser Kohlenvorrat geblieben, denn der Bezirkshauptmann hat gesagt, er sei zwar bereit, die Weisungen der Regierung zu erfüllen und zu trachten, daß sie erfüllt werden, aber er sei erschüttert von meinem damaligen Bericht über die Lage im Betrieb.

Ich muß weiter darauf hinweisen, daß es vor allem ein Teil der heutigen Arbeitslosen war, die auf uns gehört haben, als anfangs Dezember 1949 die KPÖ im Traisental und auch im übrigen Niederösterreich von einem Betrieb zum anderen gefahren ist und die Arbeiter und Angestellten aufgefordert hat, sofort eine Überbrückungshilfe von 600 S pro Arbeiter und Angestellten zu verlangen und weiter zu fordern, daß die Nazilohnsteuer herunter muß. Ich kenne keinen ÖVPler, der damals den Arbeitern gesagt hat, das kann man nicht verlangen. Wir Sozialisten waren es, die vor die Arbeiter hingetreten sind und gesagt haben, daß diese 600 S für alle Arbeiter zusammen einen so großen Betrag ausmachen, daß die Gewerbetreibenden nicht imstande sein werden, diesen Betrag aufzubringen. Nicht Sie von der ÖVP, sondern wir Gewerkschaftler, wir Sozialisten waren es, die das den Arbeitern gesagt haben. *(Zwischenrufe des Abg. Dubovsky.)* Ihr habt ja etwas anderes wollen, Ihr hättet damals schon gerne diese 300.000 Arbeitslosen gesehen. Wir aber waren imstande, den Arbeitern das zu erklären, und sie haben an uns geglaubt und auf uns gehört. Sie haben auf uns gehört, weil sie geglaubt haben, daß in diesem Lande eine Wirtschaftsdemokratie erstehen wird. Diese Wirtschaftsdemokratie müßte es einem Abg. Ernecker verbieten, daß er in einer solchen Weise über die arbeitslosen Frauen spricht. Wir glauben, daß es die Frauen verdient haben, daß sie, wenn sie Arbeit brauchen, auch Arbeit erhalten, und wenn sie schon keine Arbeit erhalten können, wenigstens die Arbeitslosenunterstützung bekommen.

Herr Abg. Hainisch hat uns das letzte Mal erklärt, die Bauarbeiter sind Saisonarbeiter,

sie haben früher keine Arbeitslosenunterstützung gehabt, oder zumindest nicht die gleiche wie die anderen Arbeiter, jetzt aber haben sie die Arbeitslosenunterstützung und sie sind daher vielleicht so nach dem Rezept des Abg. Ernecker unechte Arbeitslose. Der Herr Abg. Hainisch hat weiter gesagt, daß der Mieterschutz an der Wohnungsnot schuld sei. Ich bin acht Jahre in die Schule gegangen und habe soviel Rechnen gelernt, daß ich sagen kann, daß der Mieterschutz nicht an der Wohnungsnot schuld sein kann. Der Herr Abg. Hainisch glaubt, von den Mietern soviel Miete verlangen zu müssen, damit er seinen Hausherrn einmal ihre Renten bezahlen kann, die sie fordern, dazu noch die Betriebs- und die Instandhaltungskosten. Da muß ich sagen, daß wir Arbeiter wahrscheinlich mehr davon verstehen, als ihr Gewerbetreibenden. Leider führt ihr die Wirtschaft und nicht wir, darum schaut sie so aus. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Der Herr Abg. Hainisch hat weiter gesagt, die 44-Stunden-Woche der Bauarbeiter würde die Baukosten eventuell um 25 Prozent erhöhen. Nun „Herr Lehrer", dazu kann ich Ihnen nur sagen, daß vor dem Kriege ein Bauarbeiter einen Stundenlohn von 1.20 S gehabt hat, heute bekommt er 6.60 S, er hat also fünfeinhalbmal soviel. Ich weiß nicht, welche Rolle Sie, Herr Abg. Hainisch, in Ihrer Gemeinde spielen, aber vielleicht werden auch Sie einmal einen Kostenvoranschlag für einen Gemeindebau einholen müssen. Sie werden dann daraufkommen, daß der Bau zehn- und elfmal soviel kostet als vor dem Kriege, und Sie sagen jetzt, der Bauarbeiter, der nur fünfeinhalbmal soviel verdient wie vor dem Kriege, würde, wenn er statt 48 Stunden nur 44 Stunden arbeitet und gleiche Bezahlung erhält, die Baukosten um 25 Prozent erhöhen. Bei manchen Gewerbetreibenden sind wir solche Verteuerungen schon gewöhnt, wenn vier Stunden Arbeitszeit eingespart werden. Wenn man den Herrn Abg. Hainisch so reden hört, so könnte das schon so sein. Aber es gibt Gott sei Dank noch andere Gewerbetreibende, bei denen das nicht der Fall ist. Wir könnten noch genügend Beispiele bringen, die zeigen, daß Sie überall in der Wirtschaft, wo Sie leider noch soviel zu reden haben, einen derartigen Schaden, wie es die jetzige Arbeitslosigkeit mit sich bringt, anrichten. Wir Arbeiter sehen es tagtäglich in den Betrieben der Notstandsgebiete, daß hunderte Arbeiter und hunderte Frauen vor den Betrieben stehen und bitten, sie irgendwo arbeiten zu lassen. Wahrscheinlich sind das auch die unechten Arbeitslosen! Zu uns kommen aber nicht nur die Arbeitslosen, sondern im Traisental z. B. kommt so mancher USIA-Arbeiter, der zwar noch beschäftigt ist, zu uns und fragt, ob er nicht bei uns arbeiten könne, weil er unter Verhältnissen arbeiten muß, die ihn dazu bringen, daß er doch versucht, aus dem USIA-Betrieb herauszukommen. Das alles erleben wir. *(Abg. Dubovsky: Wenn die USIA keine Betriebe errichtet, können die Arbeiter nicht arbeiten!)*

Wenn hier vom Phrasendreschen geredet wurde und von einem Sturm im Wasserglas die Rede war, dann können wir Sozialisten dazu nur sagen, daß wir nicht nur im Oktober 1950 dafür eingetreten sind, daß Österreich frei blieb, sondern daß wir auch vier Jahre vorher, trotz Not und Hunger, das gleiche gemacht haben, weil wir eben an dieses Österreich, an diese Demokratie glauben. Da braucht uns also niemand, auch kein kommunistischer Vertreter, Rezepte geben. Wir wissen ja, daß die Kommunisten sich darüber freuen, wenn es uns schlecht geht. Sie hetzen, und sie haben nie etwas anderes getan. Sie fühlen sich stark, solange sie jemand hinter sich haben, weil sie glauben, daß sie sich da alles erlauben können.

Wir können Ihnen sagen, daß der Großteil der Arbeiter ganz gut weiß — sie haben es bei den Betriebsratswahlen bewiesen und sie werden es der ÖVP auch bei der nächsten Wahl beweisen —, wie es in diesem Lande tatsächlich ausschaut. Sie versprechen, Sie werden mit dem ersten Frühlingstag alles in Ordnung bringen. Meine Herren von der ÖVP, warum dann der Streit, wenn Sie es ernst meinen? *(Abg. Stangler: Wer redet davon?)* Warum 300.000 Arbeitslose, wenn Sie ohnehin, wie Präsident Endl sagt, vorausschauend planen? *(Abg. Stangler: Was haben Sie in Wilhelmsburg schon für die Beschäftigung der Arbeitslosen gemacht? Warum wird dort nichts getan? Was haben Sie in Wilhelmsburg in den letzten Wochen auf dem Gebiete der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gemacht?)* Die Wasserleitung! *(Abg. Stangler: In den letzten Wochen, habe ich gefragt!)* Eine Wasserleitung haben wir gemacht, von der wir die Hälfte der Kosten zu tragen haben. Das wissen Sie aber nicht, Herr Lehrer! Die Volksschüler von früher sind auf einem höheren Niveau als die Lehrer Ihres Schlages von heute! *(Beifall bei der SPÖ. — Abgeordneter Stangler: Seien Sie vorsichtig mit Ihren Äußerungen!)*

PRÄSIDENT SASSMANN *(das Glockenzeichen gebend):* Herr Abg. Hrebacka, ich muß Sie zur Ordnung rufen!

Abg. HREBACKA *(fortsetzend):* Wir sind auch schon zu anderen Zeiten für Österreich eingetreten. Da müssen Sie recht stad sein und sich zurückhalten! Damals haben Sie sich gefürchtet, die Verantwortung zu tragen. Wir erleben das jetzt schon zweimal in einer Generation. Sie werden niemand mehr hinter dem Ofen hervorlocken, weder durch Drohungen noch durch Bündnisse mit anderen, weder mit Schrecken noch durch Lockrufe.

Die Bevölkerung weiß, wie sich die Arbeiter in Österreich durchsetzen können. Wenn sich die Arbeiter durchsetzen werden, wird es auch den Gewerbetreibenden besser gehen. Sie müssen es ja heute schon spüren, daß die 300.000 Arbeitslosen den Gewerbetreibenden nicht so viel Aufträge geben können wie früher. Wenn sich diese Menschen nichts mehr kaufen können, dann wird vor allem auch der Gewerbetreibende weniger einnehmen.

Der Herr Abg. Hainisch hat heute, wie ich bereits erwähnt habe, gesagt, der Mieterschutz sei schuld an der Wohnungsnot, ohne Mieterschutz würden nämlich die Privaten bauen. *(Abg. Hainisch: Die Gemeinden verlangen höhere Mieten!)* Er soll einmal die vielen hunderttausend Rentner fragen, wo sie das Geld hernehmen sollen, wenn man den Hausherren neue Millionen geben will. *(Abgeordneter Zach: Der größte Hausherr ist die Gemeinde Wien.)* Sie hätten in den Jahren 1934 bis 1938 ja den Mieterschutz, das Mietengesetz, aufheben können. Sie hätten das ohne weiteres tun können. Sie flauseln ja nur! Sie wissen, daß es nicht möglich ist, aber Sie flauseln, obwohl Sie wissen, daß das Mietengesetz jedem Hausherrn seit 32 Jahren die Möglichkeit gibt — mit Ausnahme der Kriegszeit, damals hat man es nicht gekonnt —, wenn es notwendig ist, eine Erhöhung des Instandhaltungszinses zu beantragen. Die Erhöhung des Instandsetzungszinses wird von jeder Mietkommission in einem wirtschaftlich tragbaren Ausmaß bewilligt.

Wer soll denn die Renten für die Hausherren aufbringen? Etwa die 700.000 Rentner, die 300.000 Arbeitslosen, die 100.000 Eisenbahner und die schätzungsweise 50.000 anderen öffentlich Angestellten? Das wird wohl auch der Herr Abg. Hainisch nicht wissen. Da würde wahrscheinlich auch er steckenbleiben. Es gibt also schon eine Phrasendrescherei, aber eine ganz einseitige, und zwar seitens der ÖVP. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Z a c h.

Abg. ZACH: Meine sehr verehrten Frauen und Herren! Hoher Landtag! Gerade mein sehr verehrter Herr Vorredner hat wieder bewiesen, wieweit er es mit der Sachlichkeit ernst nimmt. Er hat da unter anderem die Behauptung aufgestellt, daß eben nur wieder wir an der Wohnungsnot und an allen Folgen schuld sind. Nun, meine sehr verehrten Herren, wir haben über diesen Gegenstand schon einige Male ganz ausführlich gesprochen und nicht gesagt, daß es jetzt auf einmal anders werden kann. Blicken Sie doch nach England hin, wo während einer ganzen Wahlperiode die englische Arbeiterpartei die Führung gehabt hat, und sagen Sie uns, was diese Partei oder die von ihr gestellte Regierung auf dem Gebiete der Wohnungsbeschaffung gemacht hat. Sie ist weit davon entfernt gewesen, Maßnahmen zu ergreifen, die die Wohnbautätigkeit auf eine neue Grundlage stellen. Und nicht von heute stammt das Übel; das ist schon von lange her, weil man eine Regelung, die man als eine Kriegsmaßnahme getroffen hatte, dann zu einer Dauermaßnahme gemacht hat. *(Abg. Hainisch: So ist das!)* Denn wäre dazumal das Wohnungswesen den allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen angeglichen worden, dann würden die öffentlich Angestellten heute wie damals wieder ein Quartiergeld haben, wir würden den Mietzins automatisch langsam in den Arbeitslohn der Arbeiter eingegliedert haben, und wir hätten, so wie in Westdeutschland, in einem Jahr prozentuell die gleiche Zahl von Wohnungen bauen können, weil dort nicht nur öffentliche Gelder, sondern auch Privatgelder in Bewegung gekommen sind. *(Abg. Hainisch: Sehr richtig!)* Die Wirtschaft muß eben entweder nach Grundsätzen der freien Wirtschaft oder nach sozialistischen Grundsätzen geführt werden. Eine Mischung, nämlich auf einem Gebiet der Wirtschaft die Zwangswirtschaft und auf anderen Gebieten die freie Wirtschaft, ist auf die Dauer unerträglich. *(Abg. Hainisch: Sehr richtig!)* Wir wollen nicht, daß die Arbeiter die Miete nicht bezahlen können, wir wollen auch nicht, daß den Arbeitern irgend etwas genommen wird, sondern wir sind der Meinung, wenn unsere Ideen, die wir seit Jahr und Tag hier vertreten, von der Sozialistischen Partei nicht immer systematisch verhindert, sondern endlich Wirklichkeit werden, dann werden wir zu einer Wirtschaftsbelebung größten Stils kommen. Gerade auf dem Wohnungssektor ist es möglich, private Gelder und öffentliche Gelder zusammen so einzusetzen, daß die größtmögliche Wirkung erzielt wird. Man kann nicht einfach einen Beweis so führen, daß man sagt: Ihr wollt,

daß die Arbeiter bei dem gleichen Lohn einen höheren Mietzins zahlen. Im Neustädter Gemeinderat habe ich in einer vertraulichen Sitzung über diesen Gegenstand einmal länger gesprochen. Was war die Folge? Daß wir uns nachher gefunden und gesagt haben, es müsse hier ein vollständiger Wandel Platz greifen. Wie kommt ein kleiner Beamter dazu, daß er in Wiener Neustadt für eine Wohnung, die er von der sogenannten Heimat-Genossenschaft bekommt, eine monatliche Miete von 240 bis 280 S bezahlen muß *(Abg. Ernecker: Hört! Hört!)*, während sein Arbeitskamerad in einem Haus wohnt, das nach dem ersten Weltkrieg errichtet worden ist und schönere, größere und besser ausgestattete Wohnungen hat, nur 65 S Miete zahlt? Ja, wo bleibt denn da Ihr soziales Verständnis, Ihre soziale Gerechtigkeit? *(Abg. Stangler: Das ist Ihre Planwirtschaft!)*

Wir wollen nichts anderes, als auf diesem Sektor endlich eine annähernde Gerechtigkeit herbeiführen. Vorgestern ist z. B. eine Frau weinend zu mir gekommen und hat mir gesagt, ihr Mann sei aus Überanstrengung, weil er sich mit dem Wohnbauförderungsbeitrag des Landes aus eigener Kraft und mit eigener Arbeit ein kleines Heim schafft, körperlich zusammengebrochen. Während es auf der einen Seite Leute gibt, die ihre letzte Arbeitskraft einsetzen, um endlich ein schirmend Dach über ihr Haupt zu bekommen, wird von anderer Seite gesagt, an den derzeitigen Verhältnissen in der Wohnwirtschaft darf nichts geändert werden. Wäre das nicht eine soziale Tat, wenn wir gemeinsam einen Ausgleichsfonds schaffen würden — oder nennen Sie ihn wie Sie wollen —, in welchen diejenigen, die eine schöne Wohnung haben und dafür einen lächerlichen Mietzins zahlen, durch zwei, drei, vier oder fünf Jahre eine Kleinigkeit einzuzahlen hätten, um den armen Teufeln, die siedeln wollen, oder die das Unglück haben, erst später eine Wohnung zu bekommen, und für die sie einen höheren Mietzins zahlen müssen, zu helfen. Ich habe mir bei der Gemeinde Wiener Neustadt die Namen von fünf verschiedenen Mietern ausheben lassen, die für annähernd die gleiche Wohnung fünf verschieden hohe Mietzinse, und zwar von 35 S bis zu 135 S, zahlen. Wenn man das einen Idealzustand nennt, dann muß ich sagen, müssen wir die Hoffnung auf eine sachliche Einstellung Ihrerseits zu dieser Angelegenheit aufgeben. Die Wohnungsfrage und die Mietenfrage lassen sich nicht durch Verdächtigungen beheben, sondern nur durch eine ehrliche Einstellung zu dieser ganzen Frage. Das wollte ich zur Wohnungsfrage sagen.

Sie erheben immer den Ruf, wir könnten viel mehr Arbeit schaffen, wenn der Zinsfuß herabgesetzt wird; billiges Geld soll gegeben werden. Ich frage Sie, meine sehr verehrten Herren, was hat denn die einzige private Großbank Österreichs, die Arbeiterbank — alle übrigen Banken sind über Ihren Antrag verstaatlicht, nur auf Ihre eigene Bank haben Sie vergessen, daß sie auch verstaatlicht worden wäre —, zur Ermäßigung des Zinsfußes beigetragen? Was hat denn die größte Sparkasse Österreichs, die Sparkasse der Gemeinde Wien, auf diesem Sektor gemacht? Sie hat schon etwas gemacht, nämlich kurzfristige Gelder bei den Geldinstituten zu möglichst hohen Zinsen eingelegt. Ich könnte Ihnen noch ein anderes sogenanntes Wirtschaftsförderungsinstitut der Gemeinde Wien, die Autokreditstelle der Gemeinde Wien, nennen, die 14 und 16 Prozent Zinsen verlangt. Das nennt sich Zinsfußherabsetzung zur Förderung der Wirtschaft!

Dann wird gesagt, die Arbeitslosigkeit wird nur deswegen verursacht, weil die ÖVP-Mandatare nichts machen. Dabei widersprechen Sie sich selbst. So hat Präsident Wondrak in der letzten Landtagssitzung wörtlich gesagt: Es wird doch keinen vernünftigen Menschen geben, der verlangen würde, daß jetzt ein Arbeiter bei diesen Kältetemperaturen zur Arbeit hinausgejagt wird. Der Herr Nationalrat Horr hat hingegen zu der Zeit, wo eine noch größere Kälte war, als sie jetzt ist, gesagt, es sei selbstverständlich, daß trotz der Kälte die Wasserbauten und alle diese Arbeiten durchgeführt werden können. Wer also so spricht, nämlich, daß man bei 20 und mehr Grad Kälte im Freien arbeiten kann, der war weder in Sibirien in Gefangenschaft noch im KZ. Oder wollen Sie sich der gleichen Gefahr aussetzen, wie es einem Herrn Ihrer Partei in unserem östlichen Nachbarland passiert ist, der auch verlangt hat, daß bei dieser Kälte im Freien gearbeitet wird. Dort sind nämlich 200 Arbeiter aufmarschiert und haben diesem Herrn gesagt: Du gehst selbst heraus und zeigst uns, daß du bei dieser Kälte nur zwei Stunden draußen bleibst und arbeiten kannst; nur dann sind wir überzeugt, daß es geht. Aber wenn du im schönen warmen Zimmer sitzt, so hat es sich überhaupt aufgehört, von uns so etwas zu verlangen.

Verdrehungen erster Sorte werden immer wieder geliefert. Vor zwei Jahren habe ich bei den Budgetberatungen gesagt, es gibt gewisse Arbeitergruppen, die unbedingt eine Atempause im Winter brauchen. Ich habe die Ziegeleiarbeiter genannt und gesagt, wenn diesen Arbeitern bei ihrer schweren Arbeit

ständig der Schweiß über den Buckel herunterinnt, so halten sie dieses Arbeitstempo zehn Monate nicht durch. Was hat man aber in der „Arbeiter-Zeitung" heuer und voriges Jahr darüber geschrieben? Man schrieb, der Zach sagt, die Arbeiter wollen im Winter nicht arbeiten. Ist das eine sachliche Einstellung zu diesen Dingen? Nein!

Nun zur Frage der Arbeitslosigkeit. Hat man vergessen, daß im heurigen September bei den Böhler-Werken 200 Arbeiter abgebaut wurden? Hat man vergessen, daß bei den gleichen Werken in den letzten zwei Jahren 1400 Arbeiter durch Einzelkündigungen und Massenkündigungen arbeitslos gemacht wurden? Und das in einem verstaatlichten Betrieb! Wenn man natürlich weiß, daß man damit verschiedene Absichten verbindet — wir kennen sie ganz genau —, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn wir auch einmal dazu sprechen. In der Hütte Liezen, wo ein verhältnismäßig kleiner Arbeiterstand ist, hat man im vergangenen Jahr auch 250 Arbeiter gekündigt. Ich könnte Ihnen noch eine ganze Reihe solcher Fälle aufzählen. Ich frage Sie, wieviel Verstärkungsarbeiter sind denn bei Einbruch der schlechten Witterung bei den Bundesbahnen eingestellt worden, bei einem Betrieb, der einen Abgang von 1,4 Milliarden aufzuweisen hat? Haben Sie einmal ausgerechnet, wieviel jeder einzelne Einwohner Österreichs, vom Säugling bis zum Greis oder zur Greisin, jährlich für diesen Abgang bezahlen muß? Und trotzdem keine Verstärkung der Belegschaft! Und es gäbe dort soundso viele Arbeiten! Wir haben niemals davon gesprochen, aber wenn es so weitergeht, wie es seit den letzten zehn Wochen der Fall ist, daß man getastet hat, ob die Arbeitslosigkeit der richtige Schlager sei, den man bis zu den nächsten Landtagswahlen durchziehen kann, dann werden auch wir reden. Ich weiß nicht, ob Sie dabei bleiben, aber Sie sind dabei, die Klaviatur abzutasten, ob das österreichische Volk dabei mitsingen oder mitschreien wird. Vor den Nationalratswahlen hat man zuerst den Starhemberg-Rummel als Wahlschlager versucht, dabei hat aber nicht viel herausgeschaut. Dann kam als Wahlschlager der große Bankenrummel; der kann und darf Ihnen nicht vergessen und verziehen werden, weil Sie dadurch mit der gesamten österreichischen Wirtschaft ein frevelhaftes Spiel getrieben haben. Wenn die österreichische Bevölkerung nämlich nicht so tapfer gewesen wäre und standgehalten hätte, dann wäre durch Ihr frevelhaftes Spiel unsere gesamte Wirtschaft in den Abgrund gestürzt.

Meine sehr verehrten Herren der Sozialistischen Partei, wir wissen schon, was Sie wollen! Sie glauben, daß wir uns das herauslocken lassen, das Sie dann für sich ausnützen wollen. Nein, der Herr Horr und der Herr Olah und deren Leute müssen zur Kenntnis nehmen, daß wir uns hundertprozentig von den Gesetzen der Wirtschaft leiten lassen und nicht von einem gehässigen Schreiberling. *(Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der ÖVP: Sehr richtig!)* Ich will gar nicht den Namen dessen aussprechen, der diese Tonart angeschlagen hat. Sie kennen ihn alle. Er hat jetzt die gleiche Rolle übernommen, wie jene, die im Jahre 1923 begonnen und dann in Etappen den 27. Juli 1927 und das darauffolgende Werk vollbracht haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Es ist daher unsere Aufgabe, ruhig zu bleiben und das zu verteidigen, was unbedingt notwendig ist.

Wir mußten in letzter Zeit folgendes erleben. Als in unseren Reihen gesagt wurde, daß es nicht angehe, daß aus gewissen Gründen ein neuer Generaldirektor der Bundesbahnen bestellt werde, hat sich die Eisenbahnergewerkschaft sofort zum Wort gemeldet und gesagt: Man soll da ja kein Spiel beginnen, denn wir sind bereit, alles einzusetzen, um unseren Willen durchzudrücken. Glauben Sie ja nicht, daß unsere Bevölkerung über die verstaatlichten Betriebe so denkt wie noch vor einiger Zeit! Ich wurde schon öfter aufgefordert, hier oder irgendwo anders einen Antrag einzubringen, daß die Angestellten bei allen staatlichen Betrieben die gleichen Begünstigungen haben sollen. Es geht nicht an, daß die Bevölkerung für den Betriebsabgang der Bundesbahnen eine Viertelmilliarde Schilling zu zahlen hat, Sie aber, obwohl es ganz eindeutig im Gesetz festgelegt ist, etwas anderes machen wollen, als das Gesetz sagt. Dieses Gesetz sagt nämlich: Den Generaldirektor der Österreichischen Bundesbahnen bestellt auf Grund eines Ministerratsbeschlusses der Herr Bundespräsident. Was soll also die Drohung: Wehe, wehe, dreimal wehe, wenn es jemand versucht, einen uns nicht genehmen Generaldirektor zu bestellen! Ist das noch vereinbar mit einer sachlichen Einstellung, die zu haben Sie immer vorgeben? Nein, das ist die Androhung von brutaler Gewalt, wie wir sie von früher her kennen. *(Abg. Wondrak: Von 1934! — Weitere Zwischenrufe.)* Herr Präsident Wondrak, wir fürchten auch diese Auseinandersetzung nicht, aber wir wollen sie nicht. *(Abg. Wondrak: Ich nehme das zur Kenntnis!)* Wer will, kann es aber machen.

Ich will noch über eine andere Frage, die sehr ernster Natur ist, einige Worte verlieren. Es ist ganz klar, daß uns auch durch die

Modernisierung verschiedener Betriebe ernste Aufgaben auferlegt werden. Das Vöslauer Kammgarnwerk z. B. ist nicht das einzige Werk, in dem neue Maschinen aufgestellt worden sind, durch die Arbeiter eingespart werden. Schauen Sie sich nur das große Walzwerk an, wieviel Arbeiter dort überzählig geworden sind! *(Abg. Hainisch: Bei der VÖESt. gleichfalls!)* Wir alle wissen noch nicht, wie wir uns abschließend zu dem Problem der Modernisierung zu stellen haben, für die wir viele Milliarden Schilling eingesetzt haben. Ja, wo steckt denn der Erfolg des großen Geldeinsatzes für die Modernisierung der Betriebe? Die Antwort lautet: Weniger Arbeiter! Wollen Sie uns das vielleicht auch ankreiden? Das ist doch eine Frage, die uns alle mitsammen gleich angeht. Wir müssen nach Wegen suchen, um den arbeitslustigen Menschen Arbeit zu verschaffen. Da gibt es viele, viele Wege. Voraussetzung ist aber eine geordnete Staatswirtschaft und eine festgefügte Währung. Das sind die zwei Voraussetzungen, die erfüllt werden müssen, um all die Dinge, die notwendig sind, richtig planen zu können. Lesen Sie nur die Protokolle und die Zeitungsnachrichten in den letzten zehn Wochen. Wenn nur ein positiver Vorschlag von Ihrer Seite gekommen wäre, der in seiner Ausführung die Arbeitslosigkeit vermindert hätte, er wäre von uns aufgegriffen worden. Aber mit allgemeinen Forderungen, die zu lesen waren und die sich noch dazu widersprechen, wird das Problem nicht gelöst. Wenn man sagt, man wisse ganz genau, daß die öffentliche Hand die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen könne und daß die Mittel, die im Landes- und im Bundesbudget eingesetzt sind, nur eine gewisse Arbeitssicherung bringen, also nur einen gewissen Stand von Arbeitern beschäftigen können, dann muß man dies den Arbeitern ehrlich sagen. Es wäre daher leichtfertig, in der Zeit der Kälteperiode das Geld zu verpulvern und dann in der schönen Jahreszeit keines mehr zu haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es ist auch notwendig, daß man sich in dieser Frage endlich auf die niederösterreichischen Verhältnisse besinnt. Es ist recht schön und gut, wenn man so hochherzig ist und immer von ganz Österreich spricht. Jedem Menschen ist aber das Hemd etwas näher als der Rock, und jedem Landesvertreter ist das Landesinteresse näher als das Bundesinteresse. Und wir sind eben hier im niederösterreichischen Landtag in erster Linie Landesvertreter, wir haben in erster Linie die Interessen des Landes zu vertreten. Daher ist es unbegreiflich, daß ein Abgeordneter des Landtages sagt, es sei doch ganz gleich, ob in Niederösterreich oder in einem anderen Bundesland soundso viel Arbeiter beschäftigt werden. Da müssen wir schon fragen: Wo liegen denn die Hauptnotstandsgebiete? In Niederösterreich liegen sie, im Neustädter Gebiet, im Traisental, im Triestingtal usw. Wir müssen daher trachten, daß wir dort möglichst viel Arbeiter einsetzen können. Dafür zu sorgen, ist Pflicht und Aufgabe eines jeden niederösterreichischen Landtagsabgeordneten!

Wenn immer so viel von der Arbeitsbeschaffung geredet wird, so frage ich, warum ist denn dieses Ybbs-Persenbeug nicht schon lange erledigt worden? Wer hat Ybbs-Persenbeug durch Verhandlungen freibekommen? In erster Linie unser Landeshauptmannstellvertreter Kargl *(Zustimmung bei der ÖVP)*, der eine Unzahl von Verhandlungen in dieser Sache geführt hat. Der Herr Waldbrunner als Minister der verstaatlichten Betriebe war nicht einmal da, um die Unterschrift bei diesen Verhandlungen leisten zu können. Es hat sie der Herr Minister Helmer in seiner Vertretung leisten müssen. *(Abgeordneter Stangler: Sehr richtig!)* Das sind die Tatsachen! Und wenn jetzt in der letzten Zeit gesagt wird, der Minister Waldbrunner sei mit gutem Beispiel vorangegangen, er habe an die verstaatlichten Betriebe eine Weisung wegen der Arbeitsvergebungen hinausgehen lassen, dann frage ich Sie: Wann ist denn diese Weisung ergangen, zu der Zeit, als Ihre Zeitungen von der großen Arbeitslosigkeit geschrieben haben oder erst in den letzten zwei oder drei Tagen? Und jetzt sagen Sie, die Sozialisten hätten erreicht, daß die Regierung endlich eingreife. Aber was hat denn z. B. der Herr Handelsminister gemacht? Er hat bereits im Dezember 1953 den Großteil der Wiederaufbaufondsmittel vergeben, und der Herr Finanzminister hat die hierfür notwendigen Gelder bereits den einzelnen Stellen überwiesen, die sofort in Bewegung kommen, wenn eben ein bißchen mehr Sonne scheint und es ein bißchen wärmer wird. Man hätte also bei der Wahrheit bleiben müssen und sagen, sobald es die Witterung erlaubt, haben diese und jene Arbeiten einzusetzen, dann würden wir uns viel leichter finden.

Der Herr Abg. Staffa hat gesagt, es werde ein gefährliches Spiel mit den Arbeitslosen getrieben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen, dieses gefährliche Spiel wurde aber wahrlich nicht von uns begonnen. Man hat die Arbeitslosen, ohne ihnen auch nur eine Stunde Arbeit zu geben, aufgewühlt, in ihrem Innersten unruhig gemacht,

ängstlich gemacht. Das ist nicht die Aufgabe der Volksvertreter. Mir kommt das genau so vor, wie bei dem Plakat „Rentenklau". Sie wissen, daß die Aufmachung dieses Plakates gestibitzt war, denn im Krieg war es das Kohlenklauplakat. Mit diesem Rentenklauplakat hat man mit den Ärmsten der Armen ein frevelhaftes Spiel getrieben. Weinend und gebrochen sind viele Rentner mit der Frage zu uns gekommen: Ist es wahr, daß uns die Rente entzogen wird, ist es wahr, daß uns die Rente gekürzt wird? Nichts davon ist wahr gewesen. Es steht vielmehr fest, daß die Rentner jetzt viel ruhiger schlafen können als vor der Stabilisierung der Währung, wo sie schon am 5. und 6. eines jeden Monats gesagt haben, jetzt müssen sie geschwind, wenn sie noch Geld haben, das Wenige einkaufen, weil es vielleicht am Monatsende viel teurer ist. Jetzt ist das Gegenteil der Fall, es sagen sehr viele, sparen wir ein bisserl länger, vielleicht wird das oder jenes billiger werden. Daß das eine kleine Verminderung im Konsumgüterverbrauch mit sich bringt, wie Abg. Dubovsky angeführt hat, das wußten wir. Aber wenn das wieder einmal ausgeglichen ist und die Leute gezwungen sind, Bedarfsgegenstände zu kaufen, dann wird sich bald wieder eine große Kaufbewegung zeigen.

Weil heute soviel von Anträgen und Anregungen gesprochen wurde, so erlaube ich mir jetzt folgende aus der Debatte herauskommende und geradezu verlangte Resolutionsanträge zu diesem Gegenstand zu stellen.

Der erste Antrag lautet *(liest):*

1. Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, die im außerordentlichen Landesvoranschlag des Jahres 1954 unter den Voranschlagsansätzen 63—90 und 63—91 veranschlagten 30 Millionen Schilling für Siedlungszwecke und für die Wohnbauförderung unverzüglich zu vergeben."

Wenn die Leute wissen, daß sie das Geld bekommen, können sie mit der Beschaffung des Materials usw. sofort beginnen.

Der zweite Antrag lautet *(liest):*

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, den unter dem Voranschlagsansatz 519—90 im außerordentlichen Landesvoranschlag für das Jahr 1954 veranschlagten einmaligen Beitrag zum Ausbau allgemeiner öffentlicher Krankenanstalten in Niederösterreich im Betrage von zwei Millionen Schilling unverzüglich zum Einsatz zu bringen." *(Landesrat Brachmann: Ist schon fertig!)* Warum haben Sie es noch nicht gemacht? Das ist so wie beim Ei des Columbus!

Der nächste Antrag lautet *(liest):*

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, die Verteilung der für das Jahr 1954 bereitstehenden Mittel des Schulbaufonds unverzüglich vorzunehmen."

Dazu ist folgendes zu sagen. Diese Gelder sind ja nur 40 Prozent der Kosten, die die Schulbauten verursachen, 60 Prozent müssen von den Gemeinden in Bewegung kommen. Diese rund 13 Millionen Schilling bringen noch einmal eineinhalbmal soviel Gelder in Bewegung. Also, Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp, bitte so gütig zu sein und hier rasche Arbeit zu leisten. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Herr Kollege, darf ich Ihnen sagen, daß ich vom Finanzreferenten noch nicht einmal die Mittel aus 1953 zur Gänze überwiesen erhalten habe. Angefordert habe ich sie, aber noch nicht bekommen.)*

Der weitere Antrag lautet *(liest):*

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden und dahin zu wirken, daß die Einschränkungen der Aufträge für Schoeller und Bleckmann in Ternitz unterlassen und die Produktion der verstaatlichten Betriebe auch nach Niederösterreich verlagert wird."

Ich frage Sie, welcher neue Betrieb ist nach Niederösterreich gekommen und welcher Betrieb ist in Niederösterreich ausgebaut worden? Sie werden sagen, ja, daran sind die Besatzungsmächte schuld. Nein und nochmals nein, man hat nur für einige Länder ein besonderes Interesse gezeigt.

Und nun der letzte Antrag *(liest):*

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden und dahin zu wirken, daß die Sicherstellung der erforderlichen Gelder für den Ausbau des großen Donaukraftwerkes Ybbs-Persenbeug ehestens gewährleistet und eine 50prozentige Beteiligung seitens des Landes Niederösterreich ermöglicht wird."

Das ist eine gerechte Forderung, gegen die kein Landesvertreter etwas einwenden kann. Wenn wir wissen, welch große Werke Tirol, Vorarlberg und auch Steiermark und Ober-

österreich haben, ist das ein ganz gerechtes Verlangen. Bei der Lösung dieses Problems wird sich zeigen, wer in erster Linie Niederösterreicher ist. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Warum hat die ÖVP in Niederösterreich für 22 Prozent gestimmt? — Abgeordneter Stangler: Haben Sie auch mitgestimmt? — Landeshauptmannstellvertreter Popp: Ja, mit der ÖVP. — Abg. Stangler: Warum haben Sie nicht dagegen gestimmt? — Landeshauptmannstellvertreter Popp: Weil es ein zweites Verstaatlichungsgesetz gibt und keine andere Möglichkeit gegeben ist.)* Sie haben aber die Möglichkeit, es zu ändern. Wir wollen nicht außerhalb des Gesetzes stehen, sondern dahin wirken, daß ungerechte Bestimmungen entfernt werden. Dennoch ist es wichtig, meine Herren, daß Sie sich besinnen und ob Sie wollen, daß in Niederösterreich große Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden.

Ihre Einstellung zur Autobahn ist auch eine Frage, die eine eindeutige Antwort verlangt. Die eindeutige Antwort kann nur sein: Da die Gelder für die Autobahn zweckgebundene Gelder sind, so kann man nicht sagen, wenn hier das Geld vorhanden ist, dann verbaue man es für die Bundes-, Landes- oder Bezirksstraßen oder verwende es für Wohnungsbauten. Das ist unmöglich. Dasselbe gilt in der Flughafenfrage. Auch hier heißt es, einmal endgültig entscheiden, welche Lösung in Niederösterreich zuträglicher ist, die eine oder die andere.

Ich bin fest überzeugt, wenn alle Kräfte mobil gemacht werden, daß von dem ganzen Gerede, von all diesen gemachten und gekünstelten Angstschreien nichts anderes übrigbleiben wird als ein bisserl ein Hauch, den die Winde sehr bald verwehen. Wir werden dann sagen können, es ist endlich so weit gekommen, daß die Niederösterreicher wieder Arbeit und Brot haben und daß Frieden und vor allem anderen wieder Freude eingekehrt ist. Denn solche Artikel, die wir zu lesen bekommen, und solche Reden, die wir gehört haben, nehmen dem Menschen den Frieden und damit die Freude. Das alte Sprichwort muß Wahrheit werden: „Glücklich, wem Arbeit eine Lust und keine Last ist", also wem Arbeit eine Freude ist! Und wenn es ein bisserl wärmer ist, werden wir alle eine Freude an der Arbeit haben! *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT ENDL *(der mittlerweile den Vorsitz übernommen hat):* Zum Wort gelangt Herr Abg. Landesrat S t i k a.

Abg. Landesrat STIKA: Hohes Haus! Lassen Sie mich außerhalb der politischen Atmosphäre dieses Saales die Frage der Arbeitslosigkeit beleuchten, um vor allem auch unsere Stellungnahme zu diesem großen Problem aufzuzeigen.

Hochgeschätzte Abgeordnete der ÖVP! Sie machen den Fehler, daß Sie alles rosig sehen. Sie erwarten, daß dann, wenn die Sonne wieder scheint, die ganze Arbeitslosenfrage beseitigt ist. Sie glauben, die Zahl der Arbeitslosen wird wegschmelzen wie der Schnee in der Sonne. In der Zwischenzeit indessen bemühen Sie sich, mit der Mathematik nachzuweisen, daß die Arbeitslosigkeit in Oesterreich und in Niederösterreich ohnehin nicht groß ist. Wir können Ihnen da nicht folgen. Wenn Sie der Weltöffentlichkeit, vor allem der österreichischen Öffentlichkeit vor Augen führen, daß unser Export gestiegen ist, daß gleichzeitig unser Import gegenüber dem Jahre 1952 um zehn Prozent gesunken ist, daß unsere Steuereinnahmen um 1,7 Milliarden Schilling höher sind, als sie seinerzeit im Budget für 1953 vom Nationalrat beschlossen wurden, daß die Spareinlagen auf fünf Milliarden Schilling angestiegen sind, daß die Nationalbank Gold und Devisen im Werte von 7,6 Milliarden Schilling in ihren Tresors verwahrt, daß der Fremdenverkehr im heurigen Jahr 1,5 Milliarden Schilling eingebracht hat, und wenn Sie außerdem sagen — vor allem durch Ihren Sprecher Doktor Kamitz —, der Schilling stehe an der Spitze aller europäischen Währungen, dann muß ich Sie wirklich fragen: Glauben Sie, daß die 300.000 Arbeitslosen — wenn ich deren Angehörige dazurechne, sind es 450.000 Menschen — an diesen Feststellungen wahrhaftig eine Freude haben?

Wir können Ihnen auf diesem Wege nicht folgen, weil wir die Dinge ganz anders sehen als Sie. Sie sprechen ununterbrochen von einer Saisonarbeitslosigkeit. Gerade in diesem Punkt sind wir längst darüber hinaus, Ihnen zu folgen. Sie wollen der Bevölkerung einreden, wenn der Frühling kommt — wie Zach gesagt hat, ist er schon in einigen Tagen da —, dann ist alles in dulce jubilo, dann braucht niemand mehr Angst haben, keine Beschäftigung zu finden.

Herr Kollege Zach, die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen ist in den letzten drei Jahren von nicht ganz 117.000 auf 184.000 gestiegen! Wo bleiben denn da Ihre Rezepte? Die Spareinlagen sind ununterbrochen gewachsen, bei jeder Veröffentlichung der Nationalbank ist ein höherer Stand der Devisenbestände zu verzeichnen und trotzdem

haben wir eine steigende Arbeitslosigkeit, Herr Kollege Zach! Wir können daher Ihren Argumenten absolut nicht folgen. *(Abgeordneter Zach: Was habt Ihr dagegen gemacht?)* Sie wollen aber auch gar nicht verstehen, warum wir Ihnen nicht folgen können. Wir sehen die Dinge von einer ganz anderen Warte aus. Ich werde Ihnen einige Beispiele bringen. Wenn Sie die Berichte der Nationalbank verfolgen würden, müßten Sie selbst erkennen, daß die Dinge nicht so einfach zu lösen sind. Sie würden beispielsweise feststellen, daß im Jahre 1953 ein Rückgang des Welthandels um 37 Milliarden Dollar eingetreten ist. *(Landesrat Waltner: Ist daran die ÖVP schuld?)* Glauben Sie, daß es uns möglich gewesen wäre, zu verhindern, daß auch unser Land von dieser Entwicklung gestreift wird? Glauben Sie, daß wir etwas tun hätten können, von dem Übel, das sich da vor unseren Augen abspielt, nicht gestreift zu werden? *(Zwischenrufe. — Abg. Zach: Sie sind so gescheit und geben uns kein Rezept! Geben Sie es uns!)* Sie haben gesagt: „Jeder, der arbeiten will, wird seinen Arbeitsplatz finden." Meine Herren, wir werden Sie beim Wort nehmen! *(Abg. Stangler: Nehmen Sie sich auch selber bei der Nase! Sie regieren mit!)* Schauen Sie, mit Ihnen rede ich ja nicht. *(Weitere Zwischenrufe des Abg. Stangler.)* Nein, nein, lieber Freund, es kommt nicht auf die Lautstärke an, nehmen Sie das zur Kenntnis! Es genügt, wenn ich Ihnen das sage. *(Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Worauf bauen wir nun unsere Annahme? Ich will Ihnen die Lage in einigen Staaten als Beispiel vor Augen führen.

Amerika: Ein Land, das Sie bewundern, das Land, das uns geholfen hat, ein Land, das für Ihre freie Wirtschaft, für die freie kapitalistische Wirtschaft ein Vorbild ist. Dort ist die Stahlproduktion im Jahre 1953 auf 77 Prozent gesunken. Der Auftragsbestand, meine Herren, ist von 730 Millionen Dollar binnen dreier Monate auf 603 Millionen Dollar abgesunken. Die Kupferproduktion ist die niedrigste in Amerika seit dem Juli 1952.

Frankreich: Die Stahl- und Eisenproduktion ist um über eine Million Tonnen gesunken, die Rohstahlproduktion um eine Million Tonnen. Die Walzwarenerzeugung ist von 7,8 Millionen Tonnen auf sechs Millionen Tonnen abgesunken.

Deutschland: Da bitte ich zur Kenntnis zu nehmen, daß Deutschland vier Millionen Tonnen Kohle auf den Halden liegen hat. Vier Millionen Tonnen! 14 Hochöfen wurden gelöscht. 14 Hochöfen! Die Walzwarenerzeugung ist von 5,5 Millionen Tonnen auf 2,2 Millionen Tonnen gesunken. *(Abg. Zach: Er schlägt sich selber ins Gesicht! — Abg. Ernecker: Und Österreich soll ausgenommen sein?)* Die Stahlproduktion in Deutschland ist um 20 bis 25 Prozent abgesunken. Auch ein Preisverfall, wie er noch nie da war, macht sich bemerkbar. Ich muß das unterstreichen, weil das nicht ohne Folgen für uns sein wird.

Aber auch die Montanunion, meine Herren von der ÖVP dieses Hauses, konnte diesem Rückgang der Stahl- und Kohlenproduktion und dem Preisverfall bei der Stahl- und Kohlenproduktion nicht Einhalt gebieten. Sie war nicht imstande, auf den nationalen Konjunkturverfall in Italien und in Deutschland irgendwie belebend einzuwirken. In Italien sind Stahlwerke eingestellt worden. Das sind Dinge, an denen wir nicht vorbeigehen können. *(Abg. Zach: Warum dann das Geschrei: Die ÖVP ist schuld!?)* Jeder ernste Mensch muß sich mit dieser Frage beschäftigen. *(Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP. — Landeshauptmannstellvertreter Popp: Zwischenrufe wie in einem Wirtshaus!)*

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Ich bitte um Ruhe! *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Warum so nervös, meine Herren?)*

Landesrat Abg. STIKA *(fortsetzend):* Ich muß mehr schreien als in einer Versammlung.

In der ganzen Welt vollzieht sich eine wirtschaftliche Umgruppierung. Das ist unsere Sorge, die wir haben und die wir hier deutlich zum Ausdruck bringen. Glauben Sie, daß die österreichische Wirtschaft so konsolidiert ist, daß sie so große Rückschläge, die sich jetzt in der Weltproduktion und in der Weltwirtschaft bemerkbar machen, ertragen kann? Oder glauben Sie, daß wir eine Insel der Seligen sind, daß das alles an uns vorübergehen wird? Glauben Sie, daß Sie sagen können: Meinetwegen kann bei einem wirtschaftlichen Erdbeben alles zusammenstürzen, bei uns wird alles stehenbleiben! Das ist doch kein Standpunkt eines ernsten Menschen und vor allem kein Standpunkt einer ernsten Partei, die doch — Hand aufs Herz! — diese Fragen prüfen muß. Und ich nehme doch an, daß wir es mit einer ernsten Partei zu tun haben. *(Präsident SASSMANN übernimmt wieder den Vorsitz.)* Der konjunkturelle Rückschlag in der Weltwirtschaft und in der Weltproduktion wird unserer Ansicht nach sich auch bei uns sehr, sehr bald und vielleicht sehr tief fühlbar machen. Vorläufig haben wir noch eine aktive Handels- und Zahlungsbilanz. Wir leben also noch von dem Erfolg des Jahres 1953. Aber unsere Investitionsgüterindustrie — den Herren, die im Finanz- und Wirtschaftsausschuß waren, habe

ich die Zahlen mitgeteilt — ist bereits rückgängig. Z. B. ist gegenüber dem Jahre 1952 die Produktion gesunken in der Elektroindustrie um 20 Prozent, in der Maschinenindustrie um 18 Prozent, in der Fahrzeugindustrie um vier Prozent und in den Gießereien um 22 Prozent. Der Absatz im letzten Quartal des Jahres 1953 war in diesen Zweigen sogar um 30 Prozent geringer als sonst. Das ist in Österreich der Fall, nicht in Amerika, nicht in England, nicht in Frankreich, nicht in Belgien, sondern bei uns. Wir sind also schon im Schatten des Produktionsrückganges auf den Weltmärkten und in den großen gewaltigen Industriestaaten. Hier liegt die große Gefahr für uns, meine Herren. Wir fühlen sie bereits, denn das Absinken der Produktion bringt automatisch eine Verschärfung des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt mit sich, und werden wir diese Verschärfung bestehen können? Die Exportpreise sind gesunken im Jahre 1951 um 51 Prozent, die Importpreise um acht Prozent. Glauben Sie, daß wir unsere Preise noch tiefer senken werden können? Das ist die Frage, die ich an Sie in dieser ernsten Stunde stelle, meine Herren, und sie ist es, die uns bewegt, Ihnen ins Gewissen zu reden, daß etwas geschehen muß hier in diesem Lande, daß wir nicht stehenbleiben können und daß Sie nicht sagen dürfen, das sei üble Demagogie, was wir Sozi sagen. Ist das nicht unsere Pflicht, als verantwortliche politische Partei im Lande darauf ununterbrochen aufmerksam zu machen?

Sie konnten mich in Ihrer ganzen Diskussion nicht davon überzeugen, daß Sie sich des Ernstes der Situation, des Ernstes der Gefahren, die unserer Wirtschaft von auswärts drohen, vollkommen bewußt sind. Die Rückschläge in der Produktion haben zwei Gefahren, nicht nur die Gefahr des Ansteigens der Arbeitslosigkeit, sondern auch die Gefahr, daß es zu einer Erschütterung der finanziellen Grundlage unserer ganzen Wirtschaft kommt. Ich werde Ihnen das gleich beiweisen.

Die Verschuldung der österreichischen Wirtschaft macht jetzt 19 Milliarden Schilling aus; davon hat die Industrie elf Milliarden, das Gewerbe 2,2 Milliarden, der Handel drei Milliarden, die Landwirtschaft 1,2 Milliarden und die Länder und Gemeinden ungefähr 600 Millionen Schilling zu tragen. Das sind Beträge! Aber das allein wäre vielleicht gar nicht die große Gefahr. Die größere Gefahr liegt noch wo anders! Über den Schuldnern hängt nämlich das Damoklesschwert der kurzfristigen Verschuldung. Von diesen 19 Milliarden Schulden entfallen auf dreimonatliche Verpflichtungen sechs Milliarden, d. h. sie sind in drei Monaten fällig. Die Gewerbetreibenden, die da sind, sollen Ihnen sagen, was es bedeutet, eine Fälligkeit mit drei Monaten zu haben. Sie werden Ihnen klar und deutlich sagen, daß zwölf Wochen bald um sind, nach welchen die Fälligkeit der Schuld eintritt. Von den 19 Milliarden haben 3,9 Milliarden eine Fälligkeit von drei bis 12 Monaten, von über einem Jahr 1,4 Milliarden und von über fünf Jahren 7,7 Milliarden. Wenn es nicht gelingt, diese kurzfristigen Schulden in langfristige Industrieobligationen umzuwandeln, dann kann die geringste Erschütterung auf den Weltmärkten, die geringste Erschütterung in der Weltproduktion das ganze Wirtschaftsgebäude ins Wanken bringen, das wir seit dem Jahre 1945 in Österreich aufgebaut haben und das noch lange nicht so richtig untermauert ist. Aber nun die Kehrseite! Wir haben volle Kassen und große Devisenbestände, aber eine verschuldete Wirtschaft und zwei Milliarden eingefrorene Spareinlagen. Wir freuen uns, daß die Spareinlagen auf fünf Milliarden gestiegen sind, aber wir vergessen, daß sie verzinst werden müssen, jedoch tot in den Kassen liegen. Ich habe kürzlich einen Bericht von der Länderbank gelesen, der monatlich erscheint. Darin wird ausgewiesen, daß die Flüssigkeit 58 oder 59 Prozent der Mittel beträgt. Wissen Sie, was das bedeutet? Das bedeutet, daß mehr als die Hälfte des von den Banken verwalteten Kapitals verzinst werden muß, ohne daß es in der Wirtschaft arbeitet. Früher einmal haben wir uns alle darüber aufgeregt, daß das Geld bei den Leuten in der Tischlade liegt und jetzt hortet man das Geld einfach bei den Kreditinstituten. Ist das nicht genau so gefährlich, ist das nicht genau so eine Gefahr für die gesamte Wirtschaft, und kann die österreichische Wirtschaft diese ungeheure Last tragen? Ich glaube kaum. Sie sagen, wir haben sanierte Banken und Sie sagen weiter, daß wir uns aus eigener Kraft saniert haben. In Wahrheit haben wir uns aber auf Kosten der Wirtschaft saniert, nicht aus eigener Kraft. Daher stehen wir auf dem Standpunkt, daß hier Wandel geschaffen werden muß, und es ist eine unserer primärsten Forderungen, daß die Bankrate gesenkt wird. Sie ist in Amerika, in Deutschland, in Frankreich und auch in England gesenkt worden, warum läßt man sich bei uns so lange Zeit? Neben dieser Forderung, die ja auch die Forderung Ihrer eigenen Wirtschaft ist, verlangen wir noch die Senkung des Zinsfußes für Bankenkredite. Auch dieser muß herunter. Es ist unmöglich, daß heute noch für kurzfristige Kredite elf bis zwölf Prozent gefordert werden. Man muß geradezu Glück

haben, um für 8 oder 8½ Prozent für irgendeine Gemeinde ein Darlehen zu bekommen. Dabei sagen die Geldinstitute, das sei noch billig, bei einem anderen Geschäft verdienen sie elf und zwölf Prozent. So können die Dinge nicht weitergehen, sie bilden für die Wirtschaft eine Gefahrenquelle ohnegleichen. Ich sehe schwarz für die Zukunft, wenn wir nicht die Kraft haben alle miteinander — da gibt es kein Beiseitestehen —, hier Wandel zu schaffen. Billiges Geld für unsere Wirtschaft, Entschuldung der Wirtschaft, das sind die primärsten, dringendsten Forderungen, die wir haben!

Meine Herren, ich komme aus einem armseligen Bezirk. Von insgesamt 90.000 Einwohnern sind 18.000 Rentner, davon ein Drittel Arbeitslosenrentner. Wollen Sie etwa behaupten, daß Ihre Argumente, die Sie vorgebracht haben, bei diesen 18.000 Menschen Gehör finden? *(Abg. Zach: Das kapiere ich nicht!)*

Mein Bezirk ist aber nicht das einzige Notstandsgebiet. Es gibt neben dem Triestingtal ein Traisen- und Gölsental, wo dieselben Verhältnisse herrschen. Wandern Sie einmal durch diese schönen Gegenden, sehen Sie sich das Leben dort an und schauen Sie sich die verödeten Landstriche an! Diese befinden sich heute noch in dem Zustand wie in den Jahren 1945 bis 1947. Wir fordern daher, daß in diesen Notstandsgebieten Notstandsarbeiten gemacht werden. Es genügt da nicht eine vom Landtag bereitgestellte Summe, die es ermöglicht, an 1000 Arbeitsstellen 7000 Arbeiter unterzubringen. Nehmen Sie den Bleistift zur Hand und rechnen Sie einmal nach, Sie werden daraufkommen, daß es schon rein technisch ein Unding ist, wenn auf jede Arbeitsstelle nur sieben Leute kommen.

Nehmen Sie doch die Lage der Arbeitslosen ernst! Sie dürfen nicht glauben, daß die Menschen alles, was Sie hier in der Rage hinausposaunen, als richtig annehmen. Verlangen Sie es wenigstens nicht von uns, daß wir es glauben, wenn Sie es schon der Öffentlichkeit zumuten, daß sie diesen Worten glauben soll.

Wie werden in anderen Staaten diese Fragen behandelt? Auch dafür kann ich Ihnen einige Beispiele bringen. Ich komme wieder auf Frankreich zurück. Frankreich ist ein Land, das heute eine sehr starke, ich glaube sagen zu können, noch auf höchsten Touren laufende Rüstungsindustrie hat. Daneben bröckelt die Konsumgüterindustrie langsam ab. Die französische Regierung — es ist eine bürgerliche Regierung — hat sich mit dieser Frage beschäftigt. Der Ministerpräsident Laniel hat sich den Plan von Faure vorlegen lassen — das ist der Wirtschaftsminister seiner Regierung. In einer eingehenden Sitzung des Gesamtkabinetts wurde dieser Plan beschlossen. Was beinhaltet der Plan? Erschrecken Sie nicht! Die unteren Stufen der Löhne der Arbeiter werden um 15 Prozent pro Stunde erhöht. Die Staatsbeamten bekommen 3000 französische Francs pro Monat Zuschuß. Die Überwälzung der Lohnerhöhungen und des Zuschusses für die Staatsbeamten auf die Preise ist verboten. Durch die Konsumsteigerung ist es zu einer Konjunktursteigerung gekommen. Alles Forderungen, die auch wir österreichische Sozialisten vertreten. Aber durchgeführt wird es nicht in Österreich, sondern in Frankreich.

Der französische Plan sieht auch die Ausdehnung der öffentlichen Investitionen vor. Das ist auch etwas, was wir fordern. In Frankreich ist dieser Plan im Programm der bürgerlichen Regierung enthalten. Von Ihnen aber wird es uns übel angekreidet, wenn wir Sozialisten uns anmaßen, eine solche Forderung zu erheben. Ich verstehe Sie wahrhaftig nicht, obwohl ich bei solchen Fragen sehr tolerant bin.

Der französische Plan verlangt auch eine Verbilligung der Kredite, eine Sache, über die ich schon gesprochen habe. Weiter verlangt er die Förderung der industriellen Investitionen, eine Forderung, die wir auch in Österreich vertreten müssen. Diese Investitionen sind bei uns nur deshalb ins Stocken geraten, weil die Kredite in unserem Lande viel zu teuer sind. Mit den jetzigen Industriekrediten kann niemand seinen Betrieb ausweiten, gar nicht davon zu reden, neue Betriebe zu errichten. Die Tage der ERP-Hilfe sind vorüber. Diese ERP-Hilfe war übrigens für Niederösterreich nie ausschlaggebend, weil man sie uns vorenthalten hat, das wissen Sie genau so wie ich.

Schließlich enthält der französische Plan die Absicht, für langfristige, etwa zehn- bis fünfzehnjährige Industriekredite, zehn Milliarden französische Francs breitzustellen. Sehen Sie, das ist eine Sprache! Zehn- bis fünfzehnjährige Industriekredite werden von der französischen Regierung für Investitionen der Industrie zur Verfügung gestellt und mit einer Garantie des Staates ausgestattet.

Deutschland! Für den Laien ist Deutschland heute noch ein lebhaft pulsierendes Land, das hohe Produktionszahlen erreicht und das einen gigantischen Aufstieg im Export zu verzeichnen hat. Aber die Regierung beschäftigt sich schon heute mit gewissen Maßnahmen. Ich habe Ihnen schon eingangs meiner Ausführungen gesagt, daß die deutsche Montanindustrie und die deutsche Investi-

tionsgüterindustrie im Absinken ist. Diesen Umstand hat die Bonner Regierung sofort zum Anlaß genommen, um sich mit der Frage zu beschäftigen. In Deutschland besteht dafür ein wissenschaftlicher Beirat am Sitz des Wirtschaftsministeriums des Herrn Prof. Erhard, den Sie besser kennen als ich. Welche Vorschläge hat nun dieser Beirat gemacht? Er kommt eingangs seiner Ausführungen zu folgender Feststellung: Zur Sicherung der wirtschaftlichen Expansion muß der Wiederaufbau fortgeführt werden, weil er noch nicht abgeschlossen ist. Die Lebenshaltung der Bevölkerung liegt noch weit unter dem Niveau der westlichen Welt. Und nun verlangt dieser Beirat: Steigerung des Konsums; Wachstum der Industrie; kreditäre Konsumfinanzierung; steuerliche Erleichterungen; Steigerung der Investitionstätigkeit durch Senkung des Kapitalzinses und durch Kreditausweitung für die Industrie und das Gewerbe; öffentliche Investitionen, um die konjunkturellen Rückschläge aufzufangen; Etatsansätze mit Sperrvermerk für öffentliche Investitionen in allen öffentlichen Haushaltsplänen der Länder und auch der Gemeinden, die erst für den Fall einer Krise in Anspruch zu nehmen sind. Das ist Deutschland!

Ich nenne noch ein Land: Amerika. Amerika erzeugt 50 Prozent der Weltproduktion. Die Hälfte der gesamten Weltproduktion entfällt auf die amerikanische Industrie, die daher einen der maßgebendsten Faktoren in der Welt darstellt. In Amerika ist ein starkes Absinken der Produktion infolge der Einstellung des Krieges in Korea und der damit verbundenen Reduzierung der Rüstungskosten zu verzeichnen. Auch in Amerika gibt es einen Beirat, der dem Präsidenten Eisenhower unterstellt ist. Dieser Beirat, das Council of Economy, hat für den Fall, daß sich die Arbeitslosigkeit noch mehr steigern sollte, folgende Vorschläge gemacht: 16,5 Milliarden Dollar sind sofort bereitzustellen. 5356 Bauprojekte — darunter Hafenanlagen und große Straßenbauten — sind in Angriff zu nehmen. Er schlägt weiter vor: Ausbau der Sozialversicherung und Ausbau der Arbeitslosenunterstützung. Also im Gegensatz zum Herrn Graf will man in Amerika die Sozialversicherung und die Arbeitslosenversicherung verbreitern, damit der Konsum gehoben wird. Weitere Vorschläge des Beirates in Amerika: Senkung der Zinssätze trotz der niedrigen zweieinhalbprozentigen Bankrate; eine Steuer- und Budgetpolitik, die sich den wirtschaftlichen Notwendigkeiten jeweils anpaßt, also eine flexible Budgetpolitik; Bundeskredite an alle Einzelstaaten, Städte und Gemeinden für Investitionszwecke. Haben wir so etwas bei uns? Gibt es etwas Ähnliches bei uns? Welche Mühe kostet es doch, von der Bundesregierung für das Land Niederösterreich einige lumpige Millionen zu erreichen! Das bedeutet monatelangen Kampf und langwierige Auseinandersetzungen. Weitere Vorschläge des amerikanischen Beirates: Erhöhung der Stundenlöhne um 75 Cents. In Amerika besteht also nicht die Angst vor der Besteuerung, die der Herr Kollege Hainisch hier ausgesprochen hat. *(Abg. Ernecker: Die Amerikaner haben mehr Geld als wir, sie haben uns Geld geschenkt!)* Ja, so denken die Leute in Schwechat! *(Heiterkeit!)* Das hat mit Geld gar nichts zu tun, das ist eine rein wirtschaftliche Frage. Ich kann leider „Schwechatien" nicht einen Vortrag halten. *(Abg. Ernecker: Warum Amerika mit Österreich vergleichen? Das unfreie Österreich vergleicht er mit Amerika!)* Weiter wird vorgeschlagen, daß Amerika eine aktive Konjunkturpolitik zu machen hat.

Was geschieht gegenüber dem allen aber bei uns, meine Damen und Herren? Bei uns werden wir Sozialisten beschimpft, Sie bemühen sich nachzuweisen, daß alles, was wir Sozialisten tun und fordern, nichts anderes als Demagogie sei. Aber darüber werden andere zu entscheiden haben, ob das, was wir fordern, wahrhaftig Demagogie ist. Sie *(zur Seite der ÖVP gewendet)* haben sich die Sache besonders leicht gemacht. Der Herr Landeshauptmann hat ganz einfach das verlesen, was ihm die Fachreferenten aufgeschrieben haben. Ich will hier den Technikern nicht nahetreten, denn die Techniker wissen selbst, daß das, was der Herr Landeshauptmann hier verlesen hat, nicht das ist, was wir in Niederösterreich brauchen, nämlich ein klares, scharf umrissenes Programm, das sofort in Angriff genommen werden muß, vor allem in den Gebieten, wo die Not am größten ist. Nur ein einziges Programm haben Sie erstellt, und das ist auf vier oder fünf Jahre aufgeteilt, es ist das Programm für die Flußregulierungen von der Schmida angefangen usw., wie halt die einzelnen Flüsse heißen. Sie haben gesagt, wir hätten keine Anträge gestellt und unsere Aufforderungsanträge, die wir im Ausschuß untermauert haben, seien nach Ihrer Ansicht durch die Erklärung des Herrn Landeshauptmannes gegenstandslos geworden.

Ich habe Ihnen schon gesagt, was wir von der Erklärung des Herrn Landeshauptmannes, wie er sie hier abgegeben hat, halten können. Jede Arbeitslosigkeit ist für den Betroffenen ein Unglück, aber darüber hinaus auch für die ganze Nation, meine Herren! Wie die Über-

schwemmungskatastrophe ein großes Unglück für Niederösterreich war, ist es auch die Arbeitslosigkeit. *(Abg. Zach: Wer hat das bestritten?)* Und so wie wir Sozialisten bei der Hochwasserkatastrophe dafür eingetreten sind, daß für die Geschädigten praktisch etwas geschieht, so haben wir zumindest auch das Recht, von Ihnen zu fordern, daß in der Frage der Arbeitslosigkeit etwas Positives, Sichtbares, Erreichbares geschieht. Durch jede Einstellung eines Arbeitslosen erhöhe ich den Konsum, unterstütze ich die Konsumindustrie, jeder Arbeitslose aber, der auf der Straße bleibt, erzeugt einen zweiten Arbeitslosen. Jeder Arbeitslose, den ich unterbringe, gibt wieder einem anderen Beschäftigung. Das ist das große Rätsel, und deshalb fordern wir, daß in der Frage der Arbeitslosigkeit eine fühlbare Entlastung erfolgt. Wir fordern, daß auch das Land Niederösterreich zur Linderung dieser großen Not seinen Beitrag leistet, nicht mehr und nicht weniger. Und das ist es, was uns bewogen hat, die Dinge hier immer wieder zur Sprache zu bringen. Wir kämpfen für die Aufrechterhaltung des Produktionsvolumens in unserem Lande. Das ist aber nur durch erhöhte Investitionen der öffentlichen Hand zu erreichen. Damit meinen wir den Bund, das Land, aber auch die Gemeinden. Ich selbst habe die Bürgermeister der Gemeinden aufgefordert, Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit bereitzustellen. Die Abgeordneten in diesem Saale, die Bürgermeister sind, die werden Ihnen das bestätigen. Wir treten also nicht nur an den Bund heran, sondern wir kommen auch zu den Gemeinden und natürlich auch zu Ihren Gemeinden. Die Gemeinden haben hier eine ungeheure Verpflichtung zu erfüllen, denn sie haben an dem Elend selbst mitzutragen und daher auch mitzuhelfen, daß das Elend beseitigt werden kann.

Wir fordern weiter Förderung des Exports, Ausweitung des Konsums und Erhöhung der Löhne. Wir sind eine Partei, die für die Vollbeschäftigung ist. Wir haben die Forderung nach Vollbeschäftigung in unser Programm hineingenommen, wir haben daher die Verpflichtung, dafür einzutreten. Wie wir die Vollbeschäftigung durchführen wollen, das haben wir in unserem Wirtschaftsprogramm veröffentlicht, und zwar durch Ausbau der Wasserkräfte, volle Elektrifizierung der Bundesbahnen, Hebung der Landwirtschaft, Schaffung neuer gewerblicher und industrieller Produktionsstätten! Dieses Programm haben wir im Sommer 1953 veröffentlicht. Ihre Antwort darauf war: Was die SPÖ da fordert, führt schnurgerade zur Inflation! Wir brauchen uns darüber nicht näher auseinanderzusetzen, denn ich würde es für verlorene Mühe halten. Ich sage Ihnen nur, daß wir Sozialisten die größten Gegner der Inflation sind, denn jede Inflation belastet den Arbeiter und Angestellten auf das schwerste. Wer Waren oder sonst etwas zu verkaufen hat, braucht keine Inflation zu befürchten, wer aber nur seine Arbeitskraft — ob manuelle oder geistige — zu verkaufen hat, hat die schwerste Bürde bei einer Inflation zu tragen. Das wissen wir, daher ist der Vorwurf, daß wir eine inflationistische Wirtschaftspolitik betreiben, nicht am Platze, er ist fehl am Platze, und kein Mensch wird Ihnen glauben.

Die Frage der Arbeitsbeschaffung ist in unseren Augen keine politische Frage. Wir haben für alle arbeitschaffenden Maßnahmen hier in diesem Hause und in den Ausschüssen gestimmt. Wir werden für alle wirtschaftsfördernde Maßnahmen, die Sie hier auf die Tagesordnung setzen, stimmen, aber nur dann, wenn sie echt und nicht mit politischen Forderungen Ihrerseits verbunden sind, denn mit der Not der Arbeitslosen kann man keine Politik treiben. *(Abg. Endl: Der Herr Landeshauptmann hat keine unechten Maßnahmen gesetzt!)* Das lehnen wir ab, das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Die ÖVP glaubt, aus den wirtschaftlichen Notwendigkeiten eine Machtfrage machen zu können. *(Abg. Endl: Liegt und ganz ferne!)* Gerade Sie, Herr Vizepräsident, haben gesagt: Wir von der ÖVP sind die Mehrheit, wir lassen uns nichts mehr dreinreden! *(Abg. Endl: Das ist eine Lüge, ich habe gesagt, wir lassen uns nicht an die Wand drücken!)* Das ist Machtpolitik, die hier zutage tritt. Machen Sie sie weiter, meine Herren, aber vergessen Sie nicht, daß der Staat und seine Wirtschaft mit dem sozialen Frieden steht und fällt. Wer den sozialen Frieden in diesem Staat stört, der ist ein Totengräber dieses Staates! *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ. — Rufe: Sehr richtig!)* Das sage ich Ihnen! *(Abg. Stangler: Soll das eine Feststellung oder eine Drohung sein!)* In Ihren Reihen sind gewisse Elemente, denen der soziale Friede nicht paßt. Gehen Sie diesen Weg, wenn Sie glauben, ohne Arbeiter oder gegen die Arbeiter jemals in diesem Staat regieren zu können. Dieser Weg führt aber dann zu einer ähnlichen Katastrophe wie im Jahre 1934. Damals haben Sie mit ähnlichen Methoden begonnen, und der Staat ist untergegangen. Nur durch einen Zufall der Weltgeschichte ist er wieder erstanden. Wenn er aber jetzt wieder durch eine Politik, die ich für wahnsinnig halte, zugrunde geht, dann steht er nicht mehr auf, dann ist es endgültig vorbei. In der Welt haben sich gewaltige Ver-

änderungen vollzogen. Damals im Jahre 1934 hat der Weg in Berlin geendet. Wenn Sie heute denselben Weg gehen, dann endet er in Moskau, weil Berlin nicht mehr ist. Das nehmen Sie zur Kenntnis. Wenn Sie glauben, Machtpolitik treiben zu können, dann kann ich Sie daran nicht hindern, aber ich kann Ihnen eines sagen: Es gibt nur e i n e n politischen Kurs: entweder den politischen Kurs des Ballhausplatzes oder den politischen Kurs des Minoritenplatzes! Beide nebeneinander kann es nicht geben. Nehmen Sie das zur Kenntnis! *(Abg. Zach: Sehr interessant!)* Sie werden aber wahrscheinlich erst zu spät daraufkommen, wie richtig das ist, was ich gesagt habe. *(Abg. Endl: Hoffentlich nicht der Kurs der Wienzeile!)*

Die Forderungen, die wir aufgestellt haben, sind gerecht und billig. Wir fordern nichts Unmögliches, das können Sie uns wirklich nicht vorwerfen, wenn wir die Interessen der Arbeiter und Angestellten in diesem Lande vertreten, die in ihrer übergroßen Zahl unsere Wähler sind. Wir haben auf unsere Fahne die Forderung nach Vollbeschäftigung geschrieben, wir werden sie auch aufrechthalten *(Abgeordneter Endl: Das haben auch wir auf unsere Fahne geschrieben!)* und für die Verwirklichung dieser Forderung kämpfen.

Wenn Sie heute unseren Antrag als gegenstandslos ablehnen, sehr verehrte Anwesende, dann ist damit der Gegenstand nicht von der Tagesordnung gestrichen. Er ist deshalb nicht gestrichen, weil wir nicht schweigen werden, weil wir nicht schweigen können. Nehmen Sie zur Kenntnis: nicht schweigen können! Wir haben die Interessen unserer Wähler zu vertreten, und unsere Wähler haben ein Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung.

Ich muß Ihnen aber noch etwas sagen. Seit dem Jahre 1945 bis zum Jahre 1953 waren es die Arbeiter und die Angestellten, die den Wiederaufbau der Wirtschaft dieses Staates ermöglicht haben. *(Ruf bei der ÖVP: Die Bauern nicht?)* Obwohl es schon gesagt wurde, unterstreiche ich das noch einmal. Glauben Sie aber ja nicht, daß man deshalb, weil es dem Staat jetzt vielleicht etwas besser geht, Menschen um ihre Errungenschaften, um die sozialen Früchte ihrer Leistung bringen kann! *(Abg. Ernecker: Wer? Wer? — Abg. Endl: Wer will das? Das ist doch eine Verdrehung! Wer hat denn mitgestimmt für die Sozialgesetze im Parlament?)* Der Präsident Eisenhower hat am 3. Februar anläßlich einer Pressekonferenz über die Wirtschaftslage in Amerika folgenden Satz gesagt — er gilt auch für unser Land, er gilt auch für Österreich: „Wir dürfen nicht außer acht lassen, daß die Blüte der Vereinigten Staaten auf dem Gedeihen der breiten Arbeitermassen beruht." Sie haben gehört: „auf dem Gedeihen der Arbeiter beruht"! Das ist auch bei uns der Fall! Die 350.000 Arbeitslosen — zusätzlich ihrer Angehörigen — sind ein Warnungszeichen für alle. *(Abg. Endl: Sagen Sie, Herr Landesrat Stika, sind wir Kapitalisten oder sind wir auch Arbeiter?)* Ich kann mich darauf nicht einlassen *(Abg. Endl: Na also!)*, aber wie die Arbeiterinteressen vertreten werden, das spielt eine große Rolle *(Abg. Ernecker: Trau dich! Heraus damit!)*, und die Vertretung dieser Interessen spielt in der ÖVP nicht die erste Rolle. *(Abg. Endl: Warum? Weil wir uns trauen, die Wahrheit zu sagen?)* Sie ziehen an einem Strang mit der KP. *(Abg. Endl: Mit der KP haben wir nichts zu tun!)*

Wir werden also hier unsere Pflicht erfüllen *(Abg. Endl: Wir auch!)*, aber auch die Interessen der Arbeiterschaft wahren, die wir zu vertreten haben. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. F e h r i n g e r.

Abg. FEHRINGER: Sehr geehrte Mitglieder des niederösterreichischen Landtages! Der Herr Landesrat Stika hat uns — ich möchte sagen — einen sehr interessanten Vortrag gehalten. Die Haltung, die er eingenommen hat, war sehr amerikanisch. Er sprach über die Zusammenhänge der Weltwirtschaft und ihre Auswirkungen auf Österreich. Ich möchte Sie aber nicht fragen, was Sie gesagt hätten, wenn der Herr Landeshauptmann Steinböck unsere Anfrage von diesem Gesichtspunkt aus beantwortet hätte.

In Ihrem Minderheitsbericht steht ein lapidarer Satz: „Entscheidend ist, daß es in Niederösterreich nahezu 60.000 Arbeitslose gibt." Ich weiß aber nicht, wie ein Landesregierungsmitglied bei der Debatte in diesem Hause über den Arbeitsmarkt in Österreich zu solchen Ausführungen gelangen kann. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Das verstehen Sie wirklich nicht!)* Herr Landeshauptmannstellvertreter, das wird auch die niederösterreichische Bevölkerung nicht verstehen.

Es wurde heute zum x-ten Male von Zahlen gesprochen und sogar dem Herrn Landeshauptmann vorgeworfen, daß er in seinem Bericht ein Spiel mit Zahlen getrieben habe. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Das glaube ich!)* Die Sache geht so weit, daß nicht nur Zahlen verdreht werden — zum

Beispiel 56.000 auf 65.000, aber das kann ja passieren —, sondern es wird sogar vom Herrn Abg. Staffa behauptet, der Herr Landeshauptmann hätte gesagt, die Arbeitslosigkeit sei nicht so arg in Niederösterreich. Meine sehr geschätzten Herren, wenn Sie so zu ernsten Ausführungen Stellung nehmen, dann wird es nicht möglich sein, dieses Problem in Zusammenarbeit irgendwie gedeihlich zu behandeln.

Ich möchte überhaupt einmal feststellen, daß es keine Partei gibt, die nicht die Vollbeschäftigung auf ihre Fahne geschrieben hätte. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Die Arbeitsmarktlage bewegt sich gleichsam zwischen zwei Grenzsteinen. Den einen möchte ich die Vollbeschäftigung nennen und den anderen die Arbeitslosigkeit. Da ergibt sich nun schon aus diesen beiden Grenzen die Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit so zu kennzeichnen, daß ich die Zahl der vorgemerkten Arbeitsuchenden und die Zahl der Beschäftigten heranziehe. Solange Sie sich nicht bemühen, bei der Beurteilung der Sachlage diese beiden Zahlen in ein Verhältnis zu bringen, werden Sie immer die Absicht — wenn auch nicht offen — zur Schau tragen, daß Sie den Leuten etwas vorspiegeln. Wichtig ist, daß die Verhältniszahl von diesen beiden Exponenten richtig errechnet und damit die Lage gekennzeichnet wird.

Wenn wir gegenüber Dezember 1952 um 42.000 mehr Beschäftigte hatten und um 5000 weniger Arbeitslose, dann werden Sie zugeben, daß ich nicht das richtige Bild erhalte, wenn ich nur immer die Arbeitslosenziffern miteinander vergleiche. Ich möchte daher anregen, daß mit Indexziffern die Sachlage richtig gekennzeichnet wird.

Etwas, was auf Ihrer Seite immer einen Widerspruch auslöst, ist die Betrachtung über echte und unechte Arbeitslosigkeit. Es ist selbstverständlich, daß jeder, der arbeiten will, der Arbeit sucht und geneigt ist, unter allen Umständen Arbeit anzunehmen, ein echter Arbeitsloser ist. Ich möchte Ihnen nur ein Beispiel anführen. Ein Walzenführer bei einer Baufirma wird arbeitslos, weil die Bautätigkeit eingestellt ist. Und nun hätte er die Möglichkeit, in einer Kistentischlerei unterzukommen und Arbeit zu bekommen. Die Entlohnung ist nach dem Kollektivvertrag der Kistentischler geringer als die Arbeitslosenunterstützung, die der Mann auf Grund seiner Einzahlungen als Walzenführer hat. Dieser arbeitslose Walzenführer sagt nun: Ich gehe doch dorthin nicht arbeiten, damit ich weniger verdiene, als ich Unterstützung erhalte. Ich muß Sie nun fragen: Ist das ein echter oder unechter Arbeitsloser?

Ich möchte selbst Ihre Stellungnahme zu diesem Problem beleuchten. Oft wurde darüber schon gesprochen, daß im Jahre 1937 die Arbeitslosenunterstützung eine Fürsorgemaßnahme war, daß sie aber derzeit einen Versicherungsanspruch darstellt und daß daher ein größerer Personenkreis bei den Arbeitsämtern vorgemerkt ist. Ich möchte Ihnen nun dazu nicht meine oder unsere Überlegungen vorsetzen, sondern Ihnen nur sagen, was im Organ der Sozialistischen Partei in der Steiermark, in der „Neuen Zeit", vom 9. Mai 1953 im Leitartikel zu lesen war. Da stand nämlich *(liest)*: „Wir wissen, daß im vergangenen Winter die Bauarbeiter den Löwenanteil der Arbeitslosigkeit bestritten haben. Wenn man beispielsweise einige Bauunternehmungen des obersteirischen Industriegebietes herausnimmt, so wird man bald feststellen können, daß die Arbeiter, die nicht zum Stammkader gehören, fast ausschließlich aus dem Burgenland oder aus den südöstlichen Teilen der Steiermark, also aus fast rein landwirtschaftlich bestimmten Gebieten kommen. Nach Beendigung der Bausaison kehren diese Menschen wieder in ihre Heimatorte zurück und melden sich ordnungsmäßig bei ihren zuständigen Arbeitsämtern als arbeitslos an." Dann schreibt der Artikel noch über die vielen Motorräder, die bei den Arbeitsämtern stehen und daß es diesen unechten Arbeitslosen nicht allzu schlecht geht. Dann heißt es in dem Artikel wörtlich weiter *(liest)*: „Das muß einmal offen ausgesprochen werden, wenn man das Elend der echten Arbeitslosen, also jener, die wirklich einzig und allein von ihrer Unterstützung mit ihrer ganzen Familie leben müssen, kennengelernt hat." Also selbst ein Presseorgan Ihrer Partei stellt fest, daß es eine echte und eine unechte Arbeitslosigkeit gibt. Ich finde es also wirklich als demagogisch, wenn unsere Hinweise, daß die Zahl der unechten Arbeitslosen die Zahl der echten Arbeitslosen erhöht, von Ihrer Seite mit solchen Argumenten abgetan werden, wie es Ihre Redner getan haben.

Ich möchte mir aber noch erlauben, auf folgende Stelle in Ihrem Minderheitsbericht hinzuweisen. Da heißt es auf der ersten Seite im dritten Absatz *(liest)*: „Obwohl nach dem Stand der Witterung kein Anlaß für die Einstellung oder Einschränkung der Bautätigkeit gegeben war, nahm in der Folge die Zahl der Arbeitslosen ständig zu." Ich möchte Sie einladen, sich einmal den Westbahnhof anzuschauen. Sie sehen dort die ganz neuen, modernen, schön geschwungenen Dächer über den Bahnsteigen, sie sind teilweise gestützt, der Mörtel ist herabgebröckelt, an einer Stelle

ist das ganze Dach eingestürzt und die Rippen der Eisenkonstruktion ragen in die Luft. Ich kann mich erinnern, daß im Dezember an diesen Dächern noch gebaut wurde, man hat Planen darübergehängt und sogar Koksöfen aufgestellt. Ich habe mich über die große Anzahl dieser Öfen gewundert, die dort ständig gebrannt haben, um ein Gefrieren des neuangeworfenen Mörtels zu verhindern. Heute fällt aber dieser Mörtel teilweise herunter. Welcher private Bauherr oder welche öffentliche Hand könnte es sich erlauben, so lange zu bauen, bis der Mörtel nicht mehr trocknen kann, weil eben die Kälte eintritt, und daher die ganze Arbeit umsonst ist? Wir können aber feststellen, daß wir im Herbst wirklich eine sehr günstige Witterung gehabt haben und es daher möglich war, die Bautätigkeit lange durchzuführen.

Sie schreiben dann in Ihrem Minderheitsbericht weiter *(liest)*: „Unter diesen Umständen mußte es jedermann, vor allem aber den verantwortlichen Stellen des Landes klar sein, daß bei Eintritt winterlicher Bedingungen die Arbeitslosigkeit sprunghaft ansteigen werde." Ich muß zu diesem Satz wirklich nur ja sagen. Das war uns auch klar und es hat niemand irgend etwas anderes gedacht. Ich muß mich aber darüber wundern, daß es Ihre Partei fertiggebracht hat, mit Ende Jänner, und zwar am 22. Jänner 1954, Delegationen, bestehend aus Vertretern der Gewerkschaft der Bauarbeiter und der Arbeiterkammer, zu den Bezirkshauptleuten zu schicken und zu fordern, daß ein Sofortprogramm zur Überbrückung des Notstandes gemacht werden muß. Meine sehr geehrten Herrschaften, das ist Demagogie! Erkennen, daß die Arbeitslosigkeit entsprechend den Witterungsverhältnissen sprunghaft in die Höhe gehen wird und zur selben Zeit Delegationen mit solchen Forderungen schicken, das ist Demagogie, da kann ich mir nicht helfen.

Ich muß Sie aber noch auf folgendes aufmerksam machen. Mir steht hier ein Bericht für das Jahr 1953 des Landesarbeitsamtes Niederösterreich zur Verfügung, und aus diesem Bericht geht klipp und klar hervor: Schlechter Start im Frühjahr 1953! Sie schreiben aber in Ihrem Minderheitsbericht *(liest)*: „Als Beweis diene das Vorjahr, dessen Arbeitslosenstand, obwohl niedriger als heuer, nur durch die Erstellung eines Frühjahrsarbeitsprogramms eingeschränkt werden konnte." Der Bericht des Landesarbeitsamtes sagt beinahe das Gegenteil. Es entbehrt daher auch diese Stelle in Ihrem Minderheitsbericht jeder Wahrheit.

Sie haben am 15. Oktober 1953 einen Antrag auf Erstellung eines Arbeitsprogramms eingebracht, obwohl nicht nur im allgemeinen, sondern auch bei den einzelnen Sparten der Beschäftigten, so in der Metallindustrie, in den holzverarbeitenden Betrieben, ja sogar in der Textilwirtschaft, die Monate November und Dezember 1953 als diejenige herausgestellt werden, in welchen die Beschäftigtenlage besser war als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Gerade zu dieser Zeit aber fühlen Sie sich berufen, eine ständig wachsende Arbeitslosigkeit festzustellen und dementsprechende Anträge vorzubringen! Seien Sie mir nicht ungehalten, wenn ich mich aus diesen beiden Feststellungen allein des Eindruckes nicht erwehren kann, daß Sie einen bestimmten Zweck mit Ihren Hinweisen auf die ständig wachsende Arbeitslosigkeit in diesem Lande verfolgen. Es ist sicherlich für Sie ein Erfolg gewesen, daß zugleich mit diesen Ihren Hinweisen diese Kältewelle gekommen ist, aber gerade jetzt mit ihrem Abklingen wird sich etwas anderes erweisen.

Herr Landesrat Stika hat davon gesprochen, daß das Geld in den Tischladen gehortet wird und es in der Wirtschaft fehlt. Ich bin mit ihm vollkommen einer Meinung. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Hat er nicht gesagt! — Landesrat Stika: Gehortet wurde!)* Herr Landesrat Stika, darf ich annehmen, daß diese Hortung in der heutigen Zeit für die Wirtschaft genau so schädlich ist? Dürfte ich Sie bitten, Herr Landesrat Stika, mit Ihrem Einfluß im Gewerkschaftsbund dahingehend tätig zu wirken, daß die Gelder, welche der Gewerkschaftsbund hat, in der gleichen Form, wie es das Land oder einzelne Gemeinden in Niederösterreich machen, als Wohnbauförderungsbeitrag ausgeschüttet werden, zumindest zu einem Teil? Wir wissen ganz genau, wieviel Gelder dort gehortet werden. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Vielleicht geht sogar unser Finanzreferent zur Arbeiterbank, um für das Land Kredit zu bekommen! — Abg. Hainisch: Wird er dort etwas kriegen, Herr Landeshauptmannstellvertreter? — Landeshauptmannstellvertreter Popp: Er hat schon gekriegt! — Abg. Ernecker: Wir zahlen ja auch ein, das sind unsere Kreuzer! — Landeshauptmannstellvertreter Popp: Bist du gewerkschaftlich organisiert? — Abg. Ernecker: Dreißig Jahre!)*

Ich möchte mir dann noch erlauben, auf folgendes hinzuweisen. Vielleicht können Sie sich, Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp, erinnern, daß einmal in der Landesregierung von einem Sonderbauprogramm im Wasserbau die Rede war. Gleich in einer der darauffolgenden Landtagssitzungen hat dann Herr Präsident Wondrak alle jene Fluß-

regulierungsbauten *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Von denen ihr nur geredet habt, für die wir aber einen Antrag eingebracht haben)*, von denen in diesem Programm die Rede war, in einem Antrag genannt und diesen hier eingebracht. Diesen Antrag haben wir abgelehnt. Sie werden zugeben, daß das eine Demagogie ist, wenn man auf der anderen Seite *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Vom August an habt ihr das Programm entwickelt und heute sind noch nicht einmal die Projekte fertig, nicht einmal heute! — Abg. Endl: Die sind schon längst fertig! — Landesrat Stika: An der Schmida hat noch kein Mensch jemand arbeiten gesehen!)* hinhorcht und das, was man hört, dann in einem Antrag faßt und ihn einbringt. Es ist im Wasserbau nicht möglich, bei diesen Witterungsverhältnissen Arbeiten an den Flußläufen durchzuführen. Sie werden schon sehen, was geschieht, Sie werden angenehm enttäuscht sein; und ich hoffe, daß Sie, Herr Landesrat Stika, sich auch wirklich einmal freuen werden können.

Sie haben übrigens einen Satz ausgesprochen, der mir sehr gut gefällt. Sie sagten: Wir leben von den Errungenschaften des Jahres 1953. Diesen Satz möchte ich wirklich hundertprozentig unterstreichen. *(Abg. Zach: Es ist eingetreten, was prophezeit wurde!)* Denn in diesem Jahre wurde alles erfüllt, was wir versprochen haben. Unsere Versprechungen sind tatsächlich eingetreten, nur Ihre Prophezeiungen nicht, die Sie vor den Wahlen im Jahre 1953 ausgesprochen haben. Selbst die Rentenlüge war eine solche Prophezeiung, die nicht eingetreten ist. Das können Sie heute nicht mehr bestreiten. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Heiterkeit bei den Sozialisten.)*

Herr Landesrat Stika, Sie haben gesagt, der Sparer sei ein halber Konsument. Das ist aber nur zeitbedingt, nämlich solange er spart. Wenn er dann aber seine Ersparnisse ausgibt, dann ist er vielleicht ein eineinhalbfacher Konsument. Das ist ja letzten Endes auch der Zweck des Sparens, daß ich nicht spare, um immer darben zu müssen, sondern um später größere Ausgaben machen zu können. Ich kann dann das Geld ausgeben und dadurch erreichen, daß es mir eine Zeitlang besser geht. *(Landesrat Stika: Da haben Sie mich falsch verstanden! Ich habe gesagt: Die Spargelder, die totliegen, die müssen wir mobilisieren. Das ist bis heute nicht gelungen!)* Sie haben gesagt: Der Sparer ist ein halber Konsument. Ich möchte also wiederholen: Der Sparer ist nur zeitweise ein halber Konsument, er wird aber dann zu einem eineinhalbfachen oder mehrfachen Konsumenten.

Ihr Forderungsprogramm enthält buchstäblich alles, es ist gleichsam als das Forderungsprogramm der Forderungen zu kennzeichnen. Wenn darum auch vom sozialen Frieden gesprochen wurde, dann muß ich sagen, daß Ihre Rentenlüge nicht dazu beiträgt, den sozialen Frieden zu fördern. Durch diese Lüge werden die Gemüter nicht nur erhitzt, sondern sie geraten darüber hinaus in Aufregung. Sie werden sich des Erfolges, den Sie auf Grund der Rentenlüge gehabt haben, nicht lange erfreuen, denn Lügen haben kurze Beine. Wir von der ÖVP gehen mit Optimismus den kommenden Landtagswahlen entgegen.

Sie bezeichnen sich immer als eine Partei des Fortschritts. Möge doch auch einmal in Ihrer Gesinnung dieser Fortschritt zu verzeichnen sein! Ich glaube, daß es dann möglich sein wird, mit Ihnen das Problem der Arbeitslosigkeit oder die Arbeitsmarktlage überhaupt sachlich zu diskutieren und mit Ihnen zu Entschlüssen zu kommen, die auch wir unterstreichen können. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Sie haben ja unsere Anträge im Ausschuß abgelehnt! Das nennen Sie sachliche Diskussion?)*

Ich kann zu Ihren Forderungen nur sagen, daß unsere Resolutionsanträge, die der Abgeordnete Zach eingebracht hat, konkrete Dinge enthalten. Wenn auch Sie mit solchen konkreten Dingen kommen, könnten wir mit Ihnen darüber reden. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Lizitation Nummer drei!)* Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich bin davon überzeugt, daß wir in zwei, drei Monaten ohne weiteres über die Auswirkungen dieser Resolutionsanträge reden werden können. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Wir werden sogar für Ihre Resolutionsanträge stimmen! Ich bin nur neugierig, ob Sie auch für unsere Anträge stimmen werden. — Abgeordneter Zach: Die müssen wir uns zuerst anschauen! — Landeshauptmannstellvertreter Popp: Sie haben die Anträge nur eingebracht, weil Sie durch unsere Anträge dazu gezwungen waren!)*

Vollbeschäftigung und Arbeitslosigkeit sind die Grenzsteine. Wenn Sie glauben, den Grenzstein der Arbeitslosigkeit so versetzen zu müssen, daß die Arbeitsmarktverhältnisse in Niederösterreich als außerordentlich schlecht dargestellt werden können, oder wenn Sie glauben, ihn so zu versetzen, daß der Eindruck entstehen soll, die Hausherren in diesem Lande tun nichts gegen die Arbeitslosigkeit, dann haben Sie sich schwerstens geirrt. Wir werden, so wie bei allen

anderen Gelegenheiten, als gute österreichische Arbeiter unsere Pflicht erfüllen *(Abgeordneter Ernecker: Sehr richtig!)*, genau so wie z. B. 1950, wo nicht nur sozialistische Arbeiter auf ihrem Posten gestanden sind, sondern, Gott sei Dank, auch die „Reaktionäre", wie sie der Herr Landesrat Stika bezeichnet hat. Es ist nicht unsere Art, jederzeit von unserem Einsatz für unser Vaterland zu sprechen, nichtsdestoweniger möchte ich aber mit Stolz sagen: Auch die Bauern unseres Bezirkes sind damals in der Bezirksstadt gestanden und haben dem Spuk, der heraufbeschworen wurde, ein jähes Ende bereitet. Anerkennen Sie auch diese Leistung, genau so wie wir die Leistung jedes Arbeiters in der damaligen Zeit anerkennen! So wie wir damals in Niederösterreich als Grenzwächter gestanden sind, so werden wir auch in der Arbeitsbeschaffung Hüter des Grenzsteines „Vollbeschäftigung" sein! *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Herr Präsident Wondrak hat das Wort.

Abg. WONDRAK: Sehr verehrte Frauen und Herren des Landtages! Es wurde in der Diskussion auch darüber gesprochen, daß die Wiederholung der Aussprache über das Problem der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich eigentlich nicht notwendig wäre. Es wurde behauptet und darauf hingewiesen, daß in der vergangenen Woche in großen Zügen bereits dieselbe Frage vom niederösterreichischen Landtag diskutiert worden ist. Aber wir müssen feststellen, daß das Ergebnis der Aussprache in der vergangenen Woche den niederösterreichischen Arbeitslosen nichts genützt hat, denn die Arbeitslosigkeit — das zeigen die Wochenberichte der Arbeitsämter — ist weiter gestiegen. Es ist für uns Sozialisten eben eine Selbstverständlichkeit, daß wir, solange die Arbeitslosigkeit steigt, nicht Ruhe geben können, damit das Land Niederösterreich das tut, was nur irgend möglich ist, um wenigstens eine teilweise Beschränkung der Arbeitslosigkeit zu erreichen.

Immer wieder wird das Spiel gespielt, daß die heutige Arbeitslosigkeit keine echte sei. Es werden sogar aus sozialistischen Zeitungen einige Abschnitte aus einem zusammenhängenden Artikel vorgelesen, und man glaubt damit beweisen zu können, daß auch wir Sozialisten die Auffassung haben, daß die 300.000 Menschen, die in Österreich heute ohne Beschäftigung sind, wenigstens zu einem beträchtlichen Teile es nicht notwendig haben, einen Arbeitsplatz zu suchen. Das Spiel wird noch dadurch immer komplizierter gemacht, daß man darauf verweist, daß die Zahl der Beschäftigten in Österreich beträchtlich größer geworden sei und daß schon aus diesem Umstand hervorgehe, daß die Arbeitslosigkeit in dem Ausmaß, wie wir Sozialisten es darstellen, in diesem Land nicht bestehe. Rufen Sie einmal, wenn es möglich wäre, die 300.000 Arbeitslosen zusammen und gehen Sie mit den Reden, die heute hier von Ihrer Seite gehalten wurden, vor die Arbeitslosen und erzählen Sie ihnen diese Dinge! Dann werden Sie zu hören bekommen, daß die Menschen, die aus der Wirtschaft ausgeschaltet sind, für alle diese Dinge kein Verständnis haben. Mit allen theoretischen Zahlen, mit allen volkswirtschaftlichen Theorien können Sie diesen Leuten nicht begreiflich machen, daß es eine Wirtschaftsordnung gibt, die es ihnen verweigert, wenn sie arbeiten wollen, auch tatsächlich arbeiten zu können. Und das allein ist das Entscheidende. Es muß eben, wenn mehr Menschen in den Produktionsprozeß einströmen, eine Entwicklung in der Wirtschaft geben, die es ermöglicht, diese steigende Zahl von Menschen auch wirklich in den Arbeitsprozeß einzuschalten. Ist die Wirtschaft dazu nicht in der Lage, dann beweist sie, daß es hunderttausende Menschen geben muß, die jahraus, jahrein arbeitslos sind. Können wir glauben, daß man heute diesen Zehn- oder Hunderttausenden von Menschen — im Durchschnitt des vergangenen Jahres waren es mehr als 180.000 — zumuten kann, auf lange Zeit hinaus überhaupt keine Arbeit zu haben, ja vielleicht sogar von ständiger Arbeitslosigkeit bedroht zu sein?

Wenn hier darüber geredet wurde, daß die Bauarbeiter der oberen Steiermark meistens aus dem Burgenland kommen, die sich, wenn sie nach Hause gehen, bei ihren Arbeitsämtern melden und doch nicht echte Arbeitslose sein sollen, weil sie vielleicht eine kleine Wirtschaft haben, eine Zwergwirtschaft betreiben, von der jeder weiß, daß sie nicht davon leben können, so müssen wir auch diese Menschen als echte Arbeitslose anerkennen, weil sie unter den vollständig geänderten Produktionsverhältnissen in der Landwirtschaft eben außerstande sind, sich mit diesem kleinen Grundbesitz eine Existenz zu sichern. Sie sind auch nicht zum Vergnügen in den Industriegebieten über die Sommermonate als Bauarbeiter tätig, denn sie müssen dort unter Verzicht auf die gewohnten Wohnungsverhältnisse, unter Verzicht auf das Zusammenwohnen mit ihrer Familie und unter dem Umstand des zeitraubenden Nachhausefahrens, entweder am Wochenende oder einmal im Monat, arbeiten. Das sind also lauter

Erschwernisse, die kein Mensch auf sich nimmt, wenn er nicht durch seine wirtschaftliche Lage genötigt ist, einer Lohnarbeit nachzugehen. Ich bitte, das zu beachten und doch damit aufzuhören, die Dinge so anzusehen, daß von einer echten und unechten Arbeitslosigkeit gesprochen werden muß. Es wird immer einige Menschen geben, die jede soziale oder gesellschaftliche Einrichtung zu ihrem Vorteil auszunützen trachten. Dieser Umstand berechtigt aber nicht, angesichts eines so großen Heeres von Arbeitslosen, davon zu reden, daß diese Menschen einfach nicht als arbeitslos anerkennt werden können.

Wir haben die Meinung vertreten, daß die Antwort des Herrn Landeshauptmannes auf die Anfrage, die er sich hat stellen lassen, uns natürlich nicht genügt. Aus seinen Ausführungen und Zahlen haben wir nur gehört, daß im Jahre 1953 — ich will die Zahlen nicht wiederholen — soundso viele Baustellen mit soundso vielen Beschäftigten vorhanden gewesen sind. Darum haben wir aber nicht gefragt, und darum fragen auch nicht die Arbeitslosen. Die Arbeitslosen fragen vielmehr darum, wo sie jetzt und wo sie im Frühjahr 1954 arbeiten werden können. Sie fragen auch nicht darum, welche Mittel bereitstehen. Zu der nebulosen Zahl von 233 Millionen Schilling, die als Globalsumme bekanntgegeben wird und mit der man nichts anfangen kann, muß man sagen, daß man, wenn man das Budget noch so gewissenhaft durchschaut — ich habe mir diese Mühe genommen —, bei weitem nicht an diesen Betrag herankommt, der hier leichtfertig als bereitgestellter Betrag für Arbeitsbeschaffung angegeben worden ist. Es geht darum, Hoher Landtag, was kann und was wird geschehen, damit wir diese Zeit der Arbeitslosigkeit abkürzen können. Es ist ganz unwichtig, wenn man immer wieder davon spricht — fast jeder Redner hat sich damit beschäftigt —, bei 20 Grad Kälte Arbeit zu verlangen sei eine Leuteschinderei, sei ein asoziales Verlangen, das man nicht stellen darf. Auch wir sind der Meinung, daß es bestimmte Arbeiten gibt, die während dieser Kälteperiode nicht gemacht werden können; das ist unbestritten und das wird auch niemand sagen. Worauf es aber ankommt, ist, daß Vorsorge dafür getroffen wird, daß diese Arbeiten bereitgestellt werden, damit die Menschen wenigstens in kürzester Zeit die Hoffnung haben, daß sie wieder in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden. Ich habe schon das letzte Mal gesagt, daß es viel dringender ist, dafür zu sorgen, daß die Menschen schon in kürzester Zeit sehen, daß irgend etwas gemacht wird, daß sie also Arbeit finden werden, als darüber zu reden, daß es jetzt so bitter kalt ist, daß es nicht möglich ist, verschiedene Arbeiten anzufangen.

Nun haben wir heute in einem Antrag einige Dinge gefordert, von denen wir überzeugt sind, daß sie eine Notwendigkeit sind. Die Anträge des Herrn Abg. Zach decken sich in einigen Fragen wieder mit dem, was wir gefordert haben. Was fordern wir? Wir verlangen, daß unverzüglich die Aufträge, welche die Landesverwaltung im heurigen Jahr vergeben kann, hinausgegeben werden, damit die Arbeitsvorbereitungen getroffen werden können. Es kommt uns daher etwas sonderbar vor, wenn nun in einem Antrag des Herrn Abg. Zach die Landesregierung aufgefordert wird, daß die 30 Millionen Schilling für die Wohnbauförderungsdarlehen und die 13 Millionen Schilling für den Landesschulbaufonds sowie die zwei Millionen für den Ausbau der Spitäler sofort bereitgestellt werden sollen. Dazu bedarf es natürlich keiner Aufforderung, wenn Sie es mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ernst nehmen, und wenn Sie nicht wollen, daß das von Ihnen, vom Kollegen Tesar angefangen, so oft gebrauchte Wort von Phrasendrescherei und Demagogie wie ein Bumerang auf Sie zurückfällt. Die Finanzverwaltung dieses Landes braucht nur zu sagen, daß diese Beträge zur Verfügung stehen und daß sie verteilt werden können. Dazu ist, wie gesagt, keine besondere Aufforderung nötig, sondern das können Sie, weil Sie das Finanzreferat in Ihrer Hand haben, ohne viel Lärm, ohne Antrag tun. Ich hoffe nur, daß es dem Finanzreferat möglich sein wird, diese Beträge auch rasch einzusetzen, weil es ja darauf ankommt, daß diese Mittel bei Beginn der Bausaison sofort in die Wirtschaft hineingepumpt werden.

Wir haben in einem nächsten Punkt unseres Programmes verlangt, daß aus dem vielgenannten Flußregulierungsprogramm der Betrag von 16 Millionen Schilling, der als Baurate für das heurige Jahr vorgesehen ist, sofort bereitgestellt wird. Trotz unserer wiederholten Hinweise darauf, daß es bekannt ist, daß die acht Projekte dieses Flußregulierungsprogrammes technisch erst teilweise so weit vorbereitet sind, um auch tatsächlich durchgeführt werden zu können, hat man uns bis heute nicht das Gegenteil davon in Form von konkreten Mitteilungen bewiesen. Wir wissen, daß nur in einem einzigen Fall ein Baulos vergeben worden ist und daß die übrigen Baulose erst teilweise in Vorbereitung sind; ich betone teilweise, weil die Pläne noch immer nicht fertig sind. Auf alle diese Umstände müssen wir hinweisen.

Wir sind auch der Meinung, daß durch die sofortige Bereitstellung von Mitteln, sei es durch Aufnahme von Darlehen oder durch einen Vorgriff auf die Voranschlagskredite des nächsten Jahres, wir in die Lage versetzt werden, schon heute verschiedenen Menschen die Zusicherung geben zu können, daß in absehbarer Zeit ihr Arbeitseinsatz ermöglicht wird. Wenn wir als Folge dessen ein Sofortprogramm zur Durchführung von öffentlichen Arbeiten verlangen, so ist das nach unserer Meinung eine Angelegenheit, die unbedingt notwendig ist.

Wir sind des weiteren der Meinung, daß in dieser besonderen Notzeit die Mittel des Voranschlages allein nicht ausreichen und daß wir daher noch andere Mittel heranziehen müssen. Wir haben schon wiederholt oft darauf hingewiesen, daß wir der Auffassung sind, daß der Voranschlag 1954 genügend Reserven in der Form enthält, daß die Einnahmensätze nicht in dem Ausmaß angesetzt worden sind, wie sie sich tatsächlich ergeben werden. Diese Mittel heute schon aus den Einnahmen des Landes herauszuschälen und sie bereitzustellen, damit man mit der Planung über die Budgetbildung hinaus beginnen kann, ist eine Sache, die nach unserem Dafürhalten eine Selbstverständlichkeit ist.

Wir verlangen ferner, daß aus Bundesmitteln ein Notstandsprogramm in unserem Lande durchgeführt wird. Wer kann gegen eine solche selbstverständliche Forderung sein, wird uns doch von beiden Seiten immer erzählt, daß das Land Niederösterreich im Vergleich zu den übrigen Bundesländern benachteiligt worden ist? Es ist natürlich sicher, daß sich die anderen Bundesländer nicht ohne weiteres von dem, was sie haben, etwas wegnehmen lassen werden. Es wird sicherlich einer großen Energie des Finanzreferenten bedürfen — hinter ihm wird in diesem Fall der ganze Landtag stehen müssen —, wenn er glaubt, durchsetzen zu können, daß die Vereinbarungen und Abmachungen, die in Gesetzen über die Abgabenteilung niedergelegt sind, geändert werden. Wir Sozialisten glauben nicht daran, und ich bin überzeugt, der Herr Finanzreferent weiß das genau so wie wir, daß es durch ein einseitiges Handeln einer Partei nicht möglich sein wird, hier im Interesse Niederösterreichs eine Auflockerung zu erzielen. Wir verlangen also, daß auch Bundesaufträge nach Niederösterreich vergeben werden, damit auch auf diesem Wege eine Befruchtung des Wirtschaftslebens eintritt.

Unsere Forderungen, das müssen auch die anderen offen zugeben, enthalten konkrete Maßnahmen, von denen anzunehmen ist, daß durch sie die Arbeitslosigkeit in diesem Land wesentlich gesenkt werden kann.

Es geht nicht an, daß einige Redner von Ihrer Partei davon sprechen, die Arbeitslosen, die werden von uns Sozialisten förmlich aufgestachelt, sie werden erst zur Erregung gebracht. Glauben Sie wirklich, daß es möglich ist, daß sich der Hohe niederösterreichische Landtag bei einem Stand von 300.000 Arbeitslosen, wie er gegenwärtig zu verzeichnen ist, als berufene Vertretung des niederösterreichischen Volkes mit der Arbeitslosenfrage überhaupt nicht befaßt? Wenn das der Fall wäre, so müßten Sie in die Reihen der Arbeitslosen hinaushorchen, was diese sagen würden. Sie würden sagen: „Die sitzen im Landtag zusammen und nicht einen Ton reden sie über uns! Sie kümmern sich nicht um uns! Sie rühren keinen Finger, um die Not der Arbeitslosen irgendwie beseitigen zu können!" Es ist also nach meinem Dafürhalten die Pflicht des Hohen niederösterreichischen Landtages, alle möglichen Maßnahmen in Betracht zu ziehen, die geeignet sind, in dieser schweren Zeit den Arbeitslosen das Vertrauen zurückzugeben, daß man ihrer nicht vergessen hat und daß wir ehrlich bemüht sind, einen Ausweg zu finden, um ihre augenblickliche schlechte soziale Lage zu verbessern. Ich erkläre ausdrücklich, daß wir da nicht schauen, von wo und von wem die Anträge kommen. Wir sind aber der Meinung, daß es nur dann möglich sein wird, gemeinsam das gesteckte Ziel zu erreichen, wenn auch die andere Seite unsere Anträge nach ihrem sachlichen Wert beurteilt und bei der Abstimmung darüber von diesem Gesichtspunkt aus ihre Entscheidung trifft.

Ich möchte nun noch einige Dinge herausgreifen, die heute hier in der Debatte zum Ausdruck gekommen sind. In den Anträgen, die die ÖVP stellt, wird auch Ybbs-Persenbeug erwähnt. Ich weiß nicht, ob es klug ist und ob man der Sache dient, wenn der kommende Bau dieses Werkes immer wieder und von den verschiedenen politischen Parteien ganz verschieden beurteilt wird. Wir wissen alle, daß es nicht so war, daß man schon vor Jahren mit dem Bau von Ybbs-Persenbeug hätte beginnen können. Das ist nicht richtig. Ohne einen schriftlich festgelegten Vertrag konnte man dort mit dem Bau nicht beginnen. Wir wissen, daß die ersten Entwürfe dieses Vertrages — wenigstens uns Sozialisten — unannehmbar erschienen, weil wir etwas weiter geschaut haben und weil wir unbedingt wollten, daß diese Frage mit der kommenden Ablösesumme für das sogenannte Deutsche Eigentum in Zusammenhang gebracht werde.

Wir konnten nicht anerkennen, daß dieser österreichische Strom, dieser Nibelungenstrom nicht österreichisch sein soll, daß die Bauten, die dort mit österreichischem Material und mit österreichischen Arbeitskräften entstanden sind, deutsches oder gar russisches Eigentum sein sollen. Zu einer solchen Form des Vertrages werden wir Sozialisten nie bereit sein. Wir sind daher der Auffassung, daß man diese Dinge doch nicht so darstellen soll, wie Sie es getan haben. Wenn man uns sagt, man müsse trachten, daß wir 50 Prozent der Anteile an diesem Werk bekommen, dann kann ich Ihnen darauf erwidern: Mir persönlich ist das ganz uninteressant, wer 10 oder wer 50 Prozent hat, vielmehr gebaut soll das Werk werden, das ist das Entscheidende! *(Abg. Ernecker: Das ist klar, aber bis jetzt ist noch nichts gemacht worden! — Abg. Endl: Es wird sicher gebaut werden!)* Dazu kommt der Umstand, daß auf Grund des zweiten Verstaatlichungsgesetzes Ybbs-Persenbeug ausdrücklich als Sondergesellschaft erwähnt ist. Es müssen daher die Bestimmungen dieses Gesetzes eingehalten werden, und die gelten für alle Länder. Wenn in dem Gesetz drinnensteht, daß 50 Prozent des notwendigen Kapitals der Bund aufzubringen hat, und wenn weiter in dem Gesetz steht, daß die anderen Bundesländer über die restlichen 50 Prozent verhandeln und sich einigen müssen, dann ist das eine ganz klare Sprache. Es ist daher wirklich unernst, wenn man sagt: „Jetzt fordern wir das und jenes", denn dann muß es ja wer hergeben. Im Gesetz steht weiter, wenn eine Einigung der Bundesländer nicht erzielt werden könnte, dann muß die Bundesregierung entscheiden. Die Länder haben sich aber geeinigt, und ich weiß nicht, ob es möglich sein wird, eine Änderung der Anteile der verschiedenen Länder unter Einschluß des Bundes durchzuführen. Ich fürchte vielmehr, wenn man die Diskussion auf dieser Ebene beginnt, daß sich der Bau des Kraftwerkes verzögert, weil dann eben eine unsichere, eine schwankende Situation entstehen könnte. Es ist nun einmal eine Einigung zwischen Bund und den drei Ländern erzielt, und diese Einigung ist, wie ich glaube, Grundlage genug für unsere Hoffnung, daß der Bau dieses Werkes auch durchgeführt wird.

Daß wir, wie der Kollege Dubovsky gesagt hat, den Baubeginn schon längst herbeisehnen, dieser Zeitpunkt aber aus den verschiedenen Gründen noch nicht da ist, das ist eine andere Frage, obwohl ich zugestehen muß, daß es wünschenswert wäre, wenn all die Dinge, die noch immer als Schwierigkeiten bezeichnet werden, behoben würden.

Wenn weiter gesagt wurde, wir müssen dem Bau der Autobahn objektiv gegenüberstehen und wir sollen ihm die Unterstützung nicht versagen, so möchte ich dazu auch einige Worte sagen. Ich habe gelesen — und ich glaube, das haben alle Mitglieder des Landtages auch gelesen —, daß sich die Bundesregierung mit dieser Sache beschäftigt; ich nehme an, daß dann wahrscheinlich die Bundesregierung, die sicherlich nicht von einer Partei allein dargestellt wird, über diese Frage entscheiden wird. Ich habe seither keine Nachrichten darüber gelesen, daß man schon ein fertiges Programm hätte. Wenn aber die fünf Milliarden da sind, um die Autobahn bauen zu können, dann können Sie überzeugt sein, daß wir nicht dagegen sind, obwohl ich hierzu neuerlich betonen muß — es ist das eine persönliche Auffassung von mir —, daß ich es viel lieber sehen würde, wenn nur ein Teil dieser Summe dazu verwendet würde, um Wohnungen zu bauen, weil das viel mehr Arbeitsbeschaffung darstellt, und um weiter die niederösterreichischen Straßen und Brücken herzurichten, weil wir dadurch die Fremden in unsere schönen Alpentäler bringen könnten. Meine Meinung ist es also, daß man diese fünf Milliarden, die angeblich auf der Straße liegen, wenigstens teilweise für andere Zwecke verwenden sollte. Aber glauben Sie ja nicht, daß auf Grund dieser meiner subjektiven Einstellung die Sozialistische Partei dagegen sein wird, wenn es heißt, die fünf Milliarden sind gesichert, mit dem Bau der Autobahn kann begonnen werden. Ob diese Mittel zweckgebunden sind, das heißt, nur für den Autobahnbau verwendet werden können, weiß ich nicht, ich weiß nur, daß vorläufig kein einziger Schilling vorhanden ist, der für den Autobahnbau verwendet werden könnte.

Der Flughafen ist auch erwähnt worden und wird in einem Antrag gefordert. Der Bau von Flughäfen wird in der modernen Zeit mit ihren Verkehrsverhältnissen nicht zu umgehen sein. Die zentrale Lage Österreichs wird uns vielleicht gerade auf diesem Gebiet eine hoffnungsvolle Zukunftsaussicht bieten. Es besteht gar kein Zweifel darüber, daß wir uns mit allem Nachdruck dafür einsetzen müssen, daß Flughäfen in unserem Lande erbaut werden, weil wir glauben, daß wir für den Transitverkehr eine wichtige Station für ganz Europa sein können. Wenn also hier etwas vorwärtsgeht, dann sind wir nur freudig berührt.

Alle diese Anträge, die hier gestellt werden, sind also, wie Sie sehen, nicht von jener grundsätzlichen Gegnerschaft zu unserer Auf-

fassung, als es vielleicht dargestellt worden ist.

Einige Bemerkungen in der Diskussion müssen allerdings auf das richtige Maß zurückgeführt werden. Es hat sich ganz überflüssigerweise wieder eine Diskussion über die Mietengesetzgebung entsponnen. Es wurde wieder betont — wir haben das schon einige Male gehört —, daß das Unrecht in bezug auf die Mietzinse ausschlaggebend und einschneidend für das ganze österreichische Wirtschaftsleben sei und daß hier ein Unglück geschehen sei, das leider fortzeugend nur immer Böses gebäre. Ich weiß nicht, wie man dazu Stellung nehmen soll. Ich weiß nur das eine, daß in der Zeit, in der es keine Demokratie in diesem Lande gegeben hat, also von 1933 bis 1945, auch diese Gesetze bestanden haben und daß man nicht versucht hat, sie zu eliminieren. Es scheint also, daß es hier wirklich um ein großes volkswirtschaftliches Problem geht. Ich bin davon überzeugt, daß die österreichische Arbeiter- und Angestelltenschaft und die kleinen Geschäftsleute ohne weiteres — wie das Ihr Redner ausgeführt hat — einen nach oben regulierten Mietzins tragen werden, wenn Sie ihr die Möglichkeit geben, ihren Verdienst zu erhöhen. Der niedrige Lohn aber, den die österreichische Arbeiter- und Angestelltenschaft derzeit hat — wir haben die zweitniedrigsten Löhne in ganz Westeuropa, hinter uns steht nur noch Italien —, wird die Betroffenen bei weitem nicht in die Lage versetzen, diese erhöhten Mietzinse zu zahlen. Die Erhöhung der Mietzinse ist in der heutigen Zeit undurchführbar, das würde wieder nur zu Gärungen und Strömungen führen, die dem Urheber wieder sehr unangenehm wären. Daß dieses Problem einer Lösung bedarf, wird nicht bestritten. Diese Lösung, die gefunden werden muß, kann aber nicht in der Form sein, daß man der Arbeiter- und Angestelltenschaft den erhöhten Mietzins zumutet, weil sie einfach außerstande ist, ihn zu zahlen. *(Abg. Endl: Wer hat das gesagt, kein Mensch hat das gesagt. Nur nicht immer verdrehen!)* Es wird nicht verdreht. Wer sind die Mieter? *(Abgeordneter Endl: Auch kleine Geschäftsleute!)* So werde ich mich also ausbessern und sagen: die Arbeiter und kleinen Geschäftsleute. Bei mir wird nur das Schwergewicht unterstrichen, Herr Kollege Endl!

Wir müssen uns auch dagegen wehren, daß eine gewerkschaftliche Forderung der Bauarbeiter hier in den niederösterreichischen Landtag hineingetragen wird. Was die Bauarbeiter fordern, ist wirklich ihre ureigenste Angelegenheit, und darüber haben wir hier im niederösterreichischen Landtag nicht zu entscheiden. Ich bin überzeugt, daß es sich die gesamte Bauarbeiterschaft verbieten würde, sich von hier Vorschriften geben zu lassen. Wenn aber trotzdem hier diese rein gewerkschaftlichen Forderungen, die eben notwendig sind, weil es ein freies Arbeitsrecht gibt, so dargestellt werden, was eintreten könnte, wenn diese Fordernugen hundertprozentig durchgeführt werden, so möchte ich bitten, daß man da keine Übertreibungen macht. Wenn es die Bauarbeiter wirklich durchsetzen könnten, daß ihre Arbeitszeit um vier Stunden in der Woche verkürzt wird und sie dabei aber den gleichen Lohn bekommen, so würde das eine Lohnerhöhung von nur neun Prozent bedeuten. Jeder Mensch, der sich in der Bauwirtschaft umtut, weiß aber, daß der Arbeitslohn innerhalb der gesamten Kosten einer Bauarbeit 40 bis 45 Prozent, in einzelnen Fällen auch 50 Prozent ausmacht, so daß also die neunprozentige Lohnerhöhung nur eine Erhöhung der Baukosten um vier bis fünf Prozent bedingen würde und nicht, wie gesagt wurde, um 25 Prozent. Gewiß, die Baukosten sind überhöht, sie sind über den Durchschnitt der übrigen Indizes hinaus, und jede Verteuerung des Bauens würde eine schmerzliche Einschränkung des Bauvolumens mit sich bringen, das gebe ich ohne weiteres zu. Aber Übertreibungen in der Art, daß schon wieder diese nimmersatten Arbeiter mit ihren Lohnforderungen schuld sind, daß die Baukosten um ein Viertel steigen, in die Diskussion des niederösterreichischen Landtages hineinzuwerfen, halte ich nicht für zweckmäßig.

Wenn ich diese Ausführungen gemacht habe, so bitte ich verstehen zu wollen, daß unsere Anträge nichts anderes enthalten, als daß wir den Arbeitslosen zeigen wollen, daß wir ihre Sorgen kennen und daß wir in dem bescheidenen Rahmen des Landes Niederösterreich — das unterstreiche ich — unseren Beitrag zu leisten bemüht sind, um die Arbeitslosigkeit zu senken und vor allem um die Zeit des Arbeitslosendaseins zu verkürzen.

Es ist falsch, wenn man immer nur von den Bauarbeitern spricht, die jetzt arbeitslos sind. Die statistischen Zahlen vom Ende des Monats Jänner haben gezeigt, daß nur 35 Prozent der gemeldeten Arbeitslosen der Bauindustrie angehören, das ist also etwas über 100.000; fast 200.000 Menschen kommen aus den übrigen Industriezweigen, und das ist es, was uns besonders beunruhigt. Diese 200.000 Menschen werden, wenn die Sonne wärmer scheint, nicht sofort, wie Sie behaupten, in ihrer Zahl zurückgehen, weil tiefere wirtschaftliche Verhältnisse schuld sind, daß sie ihre Arbeitsplätze verloren haben. Ich bitte

also nicht zu übersehen, daß wir an diese Menschen denken müssen und daß der Staat und das Land die Verpflichtung haben, dafür zu sorgen, daß auch für diese fast 200.000 Menschen, die nicht aus der Bauwirtschaft stammen, Arbeitsplätze geschaffen werden. Das macht ja das Problem so schwierig. Den Kollegen, die davon gesprochen haben, daß es einer gemeinsamen anstrengenden Arbeit sicherlich gelingen wird, im Kampf um die Schaffung von Arbeitsplätzen wenigstens einen Teilerfolg zu erringen, gebe ich vollkommen recht, denen stimme ich restlos bei.

Ich hoffe, daß bei der heutigen Abstimmung auch unsere Anträge angenommen werden. In Verbindung mit den anderen Anträgen werden sie vielleicht doch jenes Ergebnis zeitigen, das sich die Arbeitslosen erwarten. Diese werden dann sehen, daß alle Parteien ihr möglichstes getan haben, damit diese schreckliche Arbeitslosigkeit wenigstens teilweise behoben wird. Wenn wir das erreichen, werden wir die Diskussion über diesen Punkt vielleicht abschließen können. Kommen wir aber nicht zu einem solchen einvernehmlichen Einverständnis, dann wird morgen oder übermorgen wieder darüber gesprochen werden müssen, weil wir uns dem Drängen und Verlangen der Arbeitslosen nicht entziehen können. Daher wäre es zweckmäßig, durch Annahme unserer Anträge die heutige Diskussion mit dem Ergebnis abzuschließen, daß die niederösterreichischen Vertreter ihre Pflicht gegenüber den Arbeitslosen vollständig und restlos erfüllt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Worte gelangt Herr Abg. Schöberl.

Abg. SCHÖBERL: Hohes Haus! Wenn auch ich heute Ihre Zeit beanspruche, so bitte ich darüber nicht ungehalten zu sein. Ich werde mich bemühen, mich möglichst kurz zu fassen.

Wenn in der Landtagssitzung der vergangenen Woche und am heutigen Tage hauptsächlich über das Thema Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffung gesprochen wurde, so gestatte ich mir die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses auf eine Möglichkeit zu lenken, die eventuell geeignet wäre, einen wesentlichen Beitrag zur Milderung der Arbeitslosigkeit zu liefern, und zwar ist diese Möglichkeit auf dem Gebiete der Förderung des Fremdenverkehrs gegeben. Das ganze österreichische Volk hat aufgeatmet, als die Demarkationslinie an der Enns gefallen ist. Wohl sind die Schranken an der Ennsbrücke gefallen, meine sehr geehrten Herrn, aber die Erfahrung hat gezeigt, daß uns noch andere Schranken hindern, die Förderung des Fremdenverkehrs so in die Wege zu leiten, wie es sein soll. Wenn heute von der Errichtung einer Autobahn gesprochen wurde und mein Vorredner, Herr Präsident Wondrak, gesagt hat, daß man das Augenmerk auch auf den Ausbau der Straßen wenden soll, so schließe ich mich dieser Behauptung vollinhaltlich an, zumal es notwendig geworden ist, Gebiete für den Fremdenverkehr zu erschließen, die sehnsüchtig darauf warten, und zumal dies auch einem Wunsch unserer ganzen niederösterreichischen Bevölkerung entspricht.

Es hat heute schon derr Herr Abg. Staffa den Ruf nach der Errichtung zusätzlicher Baustellen erhoben und die Vergebung von Aufträgen verlangt. Auch der Herr Abgeordnete Dubovsky hat von der Belebung des Inlandmarktes gesprochen. Es erscheint mir daher nichts günstiger zu sein als gerade ein Projekt, das in der letzten Zeit bereits in der Öffentlichkeit besprochen wurde. Die meisten Mitglieder des Hohen Hauses kennen die Straßenverhältnisse in einem der schönsten Fremdenverkehrsgebiete Niederösterreichs, in der Wachau. Die Erfahrung hat gezeigt, daß man seitens des Westens dem Besuch dieses schönen Gebietes lebhaftes Interesse zuwendet. Die Erfahrung hat aber auch gezeigt, daß die Leute, die uns besuchen kommen, diese weite Reise nur mittels großen Reiseautobussen durchführen, die ganz modern ausgestattet sind und zirka 50 Sitzplätze aufweisen. Wer die Straßenverhältnisse in der Wachau kennt, der wird mir auch bestätigen, daß es nicht möglich ist, in dieses Gebiet mit einem großen Reiseautobus zu kommen, weil dort zuerst die Straßen entsprechend verbreitert werden müssen. Es ist daher in der letzten Zeit wiederholt von seiten der Bevölkerung in der Wachau der Notschrei hörbar geworden, daß es höchstes Gebot wäre, diesem Gebiet ein besonderes Augenmerk zuzuwenden, um den Fremdenverkehr in dieses Gebiet lenken zu können. Es ist daher von uns dankbarst begrüßt worden, daß Herr Landeshauptmannstellvertreter Kargl in der letzten Zeit den Ausbau einer Straße durch die Wachau angeregt hat.

Meine sehr verehrten Mitglieder des Hohen Hauses! Der Bau dieser Straße ist eine unbedingte Notwendigkeit, denn sowohl die Wirtschafttreibenden als auch die landwirtschaftliche Bevölkerung in der Wachau existieren heute unter den schwierigsten Verhältnissen. Wenn nun heute der Herr Landeshauptmannstellvertreter Kargl beabsichtigt, sobald sich die Möglichkeit dazu ergibt, den Straßenzug durch die Wachau von Krems bis Persenbeug auszubauen, dann entspricht das nur dem Wunsch der arbeitenden Bevölkerung des ganzen Gebietes.

Ich rechne es mir daher zur großen Ehre an, daß ich als zuständiger Mandatar dieses Gebietes heute Gelegenheit habe, anläßlich dieser Landtagssitzung einen Resolutionsantrag einbringen zu können mit folgendem Inhalt *(liest):*

„Die Landesregierung wird aufgefordert, alles zu veranlassen, damit der Bau einer Donauuferstraße von Krems bis Persenbeug ehestens ermöglicht wird."

Ich hoffe, daß dieser Resolutionsantrag auch Ihre Zustimmung findet. Er liegt im Interesse der gesamten niederösterreichischen Bevölkerung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter HILGARTH *(Schlußwort):* Auf Grund der Ausführungen der zahlreichen Redner verzichte ich auf das Schlußwort und bitte den Antrag des gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftsausschusses anzunehmen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Es liegt vor der Hauptantrag des gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftsausschusses, ferner liegen auch Resolutions- und Aufforderungsanträge vor.

Ich lasse zuerst über den bereits verlesenen Hauptantrag abstimmen. *(Nach Abstimmung über den Antrag des gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftsausschusses):* Angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die gestellten Aufforderungs- und Resolutionsanträge.

(Nach Abstimmung über den ersten Punkt des Aufforderungsantrages des Abg. Staffa, betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Lande Niederösterreich): Abgelehnt. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Wo bleibt da Ihre Sachlichkeit? — Weitere Zwischenrufe.)*

(Nach Abstimmung über den zweiten Punkt des Aufforderungsantrages des Abg. Staffa, betreffend Sofortprogramm für Flußregulierungen): Abgelehnt.

(Nach Abstimmung über den dritten Punkt des Aufforderungsantrages des Abg. Staffa, betreffend Sofortprogramm zur Durchführung öffentlicher Arbeiten): Abgelehnt.

(Nach Abstimmung über den vierten Punkt des Aufforderungsantrages des Abg. Staffa, betreffend Bereitstellung von Notstandsmitteln durch den Bund für öffentliche Arbeiten): Abgelehnt. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Ein Antrag für Niederösterreich! — Abg. Endl: Ihr könnt ja für unsere Anträge stimmen!)*

(Nach Abstimmung über den fünften Punkt des Aufforderungsantrages des Abg. Staffa, betreffend Freigabe der Budgetmittel des Bundes zur Durchführung öffentlicher Arbeiten in Niederösterreich): Abgelehnt.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Dubovsky, betreffend einen allgemeinen Abbau- und Entlassungsstopp in Niederösterreich): Abgelehnt.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Dubovsky, betreffend Maßnahmen gegen die Benachteiligung Niederösterreichs zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit): Abgelehnt.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Dubovsky, betreffend den Sofortbeginn der Arbeiten beim Donaukraftwerk Ybbs-Persenbeug): Abgelehnt.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Zach, betreffend Aufforderung der Landesregierung, die unter Voranschlagsansatz 63—90 und 63—91 veranschlagten 30 Millionen unverzüglich zu vergeben): Angenommen. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Nun, Herr Professor Zach, wo ist die Demagogie? Ist das Ihre Sachlichkeit?)*

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Zach, betreffend den Voranschlagsansatz 519—90): Angenommen.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Zach, betreffend Verteilung der für das Jahr 1954 bereitstehenden Mittel des Schulbaufonds): Angenommen.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Zach, betreffend Verlagerung der Produktion der verstaatlichten Betriebe nach Niederösterreich): Angenommen.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Zach, betreffend 50prozentige Beteiligung des Landes Niederösterreich am Donaukraftwerk Ybbs-Persenbeug): Angenommen.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Schöberl, betreffend den Bau einer Donauuferstraße Krems—Persenbeug): Angenommen.

Mit Zustimmung des Hohen Hauses setze ich das im heutigen Verfassungsausschuß verabschiedete Geschäftsstück, Zahl 510, noch auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung. *(Nach einer Pause):* Keine Einwendung. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Bei sachlich orientierten Mitgliedern des Landtages natürlich keine Einwendung.)*

Ich ersuche daher den Herrn Abg. Kuchner, die Verhandlung zur Zahl 510 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Hoher Landtag! Ich habe namens des Verfassungsausschusses über das Auslieferungsbegehren des Bezirksgerichtes Tulln, Abteilung 2, Zahl

U 1266/53, vom 18. Jänner 1954, betreffend Landtagsabgeordneten Edmund Hainisch, Übertretung der §§ 431 und 312 Strafgesetz, zu berichten.

Mit Schreiben vom 18. Jänner 1954, G.-Z. 1266/53, hat das Bezirksgericht Tulln dem Präsidenten des niederösterreichischen Landtages mitgeteilt, daß gegen den Landtagsabgeordneten Edmund Hainisch, wohnhaft in Stockerau, Hauptstraße 21, auf Grund der Anzeige des Gendarmeriepostenkommandos Tulln und des Antrages des staatsanwaltschaftlichen Funktionärs vom 15. Jänner 1954 auf Bestrafung des Beschuldigten wegen Übertretung nach §§ 431 und 312 StG., das Strafverfahren eingeleitet wurde. Gleichzeitig ersucht das Gericht um Zustimmung zur strafrechtlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Edmund Hainisch wegen der obengenannten Delikte.

Dem Auslieferungsbegehren liegt nach dem dem Ersuchen angeschlossenen Strafakt U 1266/53 folgender Sachverhalt zugrunde *(liest):*

„Landtagsabgeordneter Edmund Hainisch fuhr am 23. November 1953 um zirka 8 Uhr mit dem Pkw., Kennzeichen N 9010, im Stadtgebiet von Tulln von der Wilhelmstraße (Bundesstraße Nr. 19) in die Franz-Josef-Straße, wobei er das an der Straßenkreuzung Wilhelmstraße-Franz-Josef-Straße-Bahnhofstraße angebrachte Stoppzeichen nicht beachtete und mit unverminderter Geschwindigkeit die Kreuzung übersetzte. Hierbei wurden der von der Bahnhofstraße in die Kreuzung einfahrende Lenker des gendarmerieeigenen Motorrades mit Beiwagen, Patrouillenleiter Leopold Muck, und der im Beiwagen mitfahrende Gemeindediener Rupert Kainzbauer in ihrer körperlichen Sicherheit gefährdet. Infolge Nichtbeachtung des Stoppzeichens und Überfahrens der Kreuzung mit unverminderter Geschwindigkeit mußte der Patrouillenleiter Leopold Muck, um einen Zusammenstoß zu vermeiden, das Motorrad mit Beiwagen jäh abbremsen und nach links in die Trauentorgasse verreißen.

Da der Lenker des Personenkraftwagens die Fahrt fortsetzte, nahm Patrouillenleiter Leopold Muck dessen Verfolgung und Anhaltung auf. Nach Anhaltung durch das Gendarmerieorgan erklärte Landtagsabgeordneter Edmund Hainisch unter Vorweisung seines Ausweises als Abgeordneter des niederösterreichischen Landtages: ‚Hier haben Sie meinen Ausweis und zeigen Sie mich bei der Rohrpost an.' Nach der Darstellung der Anzeige nahm Abgeordneter Edmund Hainisch nach dieser Bemerkung den Ausweis wieder an sich und setzte seine Fahrt fort. Da der Name des Kraftwagenlenkers beim kurzen Vorweisen des Ausweises nicht festgestellt werden konnte, wurde das Gendarmeriepostenkommando Stockerau um Ausforschung und Einvernahme des Lenkers ersucht.

Bei seiner Vernehmung durch Beamte des Gendarmeriepostens Stockerau gab Landtagsabgeordneter Hainisch zu, die Bundesstraße an der in der Anzeige bezeichneten Stelle und zu angegebener Zeit tatsächlich mit einer Geschwindigkeit von zirka 40 Stundenkilometer befahren zu haben, jedoch bei der erwähnten Straßenkreuzung weder ein privates noch ein gendarmerieeigenes Fahrzeug wahrgenommen zu haben, er hätte daher auch niemanden in seiner körperlichen Sicherheit gefährden können. Ein Stoppzeichen habe er an der Straßenkreuzung nicht gesehen. Der ihn anhaltende Gendarmeriebeamte habe ihn in ziemlich barschem Tone mit folgenden Worten angehalten: ‚Haben Sie das Stoppzeichen da vorne nicht gesehen; ich werde Sie anzeigen, zeigen Sie mir Ihren Führerschein.' Daraufhin habe er ihm seine Abgeordnetenlegitimation und den Führerschein übergeben, die ihm der Gendarmeriebeamte nach Einsicht wieder ausgefolgt habe."

Ich bringe diesen Sachverhalt mit dem Ersuchen zur Kenntnis, über das Auslieferungsbegehren des Bezirksgerichtes Tulln Beschluß zu fassen.

Der Verfassungsausschuß stellt folgenden Antrag an das Hohe Haus *(liest):*

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Dem Begehren des Bezirksgerichtes Tulln, Abt. 2, Zahl U 1266/53, vom 18. Jänner 1954, betreffend Auslieferung des Landtagsabgeordneten Edmund Hainisch wegen Übertretung der §§ 431 und 312 Strafgesetz, wird nicht Folge gegeben."

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort ist niemand gemeldet, wir kommen daher zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung):* A n g e n o m m e n.

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Es werden folgende Ausschüsse ihre Sitzungen abhalten: Finanzausschuß sogleich nach Plenum im Herrensaal. Nach Beendigung dieser Sitzung des Finanzausschusses hält der gemeinsame Schulausschuß und Finanzausschuß zur Nominierung der Berichterstatter ebenfalls im Herrensaal eine Sitzung ab.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Weg bekanntgegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 20 Uhr 12 Min.)